Gilbert C. Layton:

ENGLAND UND DIE REVISION DES DAWESPLANS

Zusammenhang mit der Kriegsschuldenregelung

Die nachfolgenden Ausführungen des prominenten englischen Wirtschaftskenners erscheinen uns höchst bedeutsam, wenn sie auch nicht in allen Punkten dem deutschen Standpunkt Rechnung tragen.

Ein Vorgang der letzten Zeit ist symptomatisch für den langsamen Fortschritt, den die Welt in der Regelung eines der verwirrendsten Überbleibsel des Krieges – nämlich der ungeheueren Verschuldung der Nationen untereinander – machen konnte. Der britische Schatzkanzler nämlich sah sich gezwungen, amtlich einige Behauptungen des amerikanischen Schatzkanzlers Mr. Mellon zurückzuweisen, die sich auf die Stellung Groß-Britanniens als Schuldner der Vereinigten Staaten bezogen.

Mr. Mellon hatte kurz folgendes gesagt: „Alle unsere Hauptschuldner empfangen von Deutschland mehr als genug, um ihren Schuldenverpflichtungen den Vereinigten Staaten gegenüber nachzukommen". Tatsache ist, daß im laufenden Finanzjahr Groß-Britannien von Deutschland nicht mehr als $^1/_4$ seiner Zahlungen an Amerika empfängt, während es im nächsten Jahr bestenfalls weniger als die Hälfte empfangen wird. Selbst in einem vollen, d. h. normalen Dawesjahr werden die Eingänge Englands aus Deutschland, Frankreich, Italien und anderen Ländern zusammen nicht nennenswert seine Verpflichtungen den Vereinigten Staaten gegenüber übersteigen. Außerdem darf man die Tatsache nicht außer Acht lassen, daß von den 135 Millionen, die Groß-Britannien an Amerika vom April 1909 bis Dezember 1926 gezahlt hat, es von Deutschland und seinen früheren Verbündeten nicht mehr als 41 Millionen erhalten hat. Die überschießenden 94 Millionen sind aus den Taschen der englischen Steuerzahler geflossen.

Diese ganze unliebsame Kontroverse ist nichts als eine Folge der Unsicherheit, die auch heute noch mit dem Problem der Kriegsschuldenfrage verknüpft ist. Zwei wichtige Tatsachen treten zu Tage. Erstens: die Zahlungen, welche Deutschland als Ausgleich für Kriegsschulden an Frankreich, Groß-Britannien und andere verbündete Staaten leistet, gehen in ihrer Gesamtheit an Amerika, das nach allgemeiner Auffassung in der Zeit von 1914–1919 eher gewonnen als verloren hat. Zum Zweiten: Viele der noch bestehenden Kriegsschuldenprobleme sind zwar bereits auf dem Papier geregelt; bei diesen „Regelungen" werden jedoch von dem Schuldner entweder Jahreszahlungen verlangt, die sich auf zwei Generationen erstrecken — wie bei allen Abkommen, die Amerika mit den europäischen Schuld-

nern getroffen hat — oder Zahlungen für einen überhaupt nicht festgelegten Zeitabschnitt — nämlich bei den deutschen Reparationsverpflichtungen. Mit anderen Worten, eine endgültige Regelung der Kriegsschulden- und Reparationsfragen ist keineswegs erfolgt. Man kann doch nicht verlangen, daß bereits jetzt der Nachwelt schwere Opfer für die nächsten 50—60 Jahre auferlegt werden. Früher oder später muß die ganze Frage von neuem aufgeworfen und unter der gemeinsamen Zustimmung der davon betroffenen Nationen auf neue geregelt werden.

Die Stellung Deutschlands und Englands in diesem ganzen Fragenkomplex ähnelt sich stark, wenngleich eine grundlegende Verschiedenheit in der Lage beider Länder besteht. Beide haben ihre Unterschrift unter ein Abkommen gesetzt, das bestimmte Jahreszahlungen vorsieht, und bei dessen Festlegung beide nicht absolut freie Hand gehabt haben. Sowohl bei dem sogenannten Baldwin-Abkommen im Jahre 1923 wie bei dem Londoner Abkommen vom Jahre 1924 war wenn auch nicht gerade offensichtlicher Zwang für die Unterschriftsleistung maßgebend, so doch etwas, was einem solchen Zwang verteufelt ähnlich sah. Trotzdem fühlen beide Länder, daß ihr politischer und finanzieller Kredit eng mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zusammenhängt, und beide beabsichtigen alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um ihren Verpflichtungen gerecht zu werden. Die grundlegende Verschiedenheit in der Lage beider Länder ist, daß, während Deutschland keine entsprechenden Eingänge von anderen Ländern erhält, die es für seine Zahlungen an Groß-Britannien verwenden könnte, Englands Schuldenregelung nach der Art eines clearing-house vor sich geht, das die Guthaben aus anderen Ländern für die Schuldenzahlung an die Vereinigten Staaten verwendet. England muß also möglichst bestrebt sein, wenn auch nicht alle Guthaben einzusammeln, so doch jedenfalls soviel, um seine amerikanischen Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn seine Eingänge zu irgendeiner Zeit seine laufenden Ausgänge übersteigen, so wird es auch sofort automatisch seine Ansprüche seinen Schuldnern gegenüber zurückschrauben, um diese mit den Ausgängen in Einklang zu bringen.

Es ist eine Binsenweisheit darauf hinzuweisen, daß der Schlüssel für die Lösung des Problems in Amerika liegt. Und er ruht dort bereits seit 7 Jahren. Die Zweckmäßigkeit der Schuldeneintreibung nach der Formel „je nach Zahlungsfähigkeit" wird zwar von vielen amerikanischen Wirtschaftlern eingesehen, aber das amerikanische Volk hält doch mit Vorliebe an dem Schein seiner Forderungen fest, und gewisse Parteien sind, in ihrem Parteiprogramm wenigstens, noch weit konservativer als ihre Wähler. Nur wenige englische Wirtschaftler erwarten daher aus Amerika in nächster Zukunft Hilfe. Die Zeit und die Macht der Tatsachen müssen hier erst ihre unweigerlich eintretende Wirkung zeigen.

In der Zwischenzeit wird Groß-Britannien das Reparationsproblem in großzügiger Weise behandeln. Wenn es sich heraustellt, daß die Höchstgrenze der

unter dem Dawesplan zu leistenden Jahreszahlungen eine ungerechtfertigt hohe Ziffer darstellt, so wird es bereit sein, einer Revision zur rechten Zeit näherzutreten. Das wird in seinem eigenen Interesse und im Interesse Deutschlands liegen. England kann aber wohl vernünftigerweise fordern, daß zunächst eine Probezeit für die Durchführbarkeit des Dawesplans abgewartet wird; heute kann es darauf hinweisen, daß diese Probezeit noch nicht abgelaufen ist. Der gegenwärtige Moment scheint daher noch nicht geeignet für eine Wiederaufrollung der Frage, besonders auch, weil das britische Schatzamt die Ausgaben eines stark erhöhten Budgets aufzubringen hat, und daher wohl kaum in der Stimmung ist, irgendwelche erwarteten Eingänge einfach zu streichen. Auch die Summe, die England von seinen Verbündeten inbesondere von Frankreich zu erwarten hat, ist noch nicht endgültig festgelegt. Wenn einmal dieser ganze Fragenkompex für eine Revision reif ist, wie dies früher oder später der Fall sein wird, so wird die Atmosphäre sicher weit günstiger für eine rechte Beurteilung des deutschen Standpunktes sein, als dies gegenwärtig der Fall ist.

GRAHAM BOWER:

DER BOLSCHEWISMUS UND DIE WESTLICHE KULTUR

Die Haltung der englischen liberalen Partei

Nach den Erklärungen des Leiters der Sowjetdelegation Obolenski Ossinski in Genf, dürften die Ausführungen des hervorragenden englischen Politikers und Juristen in ihrer typisch englischen Mentalität gegenüber Sowjetrußland von besonderem Interesse sein.

Im August 1914 hatte ich die Gelegenheit, eine englische Dame zu sprechen, die gerade aus Deutschland gekommen war. Es war ihr gelungen, noch in letzter Minute Deutschland zu verlassen, und sie stand ganz unter dem Eindruck, den der Beginn des fürchterlichsten aller Kriege bei uns allen ausgelöst hatte. „Das, was wir jetzt erleben werden,“ so erklärte sie mir, „ist nicht ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland, sondern eine Auseinandersetzung zwischen Germanentum und Slawentum, und ich weiß nicht, ob wir als Engländer auf der richtigen Seite stehen.“ Ich habe damals den Sinn dieser Worte in seiner ganzen Bedeutung nicht recht zu würdigen gewußt, er wurde mir erst recht klar, als ich im vergangenen Jahre verschiedene kontinentaleuropäische Städte, u. a. Wien, Berlin und Budapest, besuchte. In allen drei Städten stellte ich eine erhebliche Besorgnis vor einer Bolschewisierung Europas fest. In Deutschland waren kommunistische Unruhen ernster Natur allerorten aufgetreten, der Kommunismus flackerte an den ver-

schiedensten Stellen Mitteldeutschlands auf, und in der Reichshauptstadt entfaltete die Kommunistische Partei Deutschlands eine rege Propaganda. Österreich erlebte die Einführung von Arbeiter- und Soldatenräten, die einen starken Einfluß auf die bereits sozialistisch eingestellte Regierung ausübten. In Ungarn konnte man immer noch nicht die Schreckensherrschaft Bela Kuhns vergessen. Es mußte also, wenigstens im mittleren und östlichen Europa, eine tiefgehende Besorgnis wegen der von Rußland ausgehenden Einflüsse bestehen. Sind diese Besorgnisse tatsächlich berechtigt?

Um die Gefahren, die der westlichen Kultur Europas vom Bolschewismus drohen, voll zu würdigen, müssen wir Rußland in seiner heutigen typischen Einstellung betrachten und uns ja davor hüten, etwa den russischen Emigranten oder etwa gar den französierten, vornehmen Russen, der in Paris lebt, als Vertreter des Russentums zu betrachten. Obwohl nämlich der Franzose von dem französierten Russen sagt: „Kratze ihn, und du findest den Tartaren", haben wir in Rußland selbst den Tartaren oder vielmehr den Asiaten auch so vor uns, ohne daß wir das Kratzen vorzunehmen brauchen. Wie alle Slawen ist auch der Russe in seinem innersten Wesen Asiate. Asien beginnt an der Ostseite des Adriatischen Meeres, und die Mentalität und Moralauffassung des Asiaten ist von derjenigen des Westeuropäers grundverschieden. Ein französischer Mönch schrieb einst über die Russen: „Sie sind gegen Fremde über die Maßen mißtrauisch, sind Raufbolde und von einer geradezu unüberwindbaren Neigung zum Diebstahl besessen. Trotz der furchtbaren Strafen, die gewohnheitsmäßig von russischen Herrschern auferlegt wurden, hat sich die Natur des Volkes keinesfalls wesentlich bessern lassen." Trifft dieser Ausspruch nicht ebenso auf China wie auf Rußland zu?

Die russische Revolution war nicht nur ein wirtschaftlicher oder sozialer Umschwung, der in einem bis dahin unterdrückten Volke wirksam wurde, sie war vielmehr ein Aufbäumen eines in seinem innersten Wesen asiatischen Volkes gegen westliche Zivilisation, gegen westliche Moralauffassung und westliche Geistesrichtung. Diese russische Revolution wurde in ihrer geistigen Einstellung nach den Grundsätzen von Karl Marx geführt, der gleichfalls Orientale war, und in ihren einzelnen Stadien wurde sie gleichfalls von Orientalen durchgeführt, wozu wir auch Lenin rechnen können, der ein sibirischer Tartar war. Die Kämpfe in China, die Gärungen in Persien, Indien und Afghanistan sind gleichfalls nur Ausstrahlungen dieser Bewegung, denn heute finden wir tatsächlich ganz Asien in Revolution gegen die Zivilisation des westlichen Europa. Die Moralauffassung Asiens ist grundverschieden von derjenigen Westeuropas; in Asien ist Politik eine Art Religion, aber eine Religion, die in ihrer Moralauffassung vollkommen von der Europas abweicht. So ist z. B. der Mord ein vollkommen als zu Recht bestehend angesehenes politisches Argument in Asien. Die asiatischen Revolutionäre, die heute vielfach ihre politischen Gegner hinmorden, lassen sich von derselben

Auffassung leiten, die einst die russischen Nihilisten hatten, als sie Alexander II. von Rußland mordeten, oder die die Kommunisten beherrschte, als sie die Kathedrale in Sofia in die Luft sprengten.

Kann die westliche Kultur mit einer solchen Geistesauffassung Frieden schließen? Können wir mit dem Bolschewismus irgendeine lebensfähige Gemeinschaft herbeiführen? In England würden sicherlich alle Parteien, sowohl die konservative wie die liberale und die Arbeiterpartei, gern mit Rußland Frieden schließen. Wie aber zwei Personen nötig sind, um einen Streit zu beginnen, so muß auch die Bereitwilligkeit zweier Partner vorhanden sein, um Frieden zu schließen. Trotz der in sehr gemäßigtem Ton gehaltenen Ausführungen des Führers der russischen Delegation in Genf scheinen mir doch wenig Anzeichen vorhanden zu sein, daß die Sowjetregierung den Wunsch hat, mit England Frieden zu schließen oder auch nur mit der englischen Zivilisation, wie wir sie aus der Vergangenheit kennen, sich in irgendeiner Weise zu verständigen. Selbst Lloyd George, der eine Zeitlang mit Mr. Cook (dem bekannten Arbeiterführer), dem treuen Schüler Lenins, zu kokettieren schien, würde zweifellos eine Einigung mit Cook abgelehnt haben, denn die liberale Partei könnte den Bolschewismus nur annehmen, indem sie allen bisherigen Auffassungen und Prinzipien untreu wird. Das ist eben das charakteristische Zeichen des Kommunismus, daß er keine andere Auffassung neben sich duldet, daß er eine Religion ist, die allein den Schlüssel zum Erdenparadies zu besitzen vorgibt. Die Bolschewisten sind Fanatiker, und wie alle Fanatiker glauben sie auch, daß Leute, die eine andere Auffassung als sie haben, verachtungswürdige Geschöpfe sind. Aus diesen Gründen haben sie, als sie zur Herrschaft gelangten, die Existenz des Bürgertums vernichtet. Eben, weil nach ihrer Lehre der Besitz irgendwelchen Eigentums die Menschen schlecht und verderbt macht.

Religiöse und nationale Duldung gehören zu den Fundamenten des liberalen Glaubensbekenntnisses, und ihre Anwendung kann sicherlich auch auf andere Glaubenslehren und andere soziale Systeme ausgedehnt werden. Eine Duldung des Bolschewismus liegt also durchaus auf der Linie des Liberalismus. Es ist aber dem Liberalismus unmöglich, sich mit dem Bolschewismus zu verbinden, denn die Gegensätze liegen nicht etwa in den durch den kürzlichen Notenaustausch zwischen England und Rußland zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten, sondern sie liegen in sozialen, historischen, religiösen und moralischen Gegensätzen. Es verbleibt außerdem die Frage, ob der Bolschewismus, selbst wenn der Liberalismus mit ihm Frieden schließen möchte, selbst den gleichen Wunsch dem Liberalismus gegenüber hegt. Ich möchte dies sogar sehr bezweifeln, denn der Bolschewismus ist international und kann mit der westlichen Zivilisation keinen Frieden schließen. Sowohl die liberale wie die konservative Auffassung können sich mit der rein nationalistischen Einstellung fremder Staaten abfinden und mit ihr sympathisieren, denn Liberale und Konservative sind der gleichen Auffassung,

daß jede Nation in der Formung ihres Schicksals frei sein muß. Beide Parteirichtungen sind gewillt, mit dem Nationalismus in China, Polen oder in den Balkanstaaten im guten Einvernehmen zu leben. Aber es ist dies ein Frieden der gegenseitigen Duldung. Keine Regierung kann indessen Frieden schließen mit einer revolutionären Bewegung, die von einem Nationalismus getragen wird, der sich dauernd das Recht der Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder vorbehält. Ebenso wie der Liberalismus ist der Nationalismus letzten Endes die Glaubenslehre von der nationalen Unabhängigkeit einer jeden Nation und damit die logische Negierung des Bolschewismus.

ERICH OBST:

BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

England: Die Kolonialkonferenz. — Das Gewerkschaftsgesetz. — Bruch mit den Sowjets. — Die Allianz gegen Rußland. — Belgien: Der niederländische Vertrag. — Eupen—Malmédy. — Verschärfung des Gegensatzes Polen—Deutschland. — Neuer Minderheitenkurs in der Tschechoslowakei angekündigt. — Konferenz der Kleinen Entente. — Entwicklungen auf dem Balkan. — Italien im Nahen Orient.

Die geopolitische Problematik des Abendlandes wird nach wie vor gekennzeichnet durch das taktische Hin und Her der beiden, nicht unabhängig voneinander operierenden Gegner-Gruppen: England und Rußland, Frankreich und Italien. Von dem ersten der beiden Gegensätze, dem Kardinalfaktor der europäischen Politik, wird Deutschland wegen seiner ausgesprochenen Mittellage direkt und stark berührt. Das zähe, versteckte Ringen zwischen Frankreich und Italien ist für uns Deutsche gewiß von minderem Belang, kann uns aber durchaus nicht gleichgültig sein, weil so oder so die politische Struktur der abendländischen Staatenwelt geändert werden soll.

Daß die gegenwärtigen politischen Führer Englands den Ausbau des Empire letzten Endes als ihre wichtigste Aufgabe betrachten, ist von uns oftmals hervorgehoben worden. Die aktive Seite dieser Tendenz erkennen wir in den mannigfachen Reichskonferenzen, die passive in dem zielbewußten Abwehrkampf gegen Sowjet-Rußland, welches angeblich das Empire durch seine Selbstbestimmungspropaganda bedroht. Beide Bestrebungen, der organische Auf- und Ausbau des Weltreiches und die Einkreisung des bolschewistischen Ostreiches, gehören untrennbar zusammen; sie ergänzen einander und bilden vereint das Kernstück der augenblicklichen britischen Politik.

Die am 10. Mai in London eröffnete Britische Kolonialkonferenz vereinigte nicht wie bei den Reichskonferenzen die Vertreter sämtlicher Dominions, wohl aber die Gouverneure und hohen Beamten nahezu aller Kolonien, Protektorate und Mandatsgebiete. Dieser erste Versuch, auch die kleineren britischen Besitzungen in Übersee zu einer einheitlichen und innigen Zusammenarbeit zu erziehen, verdient sehr wohl Beachtung. Das Londoner Kolonialamt, das den Dominions gegenüber eine sehr vorsichtige Sprache führen, ja fast gänzlich zurücktreten muß, kann in bezug auf die Kolonien, Protektoratsländer und Mandatsgebiete wesentlich zielbewußter auftreten. „Es ist kein Zweifel," so führte Amery bezeichnenderweise aus, „daß das Prinzip der Autonomie und Selbstgenügsamkeit zu weit getrieben werden kann". Mit diesen Worten umreißt der britische Kolonialstaatssekretär sein Programm, die Dominions-Entwicklung möglichst nicht weiter um sich greifen zu lassen, sondern die kleineren Kolonien unter Londoner Führung fester zusammenzuschweißen. — Man wird von britischen Staatsmännern nicht erwarten, daß sie ihr Ziel im Sturm erreichen wollen. Vorsichtig und weitschauend legte Amery den Grundstein, indem vorwiegend von administrativer, wissenschaftlicher und technischer Zusammenarbeit gesprochen wurde. Alles weitere überläßt man vertrauensvoll der Zukunft und den folgenden Kolonialkonferenzen. Bemerkenswert war der wiederholt aufgetauchte und stark betonte Wunsch, für Kenia und Tanganjika (Deutsch-Ostafrika!) eine gemeinsame Verwaltung zu schaffen. Sollte das schon eine Antwort auf das deutsche Begehren darstellen, einen

Sitz in der Mandatskommission des Völkerbundes zu erhalten? Der kluge Mann baut vor!

Wenn einmal die entscheidende Schicksalsstunde des britischen Weltreiches kommen und der Kampf um seinen Bestand nicht mehr zu vermeiden sein sollte, wird neben dem machtpolitischen auch das sozialpolitische Moment von ausschlaggebender Wichtigkeit sein. Es ist für den englischen Imperialisten eine schlechthin unerträgliche Vorstellung, daß etwa britische außenpolitische Maßnahmen im entscheidenden Augenblick durch innere Unruhen, Streiks usw. gelähmt werden könnten. Deshalb muß auch hier rechtzeitig ein Riegel vorgeschoben werden. Durch Schaffung eines entsprechend gehaltenen englischen Gewerkschaftsgesetzes versucht man schon heute, sich den Rücken zu decken. Jeder Generalstreik, aber auch jeder Sympathiestreik wird als ungesetzlich verboten und unter Strafandrohung gestellt. Daß durch diesen Gesetzentwurf die Labourparty in Kampfstellung gedrängt wird, versteht sich von selbst. Der bolschewistenfreundliche Flügel der englischen Arbeiterpartei und die anders eingestellten Kreise reichen sich jetzt die Hand zum gemeinsamen Kampf, und selbst bei den Liberalen findet die Bill in vieler Beziehung keinen Anklang. Wie soll auch tatsächlich in praxi die Grenze zwischen wirtschaftlichem und politischem Streik gezogen werden? Warum verbietet man den organisierten Arbeitern und Angestellten in kommunalen und staatlichen Betrieben (einschließlich Post!) die Unterhaltung von Beziehungen zu anderen Gewerkschaften und die Schaffung politischer Fonds, aus denen z. B. bislang die sechs Abgeordneten dieser Gruppen bezahlt wurden? — Man darf wirklich sehr gespannt sein, wie der Kampf um die Trade-Union-Bill ausläuft, und wird es verstehen, daß niemand aufmerksamer nach England hineinhorcht als — Sowjet-Rußland und Komintern.

Selbstverständlich ist sich die Baldwin-Regierung darüber vollkommen im klaren. Eben, weil das Gewerkschaftsgesetz ein innenpolitischer Niederschlag ihrer außenpolitischen Einstellung ist, versteift sie sich ja auf die schleunige Annahme dieser Bill. Man ist in den Kreisen der Londoner Regierung der festen Überzeug, daß die russische Politik in China endgültig gescheitert ist und glaubt sich darum stark genug, mit den Russen gründlich abzurechnen. Offen wird in verschiedenen Londoner Blättern die Haussuchung im Gebäude der „Arcos“ (Mitte Mai) als Auftakt einer systematischen Einkreisungspolitik gegen Sowjetrußland bezeichnet. Gerüchtweise verlautet, daß der britischen Regierung ein wichtiges Aktenstück betr. Aufmarschpläne gegen Rußland (Durchzug durch Deutschland!) gestohlen worden sei und daß man dieses Dokument im Gebäude der „Arcos“ vermutete. Halten die Londoner Staatsmänner die Bolschewisten wirklich für solche politische Laien, um im Ernst zu glauben, daß die Russen eine so ungeheuerlich wichtige Urkunde erst lange in den Tresors der „Arcos“ liegen lassen würden? Die Londoner Ausrede verdient tatsächlich nicht die mindeste Beachtung, und wir neigen mit dem amtlichen Moskau dazu, eindeutige Zusammenhänge zwischen der Pekinger und der Londoner Razzia anzunehmen. Der City wird das Vorgehen der Regierung im Augenblick vielleicht unangenehm sein, denn gerade eben hatte der Präsident der Midland-Bank, Mac Kenna, ein Arrangement mit dem Chef der russischen Handelsdelegation in London abgeschlossen und zwecks Finanzierung russischer Wareneinkäufe in England langfristige Kredite bis zu 10 Mill. £ bewilligt. Am Ende aber werden sich auch die britischen Finanzkreise mit den Maßnahmen ihrer konservativen Regierung abfinden, denn es handelt sich für Baldwin gewißlich um mehr als die Gewinnung einer zugkräftigen Wahlpropaganda, es geht für ihn um das Schicksal des Reichs, und gegenüber diesem Alarmruf der Torypartei

verstummen in England erfahrungsgemäß sogar die Angstschreie um den eigenen Geldbeutel.

Mit verhaltener Wut verfolgen die Herren des eurasiatischen Kontinentstaates die Würgarbeit des insularen Todfeindes. Die Beziehungen zwischen England und Rußland haben einen Grad der Spannung erreicht, der für die nächste Zukunft nichts Gutes erwarten läßt. Im Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, ist die Antwort Londons auf die Moskauer Arcos-Note noch nicht bekannt; aber selbst wenn jetzt der Abbruch der diplomatischen Beziehungen noch einmal vermieden werden sollte, so bleibt zweifellos der englisch-russische Gegensatz auch weiterhin eine ernste Bedrohung des europäischen Friedens. An eine baldige kriegerische Auseinandersetzung ist trozdem wohl nicht zu denken; die Massen der abendländischen Proletarier sind vorerst schwerlich für einen Krieg gegen Rußland zu gewinnen, und der Sowjetstaat seinerseits ist noch immer viel zu schwach, um einen neuen Weltkrieg wagen zu können. Gewiß, seit der Preisgabe der eigentlichen bolschewistischen Wirtschaftspolitik hat sich Rußland entschieden erholt; die „Prawda", die in diesem Monat das Fest ihres 15 jährigen Bestehens feierte, wird nicht müde zu prahlen: Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, wesentliche Fortschritte im Bergbau und in der Industrie, Elektrifizierung, Don-Wolga-Kanal, Ausbau der Fluglinien, Steigerung des Baumwollanbaus, Kautschukanpflanzungen am Syr-Darja und bei Samarkand usw. Aber trotz dieser verführerischen Mischung von Wahrheit und Dichtung kann auch in Rußland nicht umhin, die Gültigkeit dieser beiden Thesen anzuerkennen:

1. Infolge des geringen Grades der Verstadtlichung in Rußland ist es einstweilen ausgeschlossen, die Agrarproduktion des Landes auf den inneren Markt einzustellen; Rußlands Agrarwirtschaft benötigt vielmehr unbedingt die europäischen Märkte als Absatzgebiete. Ein russisch-englischer Krieg würde eine Katastrophe für die russische Landwirtschaft bedeuten und die große Masse des Volkes, zugleich die besten Steuerzahler des Staates weithin der erneuten Verelendung preisgeben.

2. Aus der von extrembolschewistischen Dogmen befreiten russischen Wirtschaft lassen sich jetzt durch Anziehen der Steuerschraube zwar wieder erhebliche Geldmittel herauspressen (dazu Wiedereinführung des „verrucht zaristischen" Branntwein-Monopols, der „kapitalistisch-bourgeoisen" Staatslotterie u. a. m.), aber die so aufgebrachten Summen reichen nicht aus, um die politisch (Rüstungen!) und wirtschaftlich (Schaffung eines starkes Innenmarktes!) für dringend notwendig erachtete Industrialisierung mit dem erforderlichen Nachdruck zu betreiben. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht man unbedingt große langfristig gegebene Anleihen vom kapitalistischen Ausland. Ein russisch-englischer Krieg würde die russische Industrie um Jahrzehnte zurückwerfen.

Die allgemeine Abneigung Europas gegen einen neuen Krieg und der Widerstand des Proletariats speziell gegen einen russischen Krieg wirken also in der gleichen Richtung wie der Belange der russischen Wirtschaft: einstweilen keinen neuen Krieg! Die Friedensbeteuerungen von beiden Seiten mögen also in der Tat ehrlich gemeint sein, wenigstens in bezug auf einen Krieg alten Stils. Aber, so sinnt man in London, so raunt man es sich in Moskau zu, die indische und chinesische Bewegung hat uns nicht umsonst eine neue wirksame Form der kriegerischen Auseinandersetzung gelehrt, den Krieg ohne Waffen: systematischer wirtschaftlicher Boykott des Gegners. England wie Rußland sind zu einem Kampfe dieser Art entschlossen und treffen zielbewußt alle Vorbereitungen. „Die Aufträge der Sowjet-Union", so proklamiert Moskau, „werden künftighin nur noch an befreundete Nationen vergeben

werden. Keinen Rubel mehr solchen Staaten, deren Regierungen als ausgesprochen russenfeindlich angesehen werden müssen." Trotz gewiß nicht geringer Bedenken entsendet Moskau Vertreter zur Genfer Weltwirtschaftskonferenz. Es gilt, dort den Schachzügen der britischen Diplomatie zu begegnen und wenn irgend möglich in engere Fühlung mit den Amerikanern zu gelangen (Anleihe!). Mit der Miene sieghafter Überlegenheit erklärt plötzlich die russische Presse, Europa sei im Grunde überhaupt kein würdiger Partner für Sowjet-Rußland, da alle abendländischen Staaten ja doch nur von der Gnade der nordamerikanischen Union bzw. deren Großbanken leben. Eben deshalb müsse und könne Rußland im Grunde über Europa zur Tagesordnung übergehen und seine Hoffnung auf Amerika setzen. England, an Schärfe des realpolitischen Blickes und Feinheit der Taktik überlegen, antwortet mit der Pekinger und Londoner Razzia, um auch den Amerikanern die Augen zu öffnen und alle Welt davon zu überzeugen, daß Sowjet-Rußland schlechterdings kreditunwürdig sei. Überdies fragt man mit bissigem Spott, ob Rußland die Zinsen für eine eventuelle amerikanische Anleihe etwa in Getreide zu bezahlen gedenke. In richtiger Einschätzung der Tatsache, daß Rußland nicht nur Geld, sondern auch Absatzmärkte für seine Erzeugnisse benötigt, macht England zugleich den Kontinent gegen Rußland mobil. Italien, dessen Ministerpräsident so oft und so stolz die Freiheit des neuerstarkten Landes betont, ist, wie wir wissen, durch mannigfache Bande (Mittelmeer, Nordafrika, Balkan, Vorderasien) an die englische Politik gekettet. Frankreich, der Beschützer Jugoslawiens und dadurch Gegner der italienischen Balkanpolitik, muß beruhigt und zugleich von seinen Verhandlungen mit Rußland abgebracht werden (Pariser Besprechungen über die russischen Vorkriegsschulden, Anleihe!); beiden Zielen dient die Einladung des französischen Staatsoberhauptes Doumergue nach London und die bei dieser Gelegenheit von Chamberlain und Briand gefeierte Erneuerung der Entente cordiale. Bleibt noch Deutschland übrig, dessen Versuch einer völligen Neutralität in London natürlich nicht genehm ist. Käme es auf einen Kampf mit Waffen an, so brauchte man sich um das gänzlich wehrlos gemachte Deutsche Reich nicht viel zu kümmern; da aber ein Krieg wirtschaftlicher Art droht, so spielt Deutschland eine nicht unwichtige Rolle. Es paßt sich gut, daß Deutschland gerade jetzt wieder allerlei Wünsche zu erkennen gibt: Räumung des Rheingebiets, Kolonialmandat u. a. m. Man kann also mit sich reden lassen. Die Räumung der Rheinlande kostet England nichts, gar nichts; irgendein Stück Landes, wo sich Deutschland die Zähne ausbeißt und in Konflikt mit den Eingeborenen gerät, wird sich zur Not in Übersee schon noch finden lassen. Bezahlt Deutschland dieses „großmütige Entgegenkommen" Englands mit einer Schwenkung seiner Außenpolitik, tritt es dafür der „heiligen Allianz" gegen Sowjet-Rußland" bei, so kann das Geschäft schnell perfekt werden. Das sind nicht etwa Kombinationen eines Phantasten, sondern Gedankengänge, denen man jetzt in der englischen Presse (Daily Telegraph, Westminster Gazette) u. a. m. wiederholt und ziemlich unverhüllt begegnet. England als Führer des Kontinents gegen Sowjet-Rußland! Für Frankreich und vollends für unser deutsches Vaterland werden in den nächsten Monaten zukunftswichtige Entscheidungen notwendig. Möchte es unsern Staatslenkern glücken, uns vor dem Schicksal eines Trabantenstaates zu bewahren und in dieser entscheidenden Epoche den denkbarsten Nutzen aus unserer Mittellage zu ziehen. Augenblickserfolge sind gar zu teuer erkauft, wenn wir uns dafür auf lange Zeit der Freiheit des Entschlusses begeben.

Gemessen an der Tragweite des englisch-russischen Konfliktes kommt den übrigen Ereignissen in der alten Welt nur ein geringeres geopolitisches Interesse zu. Über den

in der ersten Kammer der Generalstaaten endgültig gescheiterten niederländisch-belgischen Vertrag berichtet demnächst in dieser Zeitschrift R. Hennig gesondert. Das interessante Problem der Scheldemündung bleibt also einstweilen ungelöst, der Rhein-Maas-Schelde-Kanal (§ 361 von Versailles) vorerst ebenso ungebaut wie der Antwerpen-Moerdijk-Kanal, und das politische Verhältnis zwischen Holland und Belgien trotz des faktischen Endes der belgischen Neutralität ungeklärt. — In Belgien hat man sich in den letzten Monaten auch wieder einmal mit der Eupen-Malmedy-Frage lebhafter beschäftigt, doch ist das Ergebnis der Interpellation des Abgeordneten Sommerhausen keineswegs erfreulich zu nennen. Die katholische Partei Belgiens ist gänzlich umgefallen, wendet sich mit ungewöhnlicher Schärfe gegen den Gedanken einer neuen, wirklich geheimen und unbeeinflußten Abstimmung und erklärt mit brutaler Deutlichkeit, daß wirtschaftliche Interessen und die Frage der Sicherheit über Recht und Idealismus gehen. Die belgischen Sozialisten sind nun die einzigen, die grundsätzlich für eine loyale Lösung der Eupen-Malmedy-Frage eintreten; ihr Führer Vandervelde hält sich jedoch stark zurück, weil er offenbar die jetzige Koalitionsregierung nicht durch eine Aufrollung dieses Grenzlandproblems gefährden will.

Das Verhältnis Deutschland-Polen hat sich trotz aller Bemühungen von beiden Seiten noch immer nicht gebessert. Im Gegenteil! Polen versucht augenscheinlich, als Antwort auf die gewiß alles andere als geschickte Beuthener Parteirede Hergts eine östliche Grenzgarantie zu erpressen, indem es in Ost-Oberschlesien ein wahrhaftes Schreckensregiment eröffnet. Die Anmeldungen zu den deutschen Minderheitsschulen werden mit einem Terror sondergleichen bekämpft, die politischen Führer der deutschen Partei ohne jeden Grund verhaftet usw. Selbst die „Vossische Zeitung", die nicht irgendwie dem Verdacht chauvinistischer Hetzerei ausgesetzt sein kann, sieht sich gezwungen, die Dinge beim rechten Namen zu nennen: polnische Schande. Wie wir angesichts dieser unerhörten Tatsachen zu der in beiderseitigem Interesse notwendigen Politik friedlicher Auseinandersetzung gelangen sollen, bleibt ein Rätsel. — Dabei müßte sich Polen doch nachgerade wirklich in Ruhe klar machen, daß es ohne Einverständnis mit Deutschland auf die Dauer nicht auskommen kann. Die Anleiheverhandlungen zwischen der amerikanischen Bankiersgruppe und der polnischen Regierung ziehen sich mehr und mehr in die Länge und begegnen immer wieder neuen Schwierigkeiten, der Haß der an Polen gefallenen Weißrussen und Ukrainer wächst von Monat zu Monat bedenklicher, das Verhältnis zu Sowjet-Rußland ist nach wie vor gespannt (polnische Unterstützung der Abtrennungsbewegung in der Sowjet-Ukraine!) die baltischen Randstaaten ziehen ein Arrangement mit Sowjet-Rußland einer Anlehnung an Polen entschieden vor usw. Will und kann es ein Staat in dieser Lage verantworten, durch sinnlose Schikanen und raffinierten Terror auch seinen westlichen Gegner endgültig unversöhnlich zu stimmen?

Wenn Polen klug werden will, wird es aus der Programmrede des Prager Unterrichtsministers Hodscha viel lernen können. Hodscha, der selbst allerdings kein Tscheche, sondern Slowak ist, hat mit erfreulichem Mut eine völlige Wendung der tschechoslowakischen Kultur- und Minderheitenpolitik angekündigt: die Entnationalisierung der Kinder soll ein für alle Male aufhören, alle verhetzenden Stellen sollen aus den Schulbüchern ausgetilgt, Kampfgründungen tschechischer Bürgerschulen in rein deutschen Gemeinden untersagt werden usw. Dieses offizielle Versprechen einer gerechten Minderheitenpolitik und loyalen Schulautonomie nehmen wir mit großer Freude zur Kenntnis. Glückt es Minister Hodscha, sein Wort einzulösen, so wird seine Reform geradezu als historisches Ereignis zu werten sein.

Die Kleine Entente, jener die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien umfassende Staatenblock, hat auf ihrer Mitte Mai in Joachimsthal stattgehabten Konferenz bewiesen, daß sie trotz der unleugbaren Divergenzen den Zusammenhang einstweilen noch zu wahren weiß. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Kleine Entente als Barometer für den jeweiligen Stand der französisch-italienischen Rivalität im östlichen Mitteleuropa angesehen werden darf: Frankreich will die Kleine Entente stützen, um mit ihrer Hilfe an Einfluß zu gewinnen, Ungarn niederzuhalten, den Anschluß Deutsch-Österreichs zu vereiteln und der östlichen Expansion Italiens einen Riegel vorzuschieben; Italien seinerseits muß auf eine Lockerung oder Auflösung der Kleinen Entente Bedacht nehmen, um die Hand gegen Jugoslawien frei zu haben und die pénétration pacifique des Balkans vollenden zu können. Beurteilt man die Joachimsthaler Konferenz von diesem Standpunkt aus, so läßt sich schwerlich übersehen, daß Italien gesiegt hat, wenn auch die Sprengung der Kleinen Entente vorerst noch nicht geglückt ist. Frankreich kann sich vielleicht rühmen, daß die Anschlußfrage von der Kleinen Entente auch dieses Mal wieder im Sinne seiner Politik behandelt worden ist; man erklärte sie als eine Angelegenheit des Völkerbundes, in dem dann die Staaten der Kleinen Entente jederzeit ihre Stimme (natürlich im Sinne einer Ablehnung) erheben könnten. In diesem Punkte denken ja aber auch die italienischen Staatslenker nicht irgendwie anders, und alle übrigen Entschlüsse von Joachimsthal bedeuten zweifellos einen Erfolg Italiens. Die vornehmlich gegen Ungarn geschaffene Kleine Entente konnte nicht daran vorbeigehen, daß Ungarns politische Stellung durch den im April 1927 abgeschlossenen Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag zwischen Italien und Ungarn von Grund auf eine andere geworden ist; der konzentrische Druck der Kleinen Entente auf Ungarn ist durch das Zusammengehen Ungarns mit Italien nahezu aufgehoben worden, und die in Fiume Ungarn eingeräumte Freihafenzone wird sich zweifellos stark auswirken. Jugoslawien hätte es natürlich gern gesehen, wenn die Kleine Entente wegen des albanischen Konfliktes eine deutliche Sprache gegen Italien geführt hätte; aber auch hier blieb Italien dank seinem sehr geschickt gewonnenen Bundesgenossen Rumänien obenauf, und Frankreich vermochte für seinen Schützling Jugoslawien so gut wie nichts zu erreichen. Im übrigen kann nicht übersehen werden, daß neuerdings die Faktoren „Deutschland“ und „Rußland“ in besonderer Weise auf die Kleine Entente wirken. Eine Welle ausgesprochener Deutschenfreundlichkeit geht augenblicklich durch Jugoslawien und kann für beide Teile bedeutungsvoll werden, wenn sich diese wiederauflebende Freundschaft zunächst in einer besseren Behandlung der deutschen Minorität in Jugoslawien auswirkt. Von dem Umschwung der tschechoslowakischen Politik gegenüber Deutschland und der deutschen Minderheit war oben schon die Rede. Rumänien möchte sich doch nicht ausschließlich auf Italien und Frankreich stützen, sondern sucht ersichtlich wirtschaftliche Annäherung auch an Deutschland (Regelung des Streits um die Noten der Banca Generale, 200 Mill. Mk.-Kredit an Rumänien zwecks Finanzierung großer Lieferungen von Eisenbahnmaterial u. a. m.). In bezug auf Rußland ist die Stellung der Kleinen Entente durchaus nicht einheitlich. Rumänien will natürlich von einer Anerkennung der Sowjet-Union solange nichts wissen, als die Bessarabien-Frage nicht endgültig gelöst ist; die Tschechoslowakei möchte ihrer Industrie gern den russischen Markt öffnen und liebäugelt mit der Anerkennung; in Jugoslawien taucht immer wieder der Gedanke einer politischen Zusammenarbeit mit Rußland im Sinne des einstigen Panslawismus auf.

Wie sich die Zukunft der Balkanstaaten endgültig gestalten wird, ist natürlich nicht irgendwie mit Sicherheit vorauszusehen. Das italienische Liebeswerben um Bulgarien ist zunächst erfolglos geblieben; Bulgarien hat das Bündnisangebot abgelehnt. Hier wie in den oben genannten Staaten sympatisiert man vielmehr in weiten Kreisen mit dem Gedanken eines völlig unabhängigen Staatenbundes der Balkanvölker. Auch der Versuch Italiens, den südslawischen Getreidehandel im Mittelmeer und in Zentraleuropa durch Anlage einer russischen Freihandelszone in Venedig zu schädigen, darf wohl als gescheitert angesehen werden. Trotzdem aber ist und bleibt Italien einstweilen zweifellos der aktivste politische Faktor auf dem Balkan und in Vorderasien. Mit welcher Tatkraft Italien hier auftritt, erhellt schließlich noch aus diesen beiden Tatsachen: Die italienische Gesandtschaft in Kairo ist neuerdings im ägyptischen Außenministerium vorstellig geworden und hat verlangt, daß denjenigen Senussi, die Italien als unerwünschte Elemente betrachtet, der Aufenthalt in Ägypten verboten werde, daß die an der Grenze lebenden Senussi entwaffnet würden und daß endlich die Rädelsführer der antiitalienischen Bewegung unter den Senussi verhaftet und an Italien ausgeliefert werden sollten. Geopolitisch noch interessanter ist die englisch-italienische Erörterung der Mandatsverhältnisse in Vorderasien. Die „Daily Mail" brachte einen Artikel, in dem die Übertragung der Mandate von Palästina und Mesopotamien an Italien befürwortet wurde. Begeistert nahm der „Messagero" den Gedanken auf und vertrat die Meinung, daß Italien gewiß der beste Sachverwalter in Palästina sein würde, und daß Mesopotamien ein zweites Paradies werden könnte, falls sich italienische Arbeitskraft in diesem Gebiet mit englischem und amerikanischem Kapital zusammenfinden würde.

Während hier noch von Kolonialpolitik alten Stiles geträumt wird, ertönt in unmittelbarer Nachbarschaft, in Persien, immer lauter der Ruf nach Selbstbestimmung. Persien hat den Handelsvertrag mit Deutschland gekündigt und fordert ganz allgemein die Abschaffung der Kapitulationen. Damit im Zusammenhang steht die Erklärung der neuen persischen Regierung, daß eine Vergebung der nordpersischen Erdölfelder an die Anglo Persian Oil Co. nicht in Frage komme, daß zum mindesten eine starke Beteiligung des persischen Staates vorausgesetzt werden müsse. Das Beispiel der Türkei, die sich ihre nationale Unabhängigkeit so zielbewußt zu sichern verstand, findet ersichtlich Nachahmung, die Welt des Orients ringt nach neuen, ihr gemäßen politischen Lebensformen.

K. Haushofer:

BERICHT ÜBER DEN INDOPAZIFISCHEN RAUM

Wiedereindringen ozeanischer Politik in den mittleren Yangtse. — Interessenwiderstreit Japans, der U. S. und der Kolonialmächte. — Haltung Rußlands. — Yangtse-Einzelheiten. — Deutsche Vertretung in Hunan. — Eigenart des Nachrichtendienstes in Südchina. — Grenzen für chinesische Kompromisse. — Indischer und jungchinesischer Nationalsozialismus gegen Kommunismus. — Gandhis Einstellung. — Indische Flotte und Schwerindustrie von Jamshidpur. — Neuseelands Flotten- und Singapuropfer. — Pazifische Flottenkontrolle. — U. S. Amerika in der Spottzeichnung zur Chinesischen Frage. — Spottbilder.

Als im regelmäßigen Wechselspiel des westpazifischen Klimas die Fahrrinne des Yangtse sich wieder ausreichend vertiefte, um große Kriegsschiffe stromauf, tausend und

mehr Kilometer landeinwärts zu tragen, da vervielfältigte sich nicht nur die Wichtigkeit der Strombarriere des chinesischen Südens, die Schwierigkeit ihrer Überwindung für beide kämpfenden Hauptgegner, sondern es öffnete sich auch wieder die Gewaltbahn für die ozeanische Politik bis Hankau und weiter landeinwärts. Das führte zunächst Anfang Mai 45–50 fremde Kriegsschiffe mit mehr als 110000 Tonnen vor Hankau. Damit änderte sich, zugleich durch die Bedrohung von den Küstenstützpunkten General Chiang-Kai-Schecks aus, völlig der fremdenfeindliche Ton der Rumpfregierung in Hankau. Der mühsam genug vereinigte diplomatische Druck der ozeanischen Mächte infolge der „Greuel" von Nanking fand eine Lücke zur Verflüchtigung; und so bedeuteten die Kriegsschiffe eigentlich eine ähnliche Gefahr für ihre eigenen Staatsmänner wie der Erfolg von Lord Dukworth seinerzeit gegenüber Konstantinopel. Alles – auch ihre Absender – war damals froh, als die Flotte glücklich wieder weg war. Zur Zeit sind etwa 150 werktätige Fremde in dem sehr stillen Hankau; so entfällt auf je drei zu schützende kaufmännische Vertreter ein Kriegsschiff, auf jeden einzelnen etwa der Schiffsraum eines staatlichen Binnenseedampfers. Man könnte die Aufteilung beliebig fortsetzen. Wenn wirklich nach Sallust „jedes Reich nur mit den Mitteln erhalten wird, durch die es ursprünglich erworben wurde", dann tritt wenigstens in China der friedliche Handel bei den Übersee-Angelsachsen hinter die blanke Seegewalt stark zurück. Weit wichtiger, als ihre Einmischung oder Nichteinmischung in die innere Auseinandersetzung zwischen rechtem, nationalchinesischem und linkem, international-revolutionärem Flügel der Kuo-Min-Tang scheint das stille erbitterte Ringen zwischen Kontinentalmacht und ozeanischer überhaupt auf der ganzen Linie von den Wuhan-Städten bis zum Philippinen-Tief und innerhalb der ozeanischen wieder zwischen der U. S.-amerikanischen, der reichsbritischen und der japanischen Politik, von denen jede von der andern grundverschiedene Ziele verfolgt.

Das haben die Chinesen in Nord und Süd längst erkannt, spielen heimliche Gegner noch meisterhafter gegeneinander aus als öffentliche, und wissen darin ihre beste, weil geopolitisch begründete Stärke.

Diese Tatsache nachzuweisen, braucht man nur auf der einen Seite etwa aus einem so rein nüchtern wirtschaftsgeographischen Buch, wie Baranskiis Wirtschaftsgeographie der Sowjets (C. C. C. R., Moskau 1927) oder andern russischen und japanischen Quellen, die Verzahnungsmöglichkeiten zwischen China, Japan und Rußland in Nordostasien zu prüfen, auf der andern die tiefen, klaffenden Interessengegensätze der drei großen pazifischen Seemächte, wie sie etwa George Bronson Rea in „The Keys of Empire" (Far Eastern Review II, 1927), für die U. S.-amerikanische Politik oder Gonnoske Komai im Daily Express an dem steigenden japanischen Bevölkerungsdruck zeigen.

Wir haben schon (IV. 1927) in anderem Zusammenhang die Leser auf das 2. Heft der Far Eastern Review von 1927 als eine wichtige Quelle von Erkenntnis indopazifischer Zusammenhänge aufmerksam gemacht. Sie finden darin gute Bilder der bedeutendsten chinesischen Führer: Chiang-Kai-Scheck, Sun-Fo, Chen Kung-Po, Chang-Tso-Lin, des entscheidenden Amerikaners in den Philippinen Leonard Wood; vor allem aber in gedrängter Form einige sonst wohlverschwiegene „arcana imperii", aus denen hervorgeht, warum – nach der kurzen scheinbaren Einigkeit der fünf Mächte – England und Italien nun plötzlich wieder allein stehen, gerade in dem Augenblick, wo es auf die Weiterverfolgung der ersten gemeinsamen Note über Nanking ankäme.

„Die Philippinen stehen als Puffer zwischen Japan und den britischen Besitzungen in Indien, Malaya und dem Pazifik; eine Garantie, daß – solange sie unter amerika-

nischem Schutze stehen – ihre Neutralität geachtet werden muß." – „Britannien rüstet sich für den Tag der Unabhängigkeit der Philippinen", steht als Überschrift über dem Aufsatz! „Die Philippinen sind der Schlüssel zu ‚World Empire.' – Wenn der Besitz dieser Schlüssel jemals aus den Händen der U. S. entgleitet, werden sie übernommen und festgehalten von einer andern Macht, die sie für ihren eigenen Vorteil zu nutzen weiß." „Die Zukunft der Philippinen ist ungewiß. Großbritannien kann den Einsatz nicht wagen. Noch weniger kann Japan eine weitere Ausdehnung von europäischem Einfluß in den Gewässern des Fernen Ostens mit ansehen . . ."

„Auf leicht überwindbare Dampferentfernung von Mindanao und der Sulugruppe oder irgendeiner der tausend als U-Boot-Station geeigneten Inseln liegt das Rubberimperium der Welt, eine Quelle unbegrenzten Reichtums, aus der Großbritannien die Summen für die Bezahlung seiner Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten jetzt herauszieht und weiter herausziehen wird. Auch wenn der Schreck asiatischer Bedrohung gegen Australien und Indien ausgeschaltet ist, werden diese ungeheuer reichen Besitzungen gleichwohl gegen jede Zugriffsmöglichkeit geschützt werden müssen."

„Ist es je einem denkenden Amerikaner zum Bewußtsein gekommen, daß der hypothetische Feind, der möglicherweise einmal den Besitz von Britanniens malaiischem Rubberreich anstreben könnte, ihr eigenes Land sein könnte?" „Könnte nicht die Basis von Singapur gegen die Vereinigten Staaten errichtet sein?" Dann folgen eine lange Reihe von Gründen, die uns zeigen, warum die beiden großen Angelsachsenmächte in China, aber auch gegenüber den Sowjets und Japan, ganz verschiedene Wege gehen, die natürlich in den überseeischen Nachrichtendiensten nicht so deutlich erkennbar sind, wie in einer solchen sehr zweckbewußten Zusammenfassung eines Wissenden.

Auch daß Frankreich nicht wegen der Vereinigten Staaten und ihrer abseitigen Haltung, sondern aus Rücksicht auf Japans Chinapolitik nicht bei der weiteren Verfolgung des Nankingprotestes mitgetan hat, eröffnet Einblicke in geopolitische Hintergründe; und peinlich genug mag es für manche sein, daß sich unter den Papieren, die bei der Plünderung der Sowjetnebengebäude in Peking ans Licht kamen, eine an sich sehr kluge russische Instruktion befindet: „Spezielle Weisung, Japan von den andern Mächten in China zu scheiden, so daß Japan nicht zu feindlichem Vorgehen gegen China gedrängt wird und keinerlei antijapanische Agitation in China aufkommt." Japan und die Sowjets wollen – wenigstens in einigen ihrer einsichtigsten leitenden Kreise – keinen Streit untereinander haben; sie sehen durchaus die Möglichkeit einer reibungslosen Verzahnung, nötigenfalls unter Aufrichtung einer Pufferzone; und sie verstehen es beide, persönliche Reibungen und übersteigerte Zufälle vor großen geopolitischen Zielen auf weite Sicht zurücktreten zu lassen. Auch wenn sie wegen der Pekinger Vorfälle nicht gleich Großlärm schlägt und zu weit vorgestoßene Agenten in Hankau zurückpfeifen muß, hört die asiatische Politik der Sowjets nicht auf, Freunden nützlich und Gegnern unheimlich und furchtbar zu sein.

Diese großen Rahmenzüge mußten wieder einmal aufgefrischt werden, ehe wir uns den neuesten Einzelheiten des wichtigsten Unruheherdes der indopazifischen Welt, des mittleren Yangtse, zuwenden.

Diese Einzelheiten erhalten, außer durch die schon in Heft IV d. G. angezogenen Zeugen, besonders lebendige Farben durch einige ausgezeichnet geschriebene und beobachtete journalistische Momentaufnahmen von Arthur Ransome (die besten im

Manchester Guardian 11., 12., 25. April, 4. und 5. Mai, Eugene Chen); durch die Begleitmusik der sehr des Einsehens werten chinesischen Studentenzeitschrift: „The Chinese Students Monthly", Shanghai, Ningpo Road, z. B. in Nr. 5, Bd. 22, S. 4: „Hypocritical Americans" u. a.; und eine Rede von Alfred Sze, dem chinesischen Gesandten in Washington, über das ganze Problem der für China annehmbaren Handelsverträge, unter besonderer Rühmung des chinesisch-österreichischen.

Nicht vergessen werden darf in diesem Chor aber eine sehr gut unterrichtete deutsche Stimme von Dr. A. Hartmann aus Changsha, der Hauptstadt von Hunan, einer der drei wichtigen Übergangslandschaften zwischen Yangtse und den Kwangprovinzen Südchinas. „Der lebhafte Außenhandel dieser wichtigen Provinz liegt heute meist in deutschen Händen", so stellt ein verdienter Auslanddeutscher fest. Er beklagt mit Recht, daß in Changsha zwar ein amerikanisches, englisches, japanisches und russisches Konsulat sei, aber kein deutsches: dies in einem Land, aus dem 80% der Antimonwelterzeugung kommen, das mit seinen 205 358 qkm zwar nicht, wie geschrieben wird, „beinahe so groß wie Deutschland ist", aber gewiß mit seinen 28 1/2 Millionen Einw., seinen fünf Millionenstadtbezirken, seinem Reichtum an Reis, Bohnen, Tee, Öl, Fellen, Erzen, seiner wichtigen Verkehrszukunft und seiner zentralen Bedeutung für die ganze südchinesische Bewegung nicht länger ohne deutschen Konsul für deutsche Interessen bleiben darf, die vom Konsulat in Hankau aus unmöglich wirksam wahrgenommen werden können.

Die chinesischen „Provinzen" sind eben Länder, und wenn wir Shanghai, Hongkong und Tientsin außer Betracht lassen – als fremde, reichlich örtlich mit Arbeit eingedeckte Wachstumspitzen –, dann haben wir von den 21 Ländern nur 6 (Nord- und Südmandschurei, Szechwan, Hupe, Shantung und Kwangtung) mit Konsulaten besetzt. In der ganzen mächtigen Schwellenlandschaft, in der sich das Schicksal des chinesischen Südens entschied: auf 1 274 462 qkm, mit 99 360 000 Menschen, mit großen und sehr ernst zu nehmenden deutschen Bergbau- und Handelsinteressen, mit einer stattlichen Zahl in solcher Lage doppelt liebevoll zu betreuender Landsleute, gab es keinen amtlichen Vertreter Deutschlands. Dürfen wir uns wundern, wenn eine gewisse Nachrichtenleere herrschte – wenn deutsche Meinung in Mitteleuropa sehr in Abhängigkeit von fremdem Urteil geriet – wenn man noch froh sein mußte, daß Eugen Chen, Borodin und Chiang-Kai-Scheck ihr Interesse dabei fanden, gegenüber den angelsächsischen Nachrichtendiensten wie den französischen und japanischen, Gegengewichte durch gelegentliche freundliche Mitteilungen an deutsche Interessenten in die Wage zu werfen?

Wenn wir aus den Vorgängen in Südchina nur die eine Folge ziehen wollten, daß es nicht gut angeht, einen Riesenraum mit solcher Dynamik völlig ohne amtliche Beaufsichtigung zu lassen, so würden wir Gewinn davon haben. Denn wir müssen doch darüber klar sein, daß für alle Vorgänge südlich jenseits der Yangtse- und westlich jenseits der Randstaffelbruchlinie alle nordchinesischen Beobachter (Gesandtschaft wie Konsulate und Zeitungsleute in Peking oder Tientsin und Mukden) fast völlig ausfallen, und daß umgekehrt alles für Nordchina ausfällt, was südlich und westlich dieser Linie sitzt. Sehr oft sind wir tatsächlich in Europa und Amerika durch vergleichende Beobachtung sehr viel besser politisch und wirtschaftlich im Bild gewesen – (wie unsere Leser leicht kontrollieren können) – als berühmte, an Ort und Stelle befindliche Lokalberichterstatter. Namentlich die Luft von Peking und Shanghai gestattet sehr selten, mit freiem Kopf in die Umwelt hinauszusehen, ungetrübt durch die aufgeregte und klatschsüchtige Lokalatmosphäre, deren gußeiserner Kolonial-

egoismus, z. B. in Shanghai, eines der ernstesten Hemmnisse für eine vernünftige britische Chinapolitik ist, wie nicht nur wir es sehen, sondern auch so gute Beobachter wie Ransome in Shanghai selbst. Ehe aber auch sie weitergeführt werden kann, muß die innere Krise der Kuomintang erledigt sein; der für China glücklichste Weg dazu wäre wohl ein Sieg Chiang-Kai-Schecks, wenn er auch die Ablösung der Mandschurei in drohende Nähe führen könnte. Sicher ist, daß weder Hankau noch Nanking auf die Dauer von einem der nordischen Militaristen gehalten werden können; sicher, daß es ohne Yangtse- und Kwanglandschaften kein lebensfähiges chinesisches Reich gibt, das der Norden allein nicht tragen kann.

Geopolitisch sicher ist andererseits, daß auf die Yangtse-Mündungsprovinzen allein keine dauernde Machtstellung zu bauen ist, wie schon Sun-Chuan-Fang erfuhr, daß Chiang-Kai-Scheck also mindestens eine der beiden Durchgangslandschaften Kiangsi oder Hunan braucht und mit Hankau abrechnen oder ein Kompromiß finden muß, wenn er sich nicht selbst aufgeben will.

Sicher ist endlich, daß die Mandschurei, etwa östlich von der Linie Tientsin oder Chientao oder Shanhaikwan-Jehol sehr gut für sich allein leben kann, während eine wirksame Zentralgewalt in Peking ohne Yangtse oder Mandschurei dem bekannten Messer ohne Klinge und Heft gleicht. Ein einigermaßen wieder zusammengefügter Süden wird andererseits immer den Zug haben, Peking und sein Hinterland bis zur großen Mauer etwa in die Hand zu bekommen.

In diesen großen Rahmen lassen sich wohl allerlei Kompromisse hineinspannen; aber er zeigt doch deutliche Grenzen, jenseits deren auf die Dauer haltbare Kompromisse nicht möglich sind.

Daß auch sonst in Südostasien Spalten klaffen zwischen waschechtem Imperialismus, zwischen südostasiatischer Vorstellung von gerechter und sozialer Wirtschaft und demokratischer Staatsstruktur und zwischen Kommunismus frei nach Lenin – diesen drei großen Gruppen, unter die sich sämtliche führenden Chinesen von heute einreihen lassen – (hinter die Toten Yüan-Shi-Kai, Sun-Yat-Sen und Lenin, der zwar kein Ostasiat, aber immerhin Vollbluttatar war) – das zeigt eine indische Kontroverse von Gandhi mit dem indischen Renommierkommunisten im britischen Parlament, Saklatvala.

Die Antwort stand, ebenso wie Saklatvalas offener Brief, in „Young India". Sie erklärte zuerst, was „Khaddar" (Name der selbstgewobenen indischen Leinwand) bedeute: Einfachheit, nicht Schäbigkeit; denn es kleide arm und reich. Es bedeute Nutzung der Maschine und doch zugleich einen Protest gegen die Mechanisierung. „Es dient dem Arbeitsfrieden, nicht der Verhetzung und Volksentzweiung", so etwa lautete die verschleierte Antwort. Auch sein Zusammenspiel mit den großen indischen Arbeitgebern (Tata) in Jamshidpur hat Gandhi vornehm und klug gerechtfertigt. „Was die Arbeit in den Städten betrifft . . . so bin ich gar kein Gegner der Organisation der Arbeiter, aber, wie auf jedem andern Felde, will ich sie auf indischen (nationalen) Linien. Ich betrachte das Kapital", sagt Gandhi wörtlich „nicht als den Feind der Arbeit. Ich halte beider Zusammenwirken für vollständig möglich. Die Organisation der Arbeiter, die ich in Südafrika, Champaran oder Ahmedabad durchgeführt habe, war nicht im geringsten von kapitalistenfeindlichem Geiste getragen. Der Widerstand in jedem einzelnen Fall, bis zu dem für nötig gehaltenen Grad, war völlig erfolgreich. Mein Ideal ist gleiche Verteilung der Güter, aber soweit ich sehen kann, ist es nicht erfüllbar. Ich arbeite deshalb für „equitable", gerechte Verteilung. Die suche ich durch das Leitwort „Khaddar" anzustreben. Und da seine Erfüllung

die britische Ausbeutung in ihrer Zentrale unfruchtbar machen muß, wird es unsere Beziehungen zum Britentum läutern und reinigen. In diesem Sinn führt Khaddar zu Swaraj (Selbstbestimmung)!"

„Den Mahatmatitel muß ich seinem Schicksal überlassen. Obwohl ein Non-Cooperator, würde ich selig jedes Gesetz unterschreiben, das es für jeden strafbar macht, mich Mahatma zu heißen oder meine Füße verehrend zu berühren . . ."

Jedenfalls spricht auch aus diesem jungindischen Zeugnis derselbe stark nationale Zug demokratischer und sozialer Empfindung, wie ihn Jungchina auch entfaltet; und es ist eben der Fehler russischer Freunde der chinesischen und indischen Freiheitsbewegung, diesen für uns Mitteleuropäer doch am kürzesten als nationalsozialistisch zu bezeichnenden Zug verkannt zu haben.

Bemerkenswert ist, daß G. B. Rea in seinen „Keys of Empire" eben diese großen Stahlwerke von Jamshidpur in einen sehr imperialistischen Zusammenhang mit Singapur und seinen Zukunftsaufgaben bringt.

„Indien wird eine Flotte haben", schreibt er. „Einerseits ist es nicht im Stande einer Dominion; es hat nur, statt des einen britischen Mutterlandes, nun sechs dominionartige Herren. Andererseits sitzt und stimmt Indien im Völkerbund als souveräner Staat, frei, seine Unabhängigkeit in „minderen" Weltfragen auszuüben, aber dem Dikat seiner Oberherren unterworfen, wo es sich um vitale britische und Reichsangelegenheiten handelt. Die indische Flotte, mit Laskaren (indischen Matrosen) bemannt und von britischen Fachleuten geführt, fügt ebenso viele Einheiten, als sie hat, zu den Großbritannien im Washingtonvertrag zugebilligten Schiffen hinzu. So wird Singapur zur „Musterbasis" für eine große und zwei kleine Flotten: unabhängig im Frieden, aber vereint im Kriege! Die britische, australische, indische und dereinst neuseeländische Flotte, vom „Gibraltar des Ostens" aus operierend, munitioniert von den großen indischen Stahlwerken in Jamshidpur, werden ihrerzeit den Pazifischen und Indischen Ozean beherrschen . . ." Dann folgen ironische, für Politiker und Seeleute gleich interessante, hier zu weitführende Glossen.

Neuseeland hat seit der letzten Berichtszeit 1 Million £ außer den Kosten für sein Geschwader und den ersten 100 000 £ für diese Ideen eingesetzt, auf sieben bis acht Jahre zu verteilen. Außerdem will es seine zwei D-Kreuzer (4650 t, sechs 6 zöll. K.; 29 Kn.) ersetzen durch zwei bis drei B-Kreuzer (10 000 t, sieben 7,5 zöll. K.; 30 Kn.), was zunächst 600 000 £ statt 460 000 jährlich für die Indiensthaltung bedeutet.

Diese Opferbereitschaft hat der neuseeländische Premierminister Coates am 23. 4. 27 selbst ausgesprochen. 20 Millionen G.-M. einmalige und 2,8 jährliche Aufwendungen sind schon praktische Beweise der Einsicht, daß für Neuseeland Freihalten der weiten Überseeverbindungen Daseinsnotwendigkeit ist. Aber G. B. Reas Aufsatz zeigt auch, wie sehr die beiden andern Partner im Pazifischen Ozean auch auf die Kleinigkeiten aufpassen! 10 000 t-Kreuzer über 30 Kn. sind eben die Umgangsmünze im Pazifischen Ozean, nach der die Anliegermächte für ihre überseeische Schlagweite und Störungskraft eingeschätzt werden.

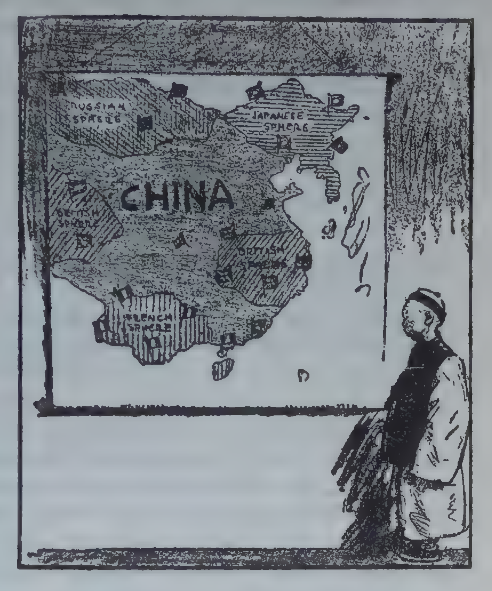
In ihr verstehen die Vereinigten Staaten und Japan keinen Spaß: die 10 000 t-Kreuzer, Flugzeuggeschwader und Mutterschiffe, U-Boote werden jedem genau nachgerechnet. An Schlachtschiffen spart man; Kreuzerkleinzeug und veraltete Donnerbüchsen am Ufer zählen nicht mit. Wir zerkleinern einstweilen in Deutschland Schrott, während die größeren Mächte sich gegenseitig Seifenblasen durchbohren, wie die beigefügte Spottzeichnung der China Press (Shanghai, 13. 4. 27) andeutet. Eine weitere kleine Sammlung von Spottzeichnungen zeigt, wie die große U. S.-amerikanische Presse,

The red Omar at Nanking



rodin to Mrs. B—.
Oh Love, could thou and I with fate conspire
To grasp this sorry scheme of things entire,
Would we not shatter it to bits — and then
Remould it nearer to our own desire?

My Country, 'Tis of Thee---in China



—Rollin Kirby in the New York World.

Magnificent Scene



"The most magnificent scene in the world is to see a great people .... coming into their own." — Senator Borah. — St. Louis Post-Dispatch.

Who Will Puncture It First?



Bubble blowing is the newest pastime to contribute to the gaiety of nations.

sehr im Gegensatz zum Durchschnitt der westmächtlichen, immer noch die Lage in China anschaut; und ein letztes Bild von „Sapajou" travestiert einen berühmten Vers von Omar Chayam für das Verhältnis des Sowjetberaters Borodin zu Jungchina, seinen Erfolgen und Mißerfolgen.

Nur hätten es die Chinesen nicht merken dürfen!

Omar Chayams Weisheit ist esoterisch — auch in der Geopolitik!

OTTO MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Atlantikflüge; erneute Bedeutung der ozeanischen Inseln. — Nicaragua — Mexiko — Vereinsstaatliche Politik. — Politische Mitteilungen aus Brasilien, Bolivien, Chile. — Grenzkonflikt zwischen Bolivien und Paraguay.

In der Beherrschung der äußeren Welt hat wohl der Mensch keine gewaltigere Großtat zu verzeichnen als die Überwindung des Raums durch die dauernde Steigerung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsmittel. Besonders in der Gegenwart hat sich diese Entwicklung geradezu überstürzt. Allein auch die unumschränkte Anerkennung dieser Tatsache vermag doch niemals gewisse Gegebenheiten im Erdbilde völlig zu verwischen. Quer über die einstige atlantische Kluft, gerade dort, wo sie — wie wir in der letzten Berichterstattung andeuteten — am weitesten klaffte, geht zwar eine der Hochstraßen des Weltverkehrs, ja, vielleicht die Hochstraße der Ozeanschiffahrt. Aber schon der Dampferverkehr hat in hohem Grade seine Wege den widrigen Verhältnissen dieses Ozeanteils anpassen müssen. Er kann nicht einfach den direktesten Weg von Europa nach Amerika einschlagen, sondern er muß jahreszeitlich den Gefahrzonen ausweichen. Während aber für die Schiffahrt die Straße längst auf alle Zeiten hinaus gezogen ist, kämpft die Luftfahrt wieder aufs neue mit der Überwindung der ungünstigen klimatischen Verhältnisse über dem nördlichen Atlantischen Ozean. Dessen muß man sich gerade bei dem betrüblichen Ausgang des Atlantikflugs Nungessers und Colis so recht bewußt sein. Es ist keineswegs der erste Flug auf der nordatlantischen Strecke, und sein völliges Mißlingen bedeutete darum durchaus nicht die Unmöglichkeit, den Ozean in diesen Breiten im Flugzeug zu queren. Denn vor den beiden Franzosen hatten die Engländer Sir Alcock und Brown vom 14. zum 15. Juni 1919 auf einem Doppeldecker (von 250 P. H.) die Strecke von Neufundland nach Clifden in Irland in 17 Stunden geflogen, und schon vor diesen hatte Read im Mai 1919, allerdings mit einer Zwischenlandung auf den Azoren, den Ozean von Neufundland nach Lissabon gequert. Daneben stehen zwei Überquerungen des Nordatlantik mit Luftschiffen, die des englischen Z. 34 auf der kürzesten und die des Zeppelin Z. R. III auf der langen Strecke von Friedrichshafen nach New York. Der Rekord der französischen Flieger sollte in der Überwindung des Ozeans von Festland zu Festland bestehen. Inzwischen hat Lindbergh vom 20. zum 21. Mai die Strecke von New York nach Paris auf der Route Portland—Halifax—St. Johns (Neufundland)—Südwestirland ohne Zwischenlandung in 33 1/2 Stunden überflogen. Der Flug bedeutet eine Rekordleistung, weil er von Festland zu Festland führte. Doch ist es höchst bezeichnend, daß die drei bisher gelungenen Flüge von Nordamerika ausgingen und damit von vornherein mit den günstigeren Winden rechnen durften. Aus der Erfahrung ist bis zum heutigen Tag noch

nicht auszumachen, ob sich gegenüber unseren raschen Verkehrsmitteln der Luftschifffahrt die Strecke über den Südatlantik in der Praxis so sehr viel günstiger erweist als die nordatlantische, so wie es die Theorie will. Denn die Südatlantikflüge gingen noch weniger glatt vonstatten als die über den Nordatlantik. Freilich darf dabei die längere Strecke keineswegs außer acht gelassen werden. Der erste Versuch der portugiesischen Flieger Continho, Cabral und Sacadura von Lissabon nach Rio de Janeiro im Juni 1919, also gleichfalls in der Zeit der ersten Nordatlantiküberquerungen, gelang zwar, doch waren Zwischenlandungen auf Las Palmas, St. Vincent und auf dem St. Paulsfelsen notwendig, wo das Flugzeug zerstört wurde, und von wo die Fahrt mit einem Ersatzflugzeug weiter durchgeführt werden mußte. 1926 legten die Spanier Franco und Alda die Entfernung von 10 120 km, die dem vierten Teil des Erdäquators entspricht, in 55 Stunden reiner Flugzeit zurück; doch mußte auch eine Zwischenlandung in Porto Frayo eingeschoben werden. Zwei weitere Flieger folgten 1927: der Italiener de Pinedo, der an der afrikanischen Küste startete und nach Zwischenlandungen auf den Capverden und auf Fernando Noronha Südamerika erreichte, und der Portugiese Sarmento Bieres, der von dem Bissagosinseln nach dem jenseitigen Kontinent flog, aber gleichfalls eine Zwischenlandung in Fernando Noronha brauchte. Auf einer ähnlichen Route, am 5. Mai in St. Louis in Senegambien startend, ist dann der Franzose St. Romans verunglückt. Die Suche nach ihm ist Mitte Mai eingestellt worden. Aus dem weniger glücklichen Verlauf der Flüge über den Südatlantik darf natürlich keineswegs ohne weiteres auf geringere physische Gunst geschlossen werden. Das Umgekehrte ist gerade anzunehmen. Der mäßigere Erfolg ist viel eher in dem schlechteren meteorologischen Nachrichtendienst zu sehen. Aus der Betrachtung des Verlaufs der südatlantischen Flüge geht aber mit größter Klarheit hervor, welche Bedeutung die ozeanischen Inseln, die sie für die Schiffahrt zum guten Teil verloren hatten, für das neue Verkehrsmittel auf einmal als Stützpunkte, sei es auch nur als Zufluchtsorte bei Notlandungen, wiedergewinnen. Sie erhalten damit eine Geltung, die auch geopolitisch ihren Ausdruck notwendigerweise finden muß.

Im Hinblick auf die Schicksale der einzelnen Ozeanflüge ist der Hinweis auf die fachmännische Kritik der Luftfahrttechniker, daß das Flugzeug für einen transozeanischen Flug noch kein voll geeignetes Beförderungsmittel sei, beachtenswert. Immerhin wird sich auch in dieser Phase kühnen Wagens mit der Mehrung der Erfahrung, die die schon geplanten, beim Erscheinen dieser Zeilen vielleicht schon ausgeführten weiteren Flüge bringen werden, das geographische Gunst- oder Ungunstmoment einzelner Weltmeerteile klarer erkennen lassen als im Augenblick. Zweifellos denkt man zur Zeit nur daran, mit dem Luftschiff einen regelmäßigen transozeanischen Verkehr aufzunehmen, wie das die „Sociedad Colon Transaerea Española" auf der Strecke zwischen Sevilla und Buenos Aires tun will. Man darf aber nicht leugnen wollen, daß technische Vervollkommnungen und praktische Erfahrungen auch für das Flugzeug rasche Änderungen bringen können.

In Nicaragua scheint eine vorläufige Befriedung eingetreten zu sein; doch wird man nur mit äußerster Vorsicht aus den vorliegenden Nachrichten auf einen wirklichen Abschluß der Bewegungen schließen dürfen. Der Umschwung ist auf die Mission des vereinsstaatlichen Obersten Stimson, des persönlichen Vertreters Coolidges, der sich seit geraumer Zeit zum Studium der politischen Verhältnisse in Nicaragua aufhält, zurückzuführen. Von ihm geht der Vorschlag aus, daß die Vereinigten Staaten die Sorge für die Ruhe und die Sicherheit in Nicaragua bis zu den nächsten Wahlen im Jahre 1928 übernehmen sollen. Dieser Vorschlag einer durch die Union aus-

geübten Oberaufsicht zeigt nur zu deutlich, wie wenig eine friedliche Resultierende der in Nicaragua waltenden Kräfte zur Zeit gefunden ist. Praktisch sah der Vorschlag die sofortige Entwaffnung der Parteigruppen und die Bildung eines Gendarmeriekorps vor, das unter dem Kommando nordamerikanischer Offiziere stehen soll. Es überrascht nicht, daß diese Intervention die ungeteilte Zustimmung des unionsfreundlichen Präsidenten Diaz gefunden hat. Doch auch Sacasa hat sich, anscheinend eines recht zwecklosen Krieges müde, von vornherein nicht ablehnend gegenüber dem Vorschlag verhalten, sondern die Verhandlungen mit Stimson aufgenommen. Die Verhandlungen scheinen zur Einigung geführt zu haben. Die Einigung ist am Ende der ersten Maiwoche offiziell von Washington aus bestätigt worden. Sollte sie sich auch wirklich praktisch bestätigen, so wäre damit ein Kampf von zwei Jahren beendigt. Ob völlige Ruhe eintritt, muß abgewartet werden. Zur Zeit ist mindestens der volle Erfolg auf der vereinsstaatlichen Seite zu erblicken, die für die kommenden Jahre eine Art Protektorat über Nicaragua ausüben. Anscheinend hat noch in allerletzter Stunde Sacasa den Versuch gemacht, Argentinien zu einer Intervention zu veranlassen, die vornehmlich die Zurückziehung der nordamerikanischen Truppen zum Ziel haben sollte. Aus Buenos Aires wird daraufhin gemeldet, daß der Außenminister das Gesuch abgelehnt habe mit der Begründung, daß Argentinien weder Diaz noch Sacasa anerkannt habe.

In Mexiko herrscht im politischen Großkampfe eine rätselhafte Ruhe. Nur die Ausweisung der mexikanischen Bischöfe, die viel böses Blut in der katholischen Welt gemacht hat, und die Kündigung des amerikanisch-mexikanischen Schmuggelvertrags am 28. März deuten an, daß Vorbereitungen zu einer Entscheidung getroffen werden. Von der Seite der Union aus wird zwar eine recht friedliche Erklärung für die letzte Maßnahme gegeben: man wolle einem künftigen Handelsvertrag — der aber gar nicht geplant ist — nicht durch spezielle Abmachungen vorgreifen. Zu offensichtlich ist jedoch der eigentliche Sinn der Nichterneuerung des Schmuggelvertrags zu erkennen. Er soll einer Stärkung der regierungsfeindlichen Partei durch Zufuhr von Waffen nicht im Wege stehen. Es ist ein politischer Schachzug der vereinsstaatlichen Politik, die sich für ihr Handeln in den amerikanischen Mittelmeerländern vornehmlich den alten Grundsatz „Divide et impera“ zu eigen gemacht hat. So unterstützt sie in Nicaragua die Regierung Diaz gegen die unionsfeindlichen Gegner; so sucht sie der Regierung Calles in Mexiko die größtmöglichsten Schwierigkeiten zu bereiten. Durch Anzettelung einer Revolution hat sie einst die Abtrennung Panamas von Columbien bewirkt und Panama zum Bundesgenossen und zu einer Art Schutzstaat gemacht. Nordamerikanische Stimmen haben ganz unverhohlen bei der Aufhebung des Schmuggelvertrags geäußert, daß das die Revolution in Mexiko bedeute. Wenn diese Auffassung als viel zu weitgehend bezeichnet werden muß, so darf aber doch nicht verkannt werden, daß dieses Vorgehen der Union die Callesregierung in eine sehr schwierige Lage bringen kann, weil sie jede revolutionäre Bewegung nachdrücklich begünstigen wird. Von einer Befriedung kann man zur Zeit in dem Lande wirklich nicht sprechen. Wenn auch jene wiederholten Bandenüberfälle, besonders jene grausame Tat bei Limon im Staate Jalisco, wohl als schreckliche aber untergeordnete Erscheinungen zu bezeichnen sind, so lehren sie doch zu deutlich, daß der Arm der Regierung nicht weit genug reicht, um für völlige Sicherheit bürgen zu können. Das ist um so erstaunlicher, wenn man daraufhinweist, daß der Staat Jalisco einer der zentralmexikanischen Staaten ist und den stärker besiedelten und durch moderne Verkehrswege erschlosseneren Gebieten des Landes angehört. Zudem soll es sich um eine Bande von etwa 500 Köpfen

gehandelt haben. Auch die Unruhen unter den Yaquisindianern deuten die gleiche innere Schwäche des Staates an. Diesen nach Richtung und Intensität schwer abzuschätzenden Umtrieben, die sich im Grunde als regierungsfeindlich und staatszerrüttend erweisen, steht ein ganz klarer nationalistischer Staatswille gegenüber, der den Kapitalismus der Fremden zu brechen sucht und die Staatsidee in den breiten Massen der Bevölkerung, besonders der unteren arbeitenden Schichten, verwurzeln lassen will. Der Staatssozialismus eines Calles setzt sich damit in Gegensatz zur Ausbeutungspolitik früherer Regime, wie sie am uneingeschränktesten unter Porfirio Diaz herrschte, dessen glanzvolle Regierung zwar den Reichtum des Staates an sich mehrte, die aber die tieferen arbeitenden Schichten verelenden ließ. Das heutige Regierungsprogramm orientiert sich dabei an der bekannten Überfremdung durch ausländisches Kapital und ausländische Unternehmungen. Dieser wirtschaftlichen Macht des Auslandes will der heutige Staat mit allen Kräften entgegenarbeiten. Das ist mehr als verständlich; es wird aber auch die Größe und Schwerdurchführbarkeit der Aufgabe klar, wenn neuerdings wieder geschätzt worden ist, daß zwei Drittel des mexikanischen Nationalvermögens in ausländischen und davon wieder mehr als die Hälfte in nordamerikanischen Händen ist.

Es ist nicht ohne Interesse, die letzten Äußerungen Coolidges in Parallele zu der obigen Behandlung der beiden Fragen zu setzen. Das Beschlagnahmerecht der mexikanischen Regierung gegenüber dem in der Hand der Ausländer befindlichen Besitz könne nicht in Frage gezogen werden, wenn Mexiko dafür die entsprechenden Entschädigungen leiste. Coolidge glaubt die Lösung des vorhandenen Konflikts nicht auf dem Wege eines schiedsgerichtlichen Spruches, sondern auf dem direkter Verhandlungen finden zu können. Die Stellung der Vereinsstaatler in Nicaragua vergleicht der Präsident mit der des Schutzmanns auf der Straße den Passanten gegenüber. Die Vereinsstaatler fühlten moralische Verantwortung gegenüber den von ihnen anerkannten Regierungen diesseits des Panamakanals. Diese Staaten sollten empfinden, daß die Anerkennung durch die vereinsstaatliche Regierung wirklichen Wert für sie habe und sie mit jeder Unterstützung rechnen könnten. Es ist eine Rede über die vereinsstaatliche Politik, in der die politische Phrase ihre unverkennbaren Blüten getrieben hat. Denn es ist nicht erfindlich, warum sich die moralische Verantwortung gegenüber fremden Regierungen nur auf die Zone diesseits des Panamakanals bezieht, wenn in dieser Abgrenzung nicht andere, sehr viel schwerwiegendere politische Motive zu erkennen sein sollten. In ihr werden auch die friedlichen Absichten gegenüber China betont. Amerika betreibe dort keine Angriffspolitik. Es gehe nur um den Schutz von Leben und Eigentum der amerikanischen Bürger, wird wiederholt betont. Man sei bereit, in die Unterhandlungen über die Revision der Verträge einzutreten, sobald China diesen Forderungen nachkommen könne. Verteidigung der allgemeinen Menschheitsrechte, nicht etwa eine militärische Expansionspolitik, sei das allgemeine Ziel der Union. An anderer Stelle ist die spezielle Erklärung gefallen, daß Leben und Eigentum der Nordamerikaner im Ausland Bestandteil der Union seien. Mit keinem Wort streift der Präsident auch nur den Wirtschaftsimperialismus, der aber aus einer Erklärung des Handelsdepartements umso deutlicher hervorgeht. Sie besagt, daß das im Auslande investierte Kapital 11 Milliarden 900 Millionen Dollar beträgt. Davon sind 3,2 Milliarden in Europa, 4,7 Milliarden in Südamerika, 3,1 Milliarden in Kanada, 900 Millionen in Asien und in der übrigen Welt investiert.

Daß die vereinsstaatliche Politik im übrigen Amerika nicht als eine reine Politik des Friedens und der Menschheitsrechte gewertet wird, lehrt der passive Widerstand,

der ihr von dort zuteil wird, auch dort, wo keine offenen Konflikte mit der Union bestehen. Eine ganz offenkundige Ablehnung des Panamerikanismus ist der völlig ergebnislose Verlauf des „Kongresses des internationalen amerikanischen Rechts", der auf Anregung der Union in Montevideo zusammengetreten war. Von Argentinien war die wichtige, einschneidende Resolution eingebracht worden, daß fernerhin jedes Eingreifen in die internen Angelegenheiten eines Staates unterbleibe. Sie war zweifellos aus der Beobachtung der mittelamerikanischen Verhältnisse hervorgegangen. Sie ist völlig unerörtert geblieben. Die in dem Mißerfolg offenbarte Ablehnung gilt einem Panamerikanismus, der sich nach lateinamerikanischer Auffassung immer mehr als ein Mittel vereinsstaatlicher Expansionspolitik erweise und sich in schwerer Krise befinde. Aus diesem Zusammenhang erklärt sich auch die Nichtteilnahme zweier der wichtigsten südamerikanischen Börsen, der von Buenos Aires und Rosario an der panamerikanischen Wirtschaftskonferenz in Washington. Beachtenswert sind die Mitteilungen, die Coolidge dort gemacht hat. Der Handel Südamerikas habe sich in großem Umfange von Europa abgewandt und den Vereinigten Staaten zugewandt, besonders in den letzten zwölf Jahren, in denen die Vereinigten Staaten mehr als doppelt soviel der südamerikanischen Ausfuhr aufnahmen als England und 30% mehr als Deutschland, Frankreich und England zusammen. Auch in der Einfuhr stehen die Vereinigten Staaten jetzt an der ersten Stelle, während 1910 die Ausfuhr Englands nach Südamerika der der Vereinigten Staaten und Deutschlands zusammengenommen gleichkam. Die Vereinigten Staaten kaufen fast die ganze Ausfuhr an Mineralöl, Salpeter, Bananen und Feinkupfer und 85% der Ausfuhr von Zucker und Blei auf. In den letzten fünf Jahren haben die Vereinigten Staaten von Südamerika um 34% mehr gekauft als umgekehrt. Der Gesamthandel zwischen den Vereinigten Staaten belief sich in den letzten zehn Jahren durchschnittlich auf zwei Milliarden Dollar jährlich. Coolidge hat damit die unverkennbare wirtschaftliche Abhängigkeit der beiden Kontinente voneinander erwiesen. Bei dem gleichen Anlaß äußerte Kellogg; je mehr er sich mit dem südamerikanischen Erdteile beschäftige, desto fester werde ihm die Überzeugung, daß die Kulturgrundlagen aller amerikanischen Republiken die gleichen seien. Die gemeinsamen Kennzeichen seien viel zahlreicher und wichtiger als die vielleicht noch bestehenden Unterschiede. Das ist eine Bemerkung, die jeder wissenschaftlichen Basierung entbehrt. Wir verweisen dafür auf unsere Erörterungen in der Berichterstattung des letzten Hefts dieser Zeitschrift, die zum genau entgegengesetzten Ergebnis gekommen sind. Man wird wohl weit richtiger sagen müssen: je mehr man Lateinamerika studiert, desto mehr vertieft sich die Kluft, die es vom Norden trennt. Alle oberflächliche Amerikanisierung der paar Großstädte in Lateinamerika vermag sie nicht zu überbrücken. Auch die wirtschaftlichen und vornehmlich finanziellen Verkettungen sind auf alle Zeiten hinaus nicht so bindend, daß nicht an ihnen gerüttelt werden könnte. Die Seeabrüstungskonferenz zwischen der Union, England und Japan soll am 20. Juni in Genf beginnen.

Aus Brasilien wird ein Überfall einer Bande auf die Stadt Montenegro, 200 km von Belem im Staate Para gelegen, gemeldet. Unruhen in Bolivien, ein Studentenstreik, dessen politische Motive nicht klar zu erkennen sind, haben zur Verhängung des Belagerungszustandes geführt. In Chile ist der im Dezember 1925 gewählte Präsident Figueroa Lorrain zurückgetreten. Er räumt anscheinend dem Ministerpräsidenten Maximiliano Ibañez den Plaz, der die Präsidentschaft interimistisch übernommen hat. Er wird vermutlich bei der Wahl kandidieren; seine Wahl zum Präsidenten wäre der Sieg der Militärpartei in Chile. Seine Wahl brächte unzweifelhaft

eine Verschärfung der außenpolitischen Gegensätze. Sie bliebe sicherlich nicht ohne Einfluß auf die Stellung in der Tacna-Aricafrage. Auch die Ernennung Argentiniens zum Schiedsrichter in dem Grenzkonflikt zwischen Bolivien und Paraguay ist eine Ablehnung des panamerikanischen Gedankens. Denn vorher war an die Vermittlung der Vereinigten Staaten gedacht.

GUSTAV AMANN:

DIE ZUKUNFT VON HANDEL UND INDUSTRIE IN CHINA

(Sun Yatsens Vermächtnis VI. Teil)

Nachdem der geduldige Leser nun, seit dem Tode Sun Yatsens, einundeinhalb Jahre lang Dr. Suns Vermächtnis im chinesischen Volke wühlen und wirken sah, mag er füglich fragen: was soll es alles — wohin führt es?

Daß die fremden Mächte ihre wohl erworbenen Vorrechte, ihren Handel und Wandel in China wahren wollen, das versteht man. Aber was wollen die Russen, was tun sie, um den „Fortschritt der Menschheit" in China zu fördern, diese chinesischen Revolutionäre mit ihrem Antiimperalismus, ihrem Antikapitalismus und mit ihrem torpedierten Seezoll?

Nun, die Russen haben ihren eigenen „Fortschritt der Menschheit", den sie unbedingt und sofort den Chinesen bringen wollen. — Ach, der „Fortschritt der Menschheit", sei es ein kapitalistischer oder ein bolschewistischer Fortschritt der Menschheit, ist eine Sache, die keineswegs zu Hause bleiben kann; er ist ein Dämon, der in die Ferne wirken muß, Verwirrung, Not und Tod kommen mit den Schatten, die seine Schwingen auf die Erde werfen, wenn er heranzieht, ob es nun wirklich ein Fortschritt der Menschheit ist oder nur ein Wahn. — Diese Russen glauben, daß der Mensch auf dieser Erde nur glücklich ist und das Leben nur erträglich finden kann mit der Industrie. Haben sie nicht die Reichen gesehen, die Kapitalisten, wie sie schwelgten im eigenen Lande und anderwärts, in Luxus, in Macht, in allen Genüssen eines durch Bedürfnisse ungehemmten Auslebens? Dieses Glück soll durch sie allen zuteil werden; das ist ihr Fortschritt der Menschheit. In der kapitalistisch-industriellen Welt können dieses Glück nur einige wenige erreichen, weil, damit einige wenige es mit vollen Zügen genießen können, eine ungeheuere Zahl arbeitender Menschen da sein muß, die alle, mehr oder minder, zur Ausschlachtung durch das Kapital hingegeben sein müssen. In der bolschewistisch-industriellen Welt soll das nicht so sein. Aber, damit es nicht so werde, muß die Diktatur des Proletariates in die Wesenheiten der alten Tradition hineingreifen und die Wurzeln des kapitalistischen Wachstums ausreißen.

Die tiefste Wurzel steckt in der bürgerlichen Familie. Es ist wahr, die Industrie als solche zerreißt den Familienverband schon, denn jeder muß schließlich dahin gehen, wo die Industrie ist, um zu arbeiten, mag er nun wollen oder nicht. Aber wenn der Industrie doch immer noch, wie es ja ist, der Familienhang eine Hemmung der begehrten Beweglichkeit der Arbeiterschaft bedeutet und wenn ferner, wie auch unbestreitbar ist, die Familie die Hauptwurzel für den Begehr nach vererbbarem, unbeschränktem privatem Besitz und des damit einhergehenden Geldmachtstrebens ist, so muß offenbar der Familiensinn zerschlagen werden, wenn aller Welt das bolschewistische Industrieglück beschert werden soll. Nachwuchs braucht eine bolschewistische

Industrie, aber sie will ihn nicht aus einer Ehe unverbrüchlichen Sakramentes, nicht aus traditions- und heimatgefesselten Familienaufzucht alten Stils. Der Staat erziehe die Kinder für seine Zwecke, zu den höchsten Zwecken des Dienens im Staat für alle. Gebet den Vätern und Müttern zurück die Freiheit zu trennen, was Gott doch nicht gebunden hat; Gott, Seelengebundenheit von Vater zu Mutter und Kindern sind Widerstände für das sinnlich-mechanistische, für das materialistische, obgleich vergeistigte Glück der bolschewistischen Lebensanschauung. Diesen „Fortschritt der Menschheit" nun wollen die Russen den Chinesen bringen, denn ach, er ist ein Dämon, der nicht zu Hause bleiben kann.

Was die Russen tun in China, haben wir schon allenthalben gesehen. Sie lehrten den Chinesen die Macht und die Technik der Propaganda, sie machten Sun Yatsens Doktrin der Erringung von außergewöhnlichen Rechten im Staatswesen und der Macht zur Mitgestaltung der Daseinsbedingungen für alle Teile des Volkes dadurch praktisch, militant und siegreich; was sie erreichten, ist die Torpedierung des Seezolls, um nicht gleich zu sagen des großen Einflusses der kapitalistischen fremden Mächte auf die Wirtschaftsgestaltung in China, und die Eroberung eines Teiles des chinesischen Reiches, so groß wie Europa für die nationalistische Regierung.

Erreicht wurde die Eroberung von drei Provinzen in ebensovielen Monaten durch die gründliche Vorbereitung in Form von vorgetriebenen, propagandistischen Zellen, von Kanton aus in die umliegenden Provinzen und nach Norden, sowie durch die militärische Führung des Heeres von Kanton durch Russen. Die gewonnene Neigung Feng Yuhsiangs zu Sun Yatsens Doktrin und zu einer sowjetschen Regierungsform ohne Präsidenten eröffnete einmal, durch die Beseitigung persönlicher Vorrangfragen zwischen Norden und Süden, die prinzipielle Möglichkeit einer Sun Yatsenschen Regierung über ganz China; die bedrohliche Stellung von Feng Yuhsiangs Streitkräften am Nankaupaß ergab anderseits eine Fesselung nördlicher Truppen Chang Tsolins und Wu Peifus und vor allem des letzteren Person im Norden. Unter dieser Deckung gelang es dem hunanesischen General Tang Sengchi, der sozusagen zum militärischen Kern der Zelle in Hunan wurde, den von Wu Peifu eingesetzten Gouverneur dieser Provinz zu erschüttern. Obgleich Tang Senchi sich in Changsha allein nicht halten konnte, sondern sogar ernstlich geschlagen wurde, fiel doch die Provinz nach leichter Mühe in die Hände der nationalistischen Regierung, als Chiang Kaisheks Expeditionstruppen auf dem Feldzuge nach dem Yang Tze Kiang in Hunan eintrafen.

Der Vormarsch Chiang Kaisheks von Changsha auf die Provinz Hupeh erfolgte mit überraschender Eile; überraschend und unerwartet warf Chiang Kaishek die Truppen Wu Peifus bei Yochow am Yang Tze Kiang, trieb sie zurück, unter energischer Verfolgung, auf den Dreistädteplatz Wuchang-Hanyang-Hankow, das Herz der Provinz Hupeh. In Yochow hatte Wu Peifu bedeutende Kräfte, meist in Hupeh gesammelter Truppen, sowie einige Kriegsschiffe aufgestellt. Aber hier bewies sich, was ein von moderner kriegstechnischer Leitung gemachter Ansatz einer Truppe, die durch eine Idee angefeuert ist, zu Frontalangriff vermag. Ein langer Marsch durchs Gebirge von Kanton und Kweichow her, viel Krankheit und Entbehrung unterwegs, sahen eine nur mäßig gut bewaffnete Infanterie, fast ohne Artillerie, den Yang Tze Kiang erreichen. Aber diese Truppe kämpfte für die Idee, Sun Yatsens Idee der Erringung außergewöhnlicher Rechte im Staat und der Macht zur Mitgestaltung der Daseinsbedingungen für den Arbeiter und Bauern. Diese Truppe hatte in Kanton Arbeitergewerkschaften und Bauernvereine im Streik gegen Hongkong mitwirken,

Rechte im Staat, Mitbestimmung an den Daseinsbedingungen ausüben sehen, war angefeuert und angesetzt zu todernster Tat, ward unwiderstehlich. Wu Peifu ist ein braver Soldat. Auf demselben Schauplatze erwarb er sich vor Jahren Ruhm durch persönlich geführte Kriegstaten. Auch jetzt scheute er den Einsatz seiner Person nicht; man sagt, er sei am Arm verwundet worden. Aber er vermochte nichts. Wuchang wurde eingeschlossen, Hanyang und Hankow überrannt und Wu Peifus Flucht bis an die Grenze von Hunan verfolgt.

Inzwischen waren Chiang Kaisheks Truppen, die sich von Hunan und Kwangtung nach Kiangsi ergossen, vor Nanchangfu und Kiukiang angelangt, nicht ohne unterwegs die provinzialen Truppen Kiangsis getroffen, geschlagen und nach Nanchangfu hineingeworfen zu haben. Nanchang und Wuchang sind alte, von hohen Mauern umgebene Städte, Rattenfallen für Militär, das sich nach uralter chinesischer Strategie dort vor dem Feind zu sichern glaubt. Diese Städte beherbergen heute zehnmal soviel Menschen als zu mittelalterlichen Zeiten, wo eine umwallte Stadt ein sicherer Zufluchtsort für den Rückzug eines chinesischen Heeres war. Wenige Wochen ständigen Feuerns und Angreifens genügten, um Wuchang sowie Nanchang in Panik und Hungersnot zu treiben, die Besatzung warf die Waffen weg und die Bevölkerung bat kniefällig den Sieger, nur die Mauern zu schleifen, das Volk zu bewahren vor Wiederholung der furchtbaren Erfahrung einer Belagerung.

Getreu den Traditionen chinesischer Strategie hatte Sun Chuanfang mit 30 000 Mann, seinen besten, vollbezahlten, gut bewaffneten und gut ausgerüsteten Truppen in Kiukiang Stellung genommen. Auf der linken Flanke den Poyang See, im Rücken den Yang Tze Kiang, wollte er Kiukiang und die Bahn nach Nanchangfu verteidigen, die Provinz halten. In einem heutigen Kriege, selbst wenn er in China von Chinesen geführt wird, darf man sich nicht mit dem Rücken an die Wand stellen. Es muß der russischen Führung von Chiang Kaisheks Heere nicht allzu schwer gewesen sein, einen Überfall dieser Faust in der Ecke anzusetzen. 1000 Mann warfen die Stadt, Volk und Verteidiger, am hellen Tage in wahnwitzige Furcht, und mit knapper Not entkam Sun Chuanfang mit seiner nächsten Umgebung auf einem Dampfer nach Nanking. Alle Mann und Waffen nahm Chiang Kaishek.

Wenn man nun, nach allem diesem die Zeitung von Schanghai in die Hand nimmt, so kann man in ihren Zeilen und zwischen den Zeilen gar viel lesen. Da liest man, daß das Sun Chuanfang treu ergebene Fukien, während dieser Kämpfe am Yang Tze Kiang, treu eine Diversion auf Kanton versuchte, aber leider von den in Kwangtung daheimgebliebenen Divisionen geschlagen und in der Tat zu großem Teile selbst eingenommen wurde. Da liest man, wie die vorgetriebenen nationalistischen Propagandazellen in Kiangsu und in Chekiang an der Arbeit waren; wie in Schanghai von einer Handvoll Propagandisten die Polizei am Westtor gestürmt werden sollte und Schanghai in Aufregung und Belagerungszustand versetzt ward. Man liest von einer richtigen Schlacht, die der Gouverneur Hsia Chao von Hangchow bei Kashing den Besatzungstruppen von Kiangsu lieferte in einem vereitelten Putschversuch in Chekiang. Was also mit einer energischen Propaganda und mit russischer Heerführung seitens der Nationalisten erreicht wurde ist nicht wenig und läßt noch mehr erwarten. Aber nicht nur dies, man liest auch in den Zeitungen von einer überraschenden Einsicht, die den Fremden in China, allen voran England, gekommen ist. Ja, in der Konferenz der Reichsminister und der Kolonien, in London, ist über all den Ereignissen in China die Sprache auch auf die Stellung Englands diesem fernen Lande gegenüber gekommen. Man betonte das schon bekannte Wohlwollen, mit dem man den natio-

nalen Aspirationen der Chinesen gegenübersteht, man erwähnte, daß mit Rücksicht auf die Machtentfaltung gewisser nationaler Gruppen und mit Rücksicht auf den torpedierten Seezoll, eine Anerkennung einzelner Machtgruppen an Stelle nur einer schattenhaft verfließenden Zentralregierung in Peking allein, nunmehr zu überlegen wäre; daß ein solches ungewöhnliches Vorgehen schließlich möglich sei, und daß man im übrigen damit rechnen könne, daß die Kantonesen ihre Russenergebenheit von selbst werden fallen lassen, wenn sie erst ihre Machtziele erreicht haben werden.

Große politische Weisheit spricht aus diesen so leicht hingeworfenen Worten der Ministerkonferenz.

Jedoch, wir müssen uns nach Kanton wenden, wo sich die Regierung durch die raschen Eroberungen ihres Generalismus aus einer provinzialen Isoliertheit in die Gebundenheiten einer interprovinzialen Reichsregierung versetzt fand. Die erste Handlung aus dieser bewußten Reichsverantwortlichkeit war die kategorische Abberufung des Streiks gegen Hongkong durch den Außenminister Eugen Chen. Die Regierung hatte es bisher gegenüber den fremden Kriegschiffen im Hafen von Kanton für opportun gehalten, hinter der Aktivität der Gewerkschaften verborgen zu bleiben. Diese Gewerkschaften hatten bewaffnete und uniformierte Streikposten aufgestellt, der Streik war mit nicht wenig Ausschreitungen seitens dieser Posten geführt worden und es erweckte den Anschein, als ob in der Tat die Regierung unfähig wäre, den Streik zu beherrschen oder gar abzurufen. Aus Rücksicht auf die neue Lage der Regierung war es nun notwendig, eine konsolidierte Stellung zu beweisen, der Streik wurde abgerufen und mit dem Tage des 10. Oktober vollendeter Streikfriede in Kanton hergestellt.

Aber über diese Demonstration hinausgehend tat die Regierung Schritte, um die recht gesetzlos und willkürlich organisierten Gewerkschaften zusammenzufassen. In dem zur Zeit tagenden Arbeiter-, Bauern- und Bürgerkongreß der Kuo Mintang kam eine Resolution zur Annahme, die eine Vorlage der Regierung zur Legalisierung der Gewerkschaftsbildung, des Gewerkschaftsrechtes zum Streik, ferner Gewerkschaftsstatuten und Einführung eines Schiedsrichterkomitees, dem sich die Gewerkschaften unterwerfen, gebilligt wurde. Die Rechtslage des Arbeiters im Staate wurde damit zur Verpflanzung der Gewerkschaften in die eroberten Provinzen umrissen. Nicht weniger faßte die Regierung den Schutz der Bauern zusammen. Der Pachtbauer in China bestellt wohl 70% des ganzen Landes (Statistiken fehlen). Sein Los ist hart, er muß gewöhnlich 50% des erzielten Ertrages an den Grundeigentümer abgeben. Ein Gesetz liegt jetzt bei der Regierung vor, sein Los um 25% zu bessern; es wird nicht verfehlen, in den eroberten Provinzen seine Schuldigkeit zu tun.

Nicht zuletzt beschäftigte sich die Regierung mit den Fragen nach Handel und Industrie. Der Seezoll ist torpediert, die Regierung hat sich das Machtmittel erschlossen, Handel und Industrie nach bestimmten Richtungen zu leiten und auch das große Erbhindernis, die provinzialen Durchgangszölle (Likin) zu beseitigen. Aber noch muß notgedrungen die Antwort auf die Fragen: was soll geschehen mit Handel und Industrie, wohin sollen sie geführt werden, auf theoretischer Basis gegeben werden. Der Seezoll ist torpediert und in Kanton werden die neuen „Verbrauchs- und Produktionssteuern" eingezogen. Aber bevor die eroberten Provinzen unter das Zentralfinanzwesen der nationalistischen Regierung einorganisiert sind, bevor die neuen Steuern ebenfalls in den neuen Provinzen eingezogen werden können, kann der Likin nicht entbehrt werden, es muß, wie gesagt, bis das nunmehr temporär nach Wuchang verlegte Politische Bureau ein Reichssystem in Operation gesetzt hat, das Problem von Handel und Industrie ein Theorem bleiben; und auch wir lassen als solches

die Grundzüge folgen, die eine nationalistische Regierung gegenwärtig bestimmen müssen:

„Die Zukunft von Handel und Industrie in China ist ein komplexes Problem, weil diese Zukunft sehr von nationalen und internationalen politischen Verhältnissen und auch von der Richtung abhängt, die die allgemeine kulturelle Entwicklung im Lande nimmt.

Mit dem Aufstieg der nationalistischen Regierung zur Macht scheinen zwei wichtige Voraussetzungen erfüllt zu werden:

1. daß Unruhen und Bürgerkrieg zu einem Ende kommen,

2. daß die wiederhergestellte politische Einheit, unter dem Impetus von Sun Yatsens Doktrin, zu einer Periode konstruktiver Regierungsarbeit wird.

Der Beendigung des Bürgerkrieges wird schließlich die Entlassung einer großen Truppenzahl folgen. Eine konstruktive Politik der Regierung, die dabei darauf hinausgeht, entlassene Mannschaften in gegenwärtig der Verödung anheimgefallenen Distrikten anzusiedeln, und die für die Einstellung abgerüsteter Soldaten bei den Landwirten sorgt, unter Zuschüssen seitens der Regierung an die Bauern, die Leute aufzunehmen bereit sind, wird sich sofort in Vermehrung des Volkswohlstandes und der Exportfähigkeit von Landesprodukten fühlbar machen. Dies, verbunden mit Frieden im Lande und Sicherheit auf den Verkehrswegen, möge für den Augenblick genügen als Hinweis auf einen sofortigen Aufschwung des eingeborenen Handels und der Heimindustrie und auf eine günstige Zukunft für den Exporthandel unter der nationalistischen Regierung.

Bei der Betrachtung der Zukunft des Importhandels und der westlichen Industrien in China stößt man sofort auf die verwirrenden Vertragsverpflichtungen, die Tür von China offenzuhalten, und auf die Verwicklungen, welche die gegenwärtigen Bestrebungen der Regierung, diese Verträge zu annullieren, begleiten.

Die Sonderrechte, die die Handelsverträge den Fremden gewähren, ermöglichten den fremden Händen kapitalistische Unternehmungen des Handels und der Industrie in China; während die Zollverträge die Tür für das Eindringen der fremden Fabrikate in China offenhielten und den fremden Mächten einen Hebel in die Hand gaben, die allgemeine kulturelle Entwicklung des Landes in eine von ihnen gewünschte Richtung zu bringen.

Nun, eines der wichtigsten Sonderrechte, die fremde Jurisdiktion über chinesische Bürger, die in den Fremdenniederlassungen Handel treiben, ist beseitigt; nicht beseitigt in der Tat, ohne daß der chinesische Nationalismus einigen Druck ausübte, aber auch nicht ohne freiwilliges Hergeben durch die Fremden. Damit ist der große Einwand des Nationalismus dagegen, daß die Fremdenniederlassung als sicherer Hort für reaktionäre feindliche Kräfte diente, hinfällig, was beweist, daß die Fremden keinen unentbehrlichen Wert darin sehen, von den Niederlassungen aus politisch zu schieben. Weiterhin beweist die Willfährigkeit, die die Fremden früh zeigten, die Zollverträge zu revidieren, daß sie keinen unentbehrlichen Wert darin sehen, durch Zuteilung der Zollüberschüsse bestimmte politsche Parteien zu stützen und sie beweist auch, daß die Fremden nicht fürchten, durch Zollerhöhung ihrem Handel zu schaden.

Was ist es dann, das die Fremden so hartnäckig macht gegen die Aufhebung der alten Verträge und gegen ihren Ersatz durch gerechtere Verträge? In erster Linie natürlich ist es das Bestreben der fremden Kaufmannschaft, sich alle möglichen Vorteile zu erhalten. Aber gewiß hat dieses Bestreben bei den fremden Regierungen keinen allzu festen Stand in einer Krise der politischen Beziehungen, wie wir sie

gegenwärtig durchmachen. Was die fremden Mächte veranlaßt, sich so hartnäckig zu wehren, ist die Furcht mit der „Offenen Tür“ in China den leitenden Einfluß auf die allgemeine kulturelle Entwicklung Chinas zu verlieren.

Die kapitalistischen Mächte sehen sich heute gegenüber einer Macht in China, der Doktrin Sun Yatsens, und gegenüber einer Macht, die hinter China steht, der bolschewistischen Doktrin Rußlands, welche beide dabei sind, ihnen den leitenden Einfluß über die allgemeine kulturelle Entwicklung Chinas zu entreißen, und darum sind sie so hartnäckig darauf aus, die bestehenden Bindungen zu erhalten.

Damit stehen wir bereits den internationalen Verwicklungen gegenüber, die die Zukunft von Handel und Industrie in China beeinflussen.

Hohe Importzölle, seien sie nun allen fremden Waren oder nur dem fremden Luxus auferlegt, werden nie eine bedeutende Zunahme des fremden Imports oder die westliche Industrie in China schädigen, vorausgesetzt, daß Ordnung und Friede im Lande herrscht. Es ist die allgemeine kulturelle Entwicklung, die die Zukunft von Handel und Industrie bestimmt; und die Richtung, die die kulturelle Entwicklung nehmen wird, wird durch zwei Momente gemeinsam gegeben:

1. durch die politische Einstellung der Regierung und des Volkes,
2. durch die Methode der Importzollerhebung auf fremde Waren und Produktionsmittel.

Das erste Moment wird repräsentiert durch Sun Yatsens Doktrin und durch den gegenwärtigen Einfluß der bolschewistischen Doktrin in China.

Sun Yatsen wünschte den fremden Import, damit der Lebensstandard seines Volkes sich hebe. Aus dem gleichen Grunde wünschte er die Einführung westlicher Wissenschaft und Technik, fremder Verkehrsmittel und westlicher Industrie. Aber Sun Yatsen begriff, daß diese Erungenschaften vom Kapital um den Preis der Ausschlachtung seines Volkes erkauft werden müßten, darum schließt seine Doktrin Schutzmaßnahmen für den kleinen Mann, für den Arbeiter und Bauern in sich ein, und deshalb lehnte sich Sun Yatsen an das bolschewistische Rußland an, das mit der Proklamation der „Diktatur des Proletariats“ und mit der Doktrin der „Unabhängigkeit unterdrückter Nationen und Minoritäten“ ein Maximum seiner eigenen Tendenzen vertritt.

Nun, diesen beiden heute in China so mächtig gegen die kapitalistische Welt ankämpfenden Kräften muß von seiten Englands, Amerikas und Japans begegnet werden, denn die kapitalistische Industrie dieser Länder ist überproduktiv und braucht Chinas Bevölkerung, um von ihr zu leben. Es wird diesen Kräften auf zwei Wegen begegnet. Der erste Weg ist der, den leitenden Einfluß auf die kulturelle Entwicklung in China zu behalten, durch die Aufrechterhaltung der politischen Beziehungen, selbst auf Kosten der Aufgabe von wertvollen Vorrechten; der andere Weg ist der schließlicher militärischer Intervention. Beide Wege werden sichtlich gleichzeitig verfolgt, und es bleibt der Zukunft überlassen, zu bestimmen, welcher Weg am Ende die ganze Frage lösen kann, und muß.

Den ersten Weg verfolgt Amerika mit friedlicher Durchdringung Chinas mittels einer besonderen Anstrengung, Jung-China mit zurückgekehrten Studenten zu überfluten, die von amerikanischem Geiste, aber auch von kapitalistischen Instinkten durchdrungen, die notwendige Rekrutierungsmannschaft der nationalistischen Regierung abgeben werden; und ferner durch studierte Enthaltung von jedem militärischen und politischen Druck. Japan verfolgt diesen Weg durch die Pflege bereits eingepflanzter kapitalistischer Wurzeln, durch besonnenes und überlegenes Nachgeben,

wo immer ein Konflikt mit dem chinesischen Nationalismus entsteht; und natürlich, mit seiner Kulturarbeit in der Mandschurei. England ist die Macht, die offen widerstrebt, nicht ohne Nachgeben, wo es nötig ist.

Bezüglich des zweiten Weges, für den Fall, daß dieser jemals beschritten werden muß, müssen wir beobachten, wie alle westlichen Mächte auf einen Punkt hin konvergieren, den Punkt des Krieges mit Rußland in China und in Europa. Da sind die Übereinkommen, zu denen Japan mit Amerika über Emigration und Rüstung kam, damit keine inneren Konflikte ein Zusammengehen hier stören können; da sind die Verträge zu einem europäischen Zusammenschluß von Locarno und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, und da sind, unter anderem, die internationalen Trusts, alles auf den einen Punkt konvergierend. Zugestanden, diese Arrangements dienen zur Zeit wirtschaftlichen Zielen, aber nichtsdestoweniger konvergieren sie auch zu einem Punkte gegen das bolschewistische Rußland.

Viele glauben, daß kommunistische Tendenzen unter der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern sehr stark anwuchsen. Das mag so sein, aber sicher ist, daß die kapitalistischen Wirklichkeiten stärker sind, in der Tat den Ausschlag geben. Es ist zuzugeben, daß die kapitalistische Industrie durch Akkumulation von Kapital aus der Ausschlachtung der arbeitenden Klassen aufsprang, zugegeben ist auch, daß das Kapital durch Emanzipation der Arbeiter, durch die Hebung von deren Lebensstandard, durch Lohnerhöhungen Rückschläge erlitt. Aber mit der Vertrustung der Industrien machte das Kapital eine ausholende Armbewegung und raffte damit Entsatz zusammen. Während früher hauptsächlich der Arbeiter ausgeschlachtet wurde, hat nun die Vertrustung begonnen, auch den Verkauf, den Verkauf en gros und den Verkauf en detail, selbst zu besorgen, und so kamen auch die Händler und die Detailisten unter das Diktat, sie wurden Angestellte, Lohnarbeiter der kapitalistischen Industrie. Es ist der Weg beschritten, wo es nur noch Angestellte, Lohnarbeiter geben wird, und eine sehr kleine Anzahl diktierender Kapitäne des Kapitals und der Industrie. Es ist ganz klar, daß heute wieder der Kapitalismus in Europa herrscht, wie er schon immer in Amerika und in Japan herrschte, und daß das Kapital nicht nur fähig, sondern auch entschlossen ist, schließlich dem Bolschewismus ein gewaltsames Ende zu bereiten, sollte er nicht zufällig von selbst eingehen an einem kapitulierenden Staatskapitalismus in Rußland.

Alles dies scheint zwar die Zukunft des Handels in China recht wenig anzugehen, wir werden aber gleich sehen, daß dem nicht so ist.

Das bolschewistische Rußland glaubt, daß China keineswegs bei seiner eigenen individualistisch-handwerksmäßigen Produktion oder bei seinem alten individualistischen Lebensglücke bleiben kann; es glaubt, daß das chinesische Volk augenblicklich und unerbittlich nach den westlichen Erungenschaften und dem westlichen Luxus verlangen wird, daß das chinesische Volk sein Dasein industrialisieren wird, und Rußland will haben, daß das chinesische Volk zu bolschewistischer und nicht zu kapitalistischer Industrie komme. Die Russen glauben auch, daß sie alle Voraussetzungen, dies zu erreichen, in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und der Bauern und in der Doktrin Sun Yatsens bereitgestellt vorfinden.

Nun, die Zukunft von Handel und Industrie in China hängt sehr von der Richtung ab, die die allgemeine kulturelle Entwicklung nehmen wird; ob der nationalistische Arbeiter und Bauer, oder ob der Student mit kapitalistischen Instinkten schließlich der allgemeinen kulturellen Entwicklung die Richtung aufpressen wird, durch entsprechende Auslegung der Doktrin Sun Yatsens, — davon hängt die Zukunft ab.

Ein mächtiges Mittel, die Richtung zu bestimmen oder wenigstens um extremen Auswüchsen zu steuern, liegt in der Hand der Regierung in der Methode der Erhebung von Importzöllen auf das westliche Fabrikat und auf die westlichen Fabrikationsmittel. Durch Auflage höchster Importzölle auf fremden Luxus wird veranlaßt werden können, daß westliche Verweichlichung des Volkes hintangehalten wird. Das Aufschießen westlicher Industrien in China wird verlangsamt werden durch Besteuerung der Fabrikationsmittel bei deren Import nach China. Hohe Besteuerung der Fabrikation im Lande, der importierten Waren und der Fabrikationsmittel auf konkurrierende westliche Produkte werden die bestehenden Heimindustrien beschützen und erhalten können. Zollfreiheit für den Import von landwirtschaftlichen Geräten und von Dünger kann dem Volkswohlstand und dem Export außerordentlich helfen. Mit dem Machtmittel der Zollautonomie ist es in die Hände der Regierung gelegt, den Übergang zu anderen Lebensumständen für Arbeiter und Volk erträglich zu gestalten, geschehe dieser nun zu bolschewistischer oder zu kapitalistischer Wirtschaftserneuerung.

Wenn wir beachten wollen, daß das chinesische Volk heute noch in all seinem Gebahren, in seiner Lebensweise und in seinem Lebenshandwerk durchaus konfuzianisch ist, den Familienverband ehrt, in seiner Anschauung dessen, was das „Glück" ist, durchaus sentimental (im Gegensatze zu aggressiv) ist, daß die Sitten, die das soziale Leben regeln, Heirat, Geburt und Tod und alle Rechtsanschauungen, die Begriffe von Gut und Böse, durchaus sentimental (im Gegensatze zu utilitaristisch) sind, dann müssen wir gewahr werden, daß ein Emporschießen westlicher industrieller Werktätigkeit, westlicher aggressiver und utilitaristischer Lebensanschauung, für Millionen Leiden und Elend bringen wird. Industrie zerreißt die Familie. Die Männer müssen Familie und Heimat verlassen, um zu arbeiten, wo die Fabrik ihnen Arbeit gibt. Massenansammlungen von Menschen müssen entstehen, von Menschen — aus der Erde und der Tradition entwurzelt, die ihnen Festigkeit und Zuversicht gab unter den Prüfungen der Existenz rechtschaffen aufrecht zu stehen —, aggressive, gesetzlose Menschen, tief in all dem Elend übervölkerter Wohnstätten versunken. Unsinnige, durch Scheidungen zerrissene Heiraten werden Geburten zu Hindernissen für das neue, materialistische Glück werden lassen, den Tod zu einer Notwendigkeit in einer Wüste des Daseins machen.

All dies wollte Sun Yatsen seinem Volke ersparen. Dies war die Quelle seiner Größe, aus ihr entsprang seine Kraft im Leben und seine Macht noch aus dem Grabe. Eine nationalistische Regierung, die das Volk nicht vor solcher Zukunft in Handel und Industrie rettet, folgt nicht dem großen Lehrer nach.

Gerhard Herrmann:

WELTWIRTSCHAFTLICHER BERICHT

Es ist eine Eigenart japanischer Entwicklung, daß die meisten wichtigen Ereignisse in diesem Lande einen durchaus eruptiven, überhitzt dynamischen Charakter tragen. Nicht nur die geologische Struktur des Landes der aufgehenden Sonne, auch seine politische und vor allem die Wirtschaftsgeschichte stehen unter diesem Zeichen. Die Ereignisse der letzten Wochen, der japanische Finanzkrach, bestätigen diese Anschauung.

Mitte April ist die Weltfirma Suzuki & Co., die neben Mitsubishi, Mitsui und Okura zu den größten Unternehmen des Landes gehörte, internationalen Ruf genoß und in fast allen maßgebenden Industrie- und Handelszweigen interessiert war, plötzlich zusammengebrochen. Dieser Sturz hat lawinenartig die gesamte japanische Wirtschaft erschüttert und die seit 1920 latente Krise akut werden lassen. Die Haupttätigkeitssphäre von Suzuki waren Zucker und Kampfer, so daß die Firma auf Formosa, dessen Wirtschaft sich auf diesen beiden Artikeln aufbaut, eine beherrschende Stellung einnahm. Zwischen Suzuki und der halboffiziellen Monopolnotenbank von Formosa, der Taiwanbank, fand eine enge Zusammenarbeit statt, so daß schließlich Suzuki mit 300 Mill. Yen an die Bank verschuldet war, während letztere nur über ein Aktienkapital von 45 Mill. Yen verfügte. Der Sturz von Suzuki machte die Zahlungseinstellung der Bank unvermeidlich, wodurch noch eine große Anzahl kleinerer Banken — aber auch die wichtige Adelsbank mit 100 Mill. Kapital — in Mitleidenschaft gezogen wurde. Es erfolgte ein allgemeiner „Run" auf die Banken, und eine Panik konnte nur dadurch vermieden werden, daß die Bank von Japan hohe Kredite an die bedrohten Bankhäuser erteilte. (Innerhalb eines Monats vermehrte sich der Notenumlauf um eine Milliarde Yen.) Ferner erließ die Regierung ein dreiwöchiges Moratorium. Die Stützungsaktion fand ihren Abschluß durch die Annahme eines Gesetzentwurfes zur Stützung der Banken im japanischen Parlament am 5. Mai. Hiernach übernimmt die Regierung der Bank von Japan gegenüber bis zur Höhe von 500 Mill. Yen eine Ausfallgarantie für an notleidende Banken gezahlte Kredite, ferner eine Bürgschaft von 200 Mill. Yen für an die Bank von Taiwan (Formosa) gezahlte Vorschüsse. Es besteht kaum ein Zweifel daran, daß diese Beträge von vornherein à fonds perdu zu schreiben sind.

Dieser äußerlich plötzlich gekommene Zusammenbruch hat in Wirklichkeit recht tiefliegende Ursachen: 1. die übertriebene und zu rasche Ausweitung der japanischen Wirtschaft im Weltkrieg. 2. Die Erdbebenkatastrophe von 1923. 3. Organisatorische und psychologische Hemmungen.

Kein Land der Erde, auch die U. S. A. nicht, hat im Weltkrieg einen so raschen wirtschaftlichen Aufschwung genommen wie Japan. Ganze Industriezweige wurden innerhalb weniger Jahre aus dem Nichts geschaffen. Handel und Schiffahrt Japans beherrschten ungehindert Ost- und Südasien. Die japanischen Unternehmer waren sich jedoch der Einmaligkeit der Konjunktur nicht genügend bewußt, und anstatt à la longue zu disponieren und mit den erzielten Riesengewinnen ihre Substanz zu verstärken, brachten sie sehr hohe Dividenden zur Ausschüttung und machten sich durch schlechte Warenqualitäten ihre Abnehmer abspenstig. Die natürliche Folge

davon war, daß die 1920 für Japan unerwartet hereinbrechende Krise die Firmen unvorbereitet traf, und die Riesengewinne nun ebenso rasch wieder verlorengingen, wie sie gemacht worden waren. Nur so ist es zu erklären, daß z. B. schon wieder 1921/22 Suzuki an die Taiwanbank mit 80 Mill. Yen verschuldet war. Anstatt nun das Übel an der Wurzel anzufassen und rasche Abschreibungen zu machen, suchten sich zahlreiche Unternehmen durch stets prolongierte Bankkredite über Wasser zu halten, so besonders viele kleine und mittlere Reedereien. Hierdurch wurden nun wieder zahlreiche Banken in ihrer Liquidität bedroht und konnten sich oft nur dadurch halten, daß sie faule Posten unter den Aktiven mitschleppten. In vielen Fällen mußten sogar Banken Reedereibetriebe weiterführen, um wenigstens einen Teil ihrer Außenstände zu retten.

Diese Krisis wurde erheblich verschärft durch die Erdbebenkatastrophe von 1923, deren Schaden ca. 12 Milliarden Yen betrug. Unter dem Schutz des damals erlassenen Moratoriums blieben für 207 Mill. Yen sog. Erdbebenwechsel im Umlauf, d. h. Wechsel, die vor oder an dem 1. September 1923 ausgestellt wurden. Von dieser Summe sind bis heute erst 100 Mill. Yen von der Bank von Japan diskontiert, während der Rest im Portefeuille der Banken ruht und deren Liquidität noch mehr belastet. Suzuki und die Taiwanbank verfügten allein über 170 Mill. Erdbebenwechsel. Wenn nun in den letzten Monaten die jahrelang schwelende Krise zum offenen Ausbruch gekommen ist — den äußeren Anstoß gab die Verweigerung eines Reichskredits an die Taiwanbank —, so ist daran auch die im Vergleich zu europäischen Verhältnissen recht rückständige Bankenorganisation schuld, die eine starke Kapitalzersplitterung zur Folge hat. So gab es z. B. Ende 1925 1537 Banken mit einem eingezahlten Kapital von 1530 Mill. Yen, also einem Durchschnittskapital von ca. einer Million. Ein geplantes Bankreformgesetz soll in naher Zukunft Abhilfe schaffen.

Als tiefste, freilich nicht meßbare Ursache ist die Wirtschaftspsyche des Japaners zu nennen. Der japanische Kaufmann und Unternehmer ist nur zu leicht geneigt, hohe Gewinne in oft recht skrupelloser Weise einzustecken, es fehlt ihm jedoch meist an der Fähigkeit, auf weite Sicht zu disponieren. So individualistisch er sich in guten Zeiten gebärdet, ebenso vernehmlich ist in Krisenzeiten der Ruf nach Staatshilfe. Wie schon oft früher, so sind auch diesmal die Regierung unmittelbar und die Bank von Japan diesem Rufe gefolgt, wobei sie nur in Ausnahmefällen die geliehenen Gelder wiedersehen werden.

Die englische Regierung hat es für notwendig gehalten, zu dem rein privaten Charakter tragenden Briefwechsel zwischen dem Schatzsekretär Mellon und dem Prof. Hibben von der Princeton Universität über die Kriegsschuldenfrage in einer offiziellen Note, die am 2. Mai überreicht wurde, Stellung zu nehmen. Die englische Regierung wendet sich hierin gegen die Behauptung Mellons, daß Großbritannien von seinen Alliierten und von Deutschland mehr Zahlungen empfangen habe, als es selbst an die U. S. A. gezahlt habe. Die englische Presse unter Führung der Times weist auf das sog. Balfour-Prinzip aus der Note vom 1. August 1922 hin, wonach Großbritannien auf ihm von seiten Deutschlands oder seiner Alliierten zustehende Zahlungen verzichten will, wenn deren Gesamtsumme seine eigenen Verpflichtungen gegenüber der U. S. A. überschreitet. Die Note gibt an, daß Großbritannien in der Zeit vom 1. April 1919 bis zum 31. Dezember 1926 828,5 Mill. $ gezahlt habe, während es selbst nur 200 Mill. $ erhalten habe. Der Rest von 628 Mill. sei zu Lasten des englischen Steuerzahlers gegangen. Im dritten Dawesjahr (1926/27) erhält Großbritannien aus Reparationsleistungen 12 Mill. £, aus interalliierten Schul-

den 8,5 Mill. £, insgesamt 20,5 Mill. £, während es an die U. S. A. 33 Mill. £ abführt. Erst vom ersten Normaljahr ab (1928/29) wird keine Belastung des englischen Steuerzahlers mehr durch die Schulden an die U. S. A. stattfinden, vorausgesetzt natürlich, daß die Daweszahlungen auch wirklich in der vorgeschriebenen Höhe einlaufen werden. Großbritannien wird dann aus Reparationszahlungen erhalten 22,4 Mill. £, an interalliierten Schulden 10,5 Mill. £ = 32,9 Mill. £, während es an die U. S. A. 33 Mill. £ zu zahlen hat. In den späteren Jahren wird es im ganzen mehr erhalten als zahlen. Dieser zu erwartende verhältnismäßig geringe Überschuß bildet aber nur einen schwachen Ausgleich für die starke Vorbelastung in den Jahren 1919—1926.

Diese englische Note fand in den Staaten eine sehr unfreundliche Aufnahme und wurde allgemein als unerwünschte Einmischung in eine inneramerikanische Angelegenheit angesehen. Das Schatzamt lehnte eine Beantwortung in knappen Worten ab. In einer späteren, nur für Amerika bestimmten Kundgebung hielt Mellon seinen Standpunkt ausdrücklich aufrecht und leugnete jeden Zusammenhang von Reparations- und Schuldenfrage, was sogar noch eine Verschärfung seiner Haltung gegenüber dem Brief an Hibben bedeutete. Formaljuristisch ist der Mellonsche Standpunkt unanfechtbar. Darüber hinaus aber scheint die amerikanische Regierung durch ihre unnachgiebige Haltung in der Schuldenfrage einen Druck auf die Entwicklung der Abrüstungsfrage in den interalliierten Ländern ausüben zu wollen. Eine weitere Komplikation erfährt das Schuldenproblem dadurch, daß Frankreich im Caillaux-Bérenger-Abkommen auf Einfügung einer Vorbehaltsklausel drängt, daß es nur dann zur Zahlung verpflichtet sei, wenn die Reparationszahlungen ordnungsgemäß eingingen. Für England ist jedoch ein Entgegenkommen unmöglich, da ja die U. S. A. ihm selbst gegenüber eine entsprechende Klausel strikt ablehnen. So nimmt also der amerikanische Einfluß in der Schuldenfrage ständig zu und erstreckt sich auch auf zunächst rein innereuropäische Beziehungen.

Die Weltwirtschaftskonferenz, die am 4. Mai programmäßig eröffnet worden ist, steht so sehr im Mittelpunkt der internationalen Pressediskussion, daß wir uns hier auf einige kurze Bemerkungen beschränken können. Der Verlauf der Plenarsitzungen ließ zunächst die Aussichten auf ein konkretes Ergebnis der Konferenz sehr gering erscheinen, da die meisten der ca. 40 Reden nur Selbstverständlichkeiten und Gemeinplätze enthielten. Eine Ausnahme bildeten nur die Reden von Layton bzw. Sokolnikow und Ossinski, die, vom Standpunkt zweier verschiedener Wirtschaftssysteme aus gesehen, einen glänzenden Überblick über die weltwirtschaftliche Lage entwickelten. Das Ende der überladenen Plenarsitzung wurde mit allgemeiner Erleichterung begrüßt, und es mehrt sich die Hoffnung, daß in den drei Kommissionen einige bescheidene, aber konkrete Ergebnisse sich ergeben werden. Es wurden drei Kommissionen gebildet, deren Vorsitz Delegierten kleiner Staaten anvertraut ist: für Handel, für Industrie und für Ackerbau. Der Handelsausschuß zerfällt wieder in drei Unterausschüsse: über die Freizügigkeit von Personen und Sachen, über Zoll- und Tariffragen und über die indirekten Methoden des Schutzes der heimischen Arbeit (Dumping, Subsidien). Auch die Landwirtschaftskommission hat drei Unterausschüsse für allgemeine, für Genossenschafts- und für Kreditfragen gebildet.

Im Handelsausschuß stehen die Vorschläge des Österreichers Riedl über die Vereinheitlichung des Schemas der internationalen Handelsverträge im Vordergrund des Interesses, während über die Höhe der Zollsätze kaum eine Einigung erzielt werden dürfte. In der Industriekommission sind auf Grund der Ausführungen des

Amerikaners Robinson sowie des Deutschen Lammers und des Franzosen Jouhaux Beschlüsse über die Rationalisierung und die Frage der internationalen Kartelle zu erwarten. Endgültige Formulierungen von seiten der eingesetzten Redaktionsausschüsse sind erst am Ende der Konferenz zu erwarten.

Die Ergebnisse der Konferenz dürften kaum mehr als formalen Charakter tragen, da man aus politischen Hemmungen heraus an den Symptomen herumkurieren muß. Die Kernfrage — Reparationen und interalliierte Schulden — die als einseitige Wertübertragungen das weltwirtschaftliche Gleichgewicht in erster Linie erschüttert haben, sind prinzipiell auf der Konferenz nicht behandelt worden.

Der tatsächliche Verlauf der Tagung ließ immer mehr ihren spezifisch intereuropäischen Charakter erkennen. Dies kam auch in der Haltung der amerikanischen Delegierten zum Ausdruck, die sich, ein wenig wohlwollend, als Ratgeber der Konferenz fühlten. Diese weise Selbstbeschränkung dürfte den Leistungen der Tagung nur förderlich sein. Denn da ca. 75—80 % der Ausfuhr der europäischen Staaten in Europa selbst verbleibt, die innereuropäische Verflechtung also viel enger ist als die mit der übrigen Welt, so ist dadurch für Europa eine starke Interessensolidarität gegeben.

Delaisi:

WELTWIRTSCHAFTSVERFLECHTUNG — WELTWIRTSCHAFTSVERSTÄNDIGUNG

Der nachstehende Aufsatz stellt einen Auszug aus der Rede dar, die Prof. Delaisi, der bekannte französische Gelehrte, am 20. Mai auf der vom Hansabund veranstalteten Kundgebung für europäische Wirtschaftsverständigung gehalten hat.

Die Genfer Weltwirtschaftskonferenz hat einen Umschwung im internationalen Ideengang herbeigeführt. Es standen sich dort zwei Auffassungen gegenüber, nämlich die neue Auffassung von der gegenseitigen Wirtschaftsverflechtung der einzelnen Länder untereinander und die alte Auffassung des wirtschaftlichen Nationalismus. Von den praktischen Folgen dieser Konferenz werden wir vielleicht herzlich wenig erfahren. Es wäre aber unrecht, ihre Bedeutung zu unterschätzen, denn es ist doch Erhebliches geleistet worden.

Heute wird der Staat als eine Versicherungsgesellschaft gegen das Risiko des ausländischen Wettbewerbs angesehen. Aber wie in einer jeden Versicherungsgesellschaft, muß auch hier eine Prämie bezahlt werden. Die wird der Verbraucher zahlen, d. h. — die Gesamtheit der Bevölkerung. Im ganzen überträgt bei diesem System die Einzelperson ihr Risiko auf die Gesamtheit. Das ist sehr bequem, — und aus diesem Grunde ist es so schwer, diesen Mißbrauch zu bekämpfen. Das ist also das erste Hindernis, welches wir überwinden müssen. Es gibt noch ein zweites, welches seiner Wichtigkeit wegen viel ernster und gefährlicher ist: nämlich der durch die nationale Verteidigung hervorgerufene Protektionismus. Ein jeder Staat sorgt ganz selbstverständlich für seine politische Sicherheit. Zur Ausführung dieser Aufgabe muß er im Besitze aller für seine Verteidigung notwendigen Industriezweige sein. Und wenn die betreffenden Unternehmen den konkurrierenden ausländischen Industrien nicht gewachsen sind, so entsteht die Notwendigkeit, sie zu schützen, damit sie erhalten

bleiben. Das ist auch eine Versicherungsprämie — die der politischen Sicherheit. Aber eine merkwürdige Erscheinung hat sich auf diesem Gebiete gezeigt. In heutigen Tagen ist die Kriegsindustrie und die Friedensindustrie — ein und dasselbe geworden; sie unterscheiden sich nicht mehr voneinander. Dieselben Fabriken, welche Wellen für Dampfschiffe herstellen, sind mit der gleichen Ausrüstung auch imstande Kanonenrohre zu erzeugen. Dieselben Maschinen, welche zur Herstellung von Schreibmaschinen dienen, können auch Maschinengewehre machen. Unter solchen Umständen fühlen sich alle Industrien berechtigt, einen Staatsschutz unter dem Vorwand der nationalen Verteidigung zu beanspruchen. Hinsichtlich dieser beiden Punkte wird also der Kampf sehr hart sein. Nichtsdestoweniger hoffe ich, daß wir ihn doch gewinnen werden, wenn es uns gelingt, einem jeden einzelnen Bürger den Gedanken einzuprägen, daß die gleichen wirtschaftlichen Zusammenhänge auch sein Privatleben beherrschen.

Es ist ein gefährliches Unterfangen, wirtschaftliche Fragen mit politischen Methoden regeln zu wollen. Dies lehrt ein Beispiel, welches uns allen geläufig ist: die Reparations- und Kriegsschuldenfrage. Es wurde verkündet: Viele Werte sind zerstört worden, sie müssen ersetzt werden, „Deutschland wird zahlen". Wieviel? — Alles! Und wenn es nicht kann? Ganz gleich, kein Nachlaß, kein Ausgleich! Alsdann haben unsere Staatsmänner vier Jahre dazu gebraucht, um zu entdecken, daß eine Zahlung des Schuldners von seiner Zahlungsfähigkeit abhängig ist. Nachdem dieser Punkt überwunden war, machten sie eine zweite Entdeckung. Ein Land muß, um zahlen zu können, einen Überschuß an Produktion für Zwecke der Ausfuhr haben. Aber man wollte ja die Entwicklung des deutschen Exports hindern. Man wurde gezwungen damit zu rechnen, daß die Zahlungsfähigkeit beschränkt ist durch die Ausfuhrmöglichkeit.

Der „Dawesplan" hat endlich diesen Weg eingeschlagen; Deutschland hat seine Zahlungen an die Verbündeten begonnen. Und sofort kam die Forderung der Amerikaner, die Verbündeten sollten auch ihrerseits ihre Schulden an Amerika decken. Auch hier zeigte sich die Notwendigkeit, der Zahlungs- und Ausfuhrtätigkeit Rechnung zu tragen. Die Amerikaner kamen nun zu einer dritten Entdeckung, die heißt: Aufnahmefähigkeit. Der Senat von Washington stellte sich folgende Frage: Wenn die Verbündeten ihre Schuld an uns zahlen unter den Bedingungen, welche wir ihnen vorschlagen, — was gewinnen wir wirtschaftlich? Ich habe den offiziellen Bericht über diese Frage gelesen, und da steht folgendes:

Unsere Schuldner dürfen nicht in Gold bezahlen: sie besitzen nicht genug davon, wir aber zuviel. Weiter, wenn sie uns in Waren bezahlen, so bedeutet das für uns eine Konkurrenz auf unserem inländischen Markte, weil die Exportfabrikate der Schuldner ja zumeist dieselben sind, die auch unsere Industrie produziert; deswegen sind diese Waren auf unserem Markt nicht zugelassen und mit Hochschutzzoll belegt. In Wirklichkeit wollen wir gar nicht mit Stahl, Maschinen, Stoffen bezahlt werden, die wir ja selbst auch erzeugen, sondern mit Tee, Kakao, Kaffee, Gummi, welche wir nicht erzeugen. Zu diesem Zwecke mögen die Europäer ihre Maschinen und ihre Stoffe in die Tropenländer exportieren, dann werden sie sich mit den in Brasilien, Argentinien, Indien usw. erhaltenen Devisen uns gegenüber decken, und so werden wir ohne Nachteil für unsere einheimische Industrie bezahlt. Diese Kombination nennt man: dreieckige Zahlung. Sie ist sehr klug ausgedacht.

Aber man merkt sofort, daß das Problem damit noch nicht gelöst ist. Denn nun erhoben die amerikanischen Exportindustrien Widerspruch. Wir, sagten sie, verkaufen

auch Stahl, Maschinen, Stoffe nach den Ländern der südlichen Halbkugel. Wenn Europa dorthin seinen Export ausdehnt, so wird es auf Kosten des unseren geschehen. Das läßt sich machen —, antworteten die Finanzmänner von Wallstreet. Die Südländer haben alsdann mehr in Europa zu kaufen, jedoch ohne ihre Einkäufe in Amerika zu verringern. Wir wollen ihre Kaufkraft fördern, indem wir ihnen neue Kredite gewähren. Mit diesem Gelde werden die Leute neue Eisenbahnen bauen, Landwirtschaftsmaschinen kaufen, ihre Plantagen und ihre Hütten verbessern. Im ganzen werden die Zahlungen Europas dem schnellen Aufblühen der südlichen Halbkugel dienen. Dabei werden die Preise für Gummi, Tee, Kaffee, Kakao eine Senkung erfahren. Und das wird der einzige Vorteil sein, welchen wir Amerikaner daraus erzielen werden.

Alles dies ist zwar sehr geistreich ausgedacht, bedeutet jedoch keine sehr sichere Lösung. Denn es hat keinen Zweck, Eisenbahnen durch neue Länder zu ziehen, wenn dort weder ansässige Bevölkerung wohnt, noch Einwanderung nach den betreffenden Ländern stattfindet. Mit der Anlegung von Eisenbahnen ist eben die Richtung des Handelsstromes in der Welt nicht nach Belieben zu ändern. Die Amerikaner fangen an, das zu begreifen. Nach vier Jahren von Forderungen, Verhandlungen und Berechnungen aller Art machten sie plötzlich die Entdeckung, daß ein Volk ein lebendiger Organismus ist, dessen Funktionen in einem gewissen Gleichgewicht gehalten werden müssen. Es geht dem Volk wie einem Individuum, das mit einem Male nur eine bestimmte Menge von Lebensmitteln aufnehmen kann, und das Magenschmerzen bekommt und sich geschwächt, ja krank fühlt, statt aufzublühen, wenn es die von der Natur vorgeschriebenen Schranken überschreitet. So entstand bei den Amerikanern allmählich der Gedanke, daß die Schuldenzahlung der Allierten unmöglich ist, und zwar nicht nur wegen der Verarmung Europas, sondern auch aus dem Grunde, weil solche Zahlungen für die wirtschaftliche Gesundheit der Vereinigten Staaten schädlich sind. Um diese Schwierigkeit zu beseitigen, hat man nur ein Mittel erfinden können, und zwar: das von Europa erhaltene Geld wieder zurück an Europa auszuleihen. Wenn meine Informationen stimmen, überschreiten zur Zeit die von den Vereinigten Staaten an Deutschland gewährten Kredite den Betrag, welchen Deutschland auf Grund des Dawes-Planes Frankreich abgezahlt hat. Frankreich rechnet damit, aus diesen Zahlungen seine eigene Schuld an die Vereinigten Staaten zu decken. So ergibt es sich, daß in der Tat wir Franzosen die Amerikaner mit Dollars bezahlen werden, die aus Berlin gekommen sind, und dann werden diese Dollars sofort von Washington wieder zurück nach Berlin gehen, um über Paris nach Washington zurückzukehren.

Das ist das große Lebensgesetz der wirtschaftlichen Verflechtung, welches zur Zeit den internationalen Weltmarkt beherrscht.

Vielleicht wäre es einfacher gewesen, von vornherein die elementare Wahrheit anzuerkennen, daß ein Darlehn nur dann richtig bezahlt werden kann, wenn es einer produktiven Verwendung gedient hat. Wenn ich aber von Ihnen Geld zum Einkauf von Petroleum entleihe, um mein Haus oder das Haus meines Nachbars in Flammen zu setzen, so ist es zwar möglich, daß Ihr Interesse oder Ihr Ehrgeiz sich bei dem Anblick dieser Zerstörung ergötzt, aber Sie dürfen nicht damit rechnen, daß ich Ihnen das wieder zurückgebe, was Sie nur für meine beziehungsweise meines Nachbars Ruinierung ausgeliehen haben.

Weil der Krieg ein Zerstören ist, so muß man aus Vernunftsgründen und aus wirtschaftlichen Gedankengängen heraus einsehen, daß eine Kriegsanleihe keinem produktiven Unterfangen dient und daher nicht bezahlt werden kann.

Darin liegt also doch eine neue Entdeckung der Völker. Bisher haben sie sich davon keine Rechenschaft gegeben, weil die Kriege der Neuzeit nur kurze Zeit gedauert haben und nur von zwei oder drei Völkern geführt wurden. Damals war es dem Sieger möglich, eine sofortige Bezahlung von 5 Milliarden Francs zu erhalten, wie es z. B. im Jahre 1871 geschah. Frankreich entlieh die Milliarden in England. Der Sieger konnte sofort seinen Schaden reparieren, der Besiegte, welcher unmittelbar keinen Pfennig auslegte, hatte Zeit, sich zu erholen, und der Gläubiger machte auch ein gutes Geschäft, da er sein Kapital auf hohe Zinsen angelegt hatte.

Unter diesen Gesichtspunkten beobachtete man 1871 in Frankreich die Entwicklung der wirtschaftlichen Tätigkeit, und manche folgerten daraus, daß „ein kleiner Krieg dann und wann" für das Geschäftsleben nützlich und anregend wäre.

Der Krieg von 1914—1918 ist aber ein Weltkrieg gewesen. Außerdem dauerte er sehr lange. Er hat die Reserven aller Länder aufgezehrt, darunter sogar — dank dem Kreditmechanismus — auch die der Neutralen. Deswegen ist es in diesem Falle unmöglich, den vom Kriege nicht betroffenen Dritten für die Kriegsschäden und für die Anleihen bezahlen zu lassen.

Noch Jahre und Jahre wird man streiten und fordern, man wird Tabellen für Zahlungsraten aufstellen, man wird Beträge in den Haushaltsetat einsetzen, und zwischen den Völkern wird viel Unzufriedenheit und Verwirrung herrschen.

Und alles dies ist die Folge der Anwendung von politischen Methoden in Wirtschaftsfragen. Wir tragen noch nicht genügend der Tatsache Rechnung, daß die wirtschaftlichen Ereignisse ebenso unerbittlichen Gesetzen gehorchen, wie die Erscheinungen der Physik oder der Chemie.

Ehemals hat man gedacht, es wäre möglich, die Naturgesetze durch Beschwörung oder Menschenopfer zu ändern. Heute glauben wir, es sei in unserer Macht, die wirtschaftlichen Phänomene durch Parlamentsreden oder Gesetzesparagraphen zu lenken, im schlimmsten Falle durch Blutopfer des Krieges. Derselbe Aberglauben! Je mehr wir, Franzosen und Deutsche, die Einheitlichkeit des wirtschaftlichen Lebens verstehen werden, — desto eher werden Vorurteile, Mißtrauen, Mißverständnisse verschwinden.

Die wirtschaftliche Konferenz in Genf hat das Dogma der wirtschaftlichen Verflechtung verkündet; dieses Dogma wurde allerseits anerkannt: von Unternehmern und Arbeitern, von Kapitalisten und Bolschewiken. Noch aber hat erst die Elite der Völker die neue Wahrheit begriffen. Es handelt sich darum, diese Wahrheit dem Verständnis der Massen nahezubringen, welche noch immer unter dem traditionellen Begriffe des wirtschaftlichen Nationalismus stehen. Erst wenn wir uns alle daran gewöhnen, unsere Geschäfte vom Standpunkte der internationalen wirtschaftlichen Verflechtung zu betrachten, dann kehrt der Frieden und die Wohlfahrt in die Welt zurück. Das ist die Zukunftsaufgabe.

Für die Gegenwart drängt sich noch eine andere, eiligere und dringendere Frage auf: die der Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland. Ich darf sagen, diese Annäherung wird von beiden Seiten im gleichen Maße erstrebt; jedoch spürt man, daß mit jedem Tage neue Schwierigkeiten auftauchen. Ich befürchte, daß die direkten Verhandlungen zu zweien immer schwierig bleiben werden, weil beide Länder zur Zeit zuviel gleichartige Produkte erzeugen, sie bieten einander zuviel Wettbewerbsgelegenheiten. Andererseits hätte eine Verständigung unter vier Augen die Dritten beunruhigen können. Ich erachte es als bestes Mittel, die Annäherung von Frankreich und Deutschland im Rahmen einer Europaverständigung zu fördern.

Die Genfer Wirtschaftskonferenz hat als Grundsatz aufgestellt, daß der Aufstieg der Welt durch Herabsetzung der Zölle, internationale Vereinbarungen der Industrien und durch Rationalisierung erfolgen muß. Sie hat aber auch anerkannt, daß eben das Festland Europa unter der Krise am schwersten leidet, und daß mit dem Kontinent zu beginnen sei.

Hier ist es das wichtigste Problem, einen großen europäischen Markt zu schaffen, welcher, den Vereinigten Staaten gleich, den freien Waren-, Kapitalien- und Personenverkehr begünstigt und sichert. Mögen sich die Geschäftsmänner und die Arbeiter von Frankreich und Deutschland im Rahmen eines wirtschaftlich vereinigten Europas verbinden, mit Hilfe von englischen und amerikanischen Kapitalien! Das ist der Traum vieler Franzosen. In diesem Sinne teile auch ich die „Paneuropa"-Bewegung.

Zweifelsohne sind die Schwierigkeiten groß. Aber lassen wir uns nicht durch die Schwierigkeiten des Alltags ängstigen. Wir werden sie überwinden; für uns haben wir die unzerstörbare Folge der Tatsachen — und das ist eine stärkere Kraft als die Vorurteile der Menschen.

W. Flemmig:

DIE RUSSISCHE ERDÖLINDUSTRIE ALS OBJEKT DER INTERNATIONALEN PETROLEUMPOLITIK

Dem Erdöl wird für die Zukunft weiter steigende Bedeutung zukommen. Die Großmächte haben erkannt, daß der Besitz von Erdölvorkommen für die Weltherrschaft unumgänglich notwendig ist. Die Erdölkämpfe drücken der heutigen Politik ihren Stempel auf. Es mag nur an den türkisch-englischen Streit um das Mossulgebiet erinnert werden, wo es sich bei den in Genf geführten Verhandlungen zeigte, mit welcher Energie, ja man kann sagen, mit welchem Fanatismus England um das Erdöl von Mossul kämpfte, galt es doch gleichzeitig die Sicherung seiner machtpolitischen Stellung in Vorderasien.

Wie wohl bekannt sein dürfte, beherrscht bis im Augenblick Amerika die Rohölmärkte der Welt. So z. B. gewann es von den im Jahre 1924 erzeugten 1 012 927 000 Barrels Rohöl 713 940 000 Barrels, mußte aber trotzdem noch 94 534 512 Barrels aus Mexiko und Südamerika einführen. Es waren also insgesamt 801 799 512 Barrels Rohöl, von denen Amerika 612 259 765 Barrels selbst konsumierte, während es 43 327 775 Barrels für die Ölbunker benötigte. Nach Abzug des amerikanischen Rohölkonsums blieben von den produzierten 1 012 927 000 Barrels nur noch 345 000 000 für die anderen Länder übrig, wovon 115 567 059 Barrels Amerika lieferte. Wenn dieses Land nur $33^1/_3\%$ stellte, so reichte diese Menge trotzdem aus, preisbestimmend am europäischen Markt zu sein. Die weitere Beherrschung des Weltrohölmarktes durch Amerika wird von der zukünftigen Entwicklung der anderen Erdölproduzenten, besonders Rußlands, abhängen. Gerade Rußland nimmt unter den Zukunftsländern eine ganz enorm wichtige Stellung ein. So will Rußland bis zum Jahre 1930 seine Produktion auf 60 000 000 Barrels bringen. Rußland besitzt noch große Ausdehnungsmöglichkeiten, sein Erdölreservoir ist noch unermeßlich groß und nur ein Teil der Erdölvorkommen ist in der Ausbeutung begriffen. So ist an dem Naphthareichtum des Uralgebietes kein Zweifel zu hegen und doch hat man mit der Ausbeutung in großem Stile nicht begonnen, weil die Verkehrswege fehlen und Transportschwierigkeiten bestehen. Immer wird der Mangel an Kapitalien die Ursache sein, weshalb die Vorkommen noch nicht aufgeschlossen sind. Dazu kommt, das bislang die Produktion von Baku und Grosny zur Befriedigung des inneren Bedarfes des Landes einigermaßen genügte. Man könnte noch eine ganze Reihe von Vorkommen aufzählen, die noch nicht oder nur zu einem geringen Teile ausgebeutet werden (Georgien, Schikarsteppe, Kuban-Schwarzmeergebiet, Daghestan, Dossor).

Der Mangel an Kapitalien hat auch bei der russischen Regierung zu der Überzeugung geführt, daß ausländische Hilfe für die russische Erdölindustrie auf die Dauer nicht entbehrt werden kann. Die russische Regierung ging deshalb hinsichtlich verschiedener Vorkriegsinteressen auf Kompromisse ein, so besonders bei der Neuregelung der Interessen der holländischen Bataafschen Petroleum Maatschappij, die im April 1921 die Nederlandsche Petroleum Maatschappij „Anoto Benzonaft" und im Juni 1921 die Nederlandsche Petroleum Maatschappij „Argoun" gründete. Hierbei übernahm die Bataafsche 48 000 Aktien, Rußland 427 000 Aktien, wobei die Russen 99% der Aktien der „Anoto Benzonaft" und bei der zweiten Gesellschaft 95% der Anteile der russischen Argoun einbrachten. Hinzuzufügen wäre noch, daß von der „Nederlandschen Petroleum Maatschappij Argoun" 36 000 Aktien die holländische Seite und 306 000 Aktien die russische Seite übernahmen. Schon während des Krieges hatte die Bataafsche Petroleum Maatschappij eine Ausdehnung ihrer russischen Interessen vorgenommen und zwar durch die Übernahme der englischen und holländischen Beteiligungen an der Standard Russe, der Bnito und der Mazout.

Es ist zu beachten, daß die holländischen Interessen neben den englischen in der russischen Erdölindustrie gegenüber den der anderen Staaten ein starkes Übergewicht haben. In der Tat haben auch die englisch-holländischen Interessen durch die russische Wirtschaftspolitik die weitaus größte Schädigung erfahren. Nach einer Aufstellung belaufen sich die gesamten ausländischen Interessen an der russischen Erdölindustrie auf 253,52 Mill. Rubel, worauf auf die holländisch-englischen 171,4 Mill. Rubel oder 67,2%, auf die französischen 51,1 Mill. Rubel oder 20,1%, auf die deutschen 13,6 Mill. Rubel oder 5,4% fallen. Der Rest verteilt sich auf kleinere ausländische Beteiligungen. Natürlich ist hierbei in Betracht zu ziehen, daß die heutigen ausländischen Interessen in der russischen Erdölindustrie nur auf dem Papiere stehen, da praktisch diese ganzen Anlagen sich in der Verwaltung der Sowjets befinden und nur geringe Teile erst in letzter Zeit wieder in privaten Händen liegen.

Wie groß der Einfluß der holländisch-englischen Gruppe ehemals war, geht daraus hervor, daß von den in der Hand des russischen Zentralkomitees jetzt vereinigten russischen Erdölbetrieben 60% der Betriebe in der Gegend von Baku und 55% der Werke im Grosnygebiet ihr gehörten. Über die Erzeugung im Ural-Embagebiet verfügte sie ehemals ganz. Durch die Nationalisierung wurden die ausländischen Interessen mit am stärksten betroffen und bislang sind von der russischen Regierung auch keine wieder freigegeben worden, wenn auch die Russen nicht in jeder Richtung hin mit Rücksicht auf die weitere Entwicklung ihrer Erdölindustrie das Nationalisierungsprinzip durchsetzen konnten. So war z. B. die russische Regierung genötigt, um die Erschließung der Erdölvorkommen, die in der Vorkriegszeit noch nicht in der Ausbeutung begriffen waren, durchzu-

führen, in den Jahren nach der Nationalisierung verschiedentlich Konzessionen an ausländische Unternehmungen zu erteilen. Die erste war die an die Miniera Italo-Belge de Georgia und zwar bezog sie sich auf das Gebiet in der Gegend von Tiflis. Da aber weitere Nachrichten darüber nie mehr an die Öffentlichkeit gelangt sind, muß man daraus schließen, daß sie nicht ausgenutzt worden ist. Die zweite Konzession betraf die Barnsdall Oil Corporation. Die Bohrungen in den Konzessionsgebieten sollten durch die Lucey Manufacturing Co. ausgeführt werden. Gerade im Falle Barnsdall zeigte sich so recht, daß die ganze russische Konzessionspolitik nur Mittel zum Zweck war. Man wollte andere Ziele erreichen. Recht typisch für Rußland war auch der Fall mit Sinclair, der genügend bekannt sein dürfte.

Die Neuregelung der Interessen der Bataafschen Petroleum Maatschappij ist schon erwähnt worden. Neben den Beteiligungen an reinen Betriebsunternehmungen sind auch die an den an der Erzeugung nicht direkt beteiligten Unternehmungen zu erwähnen. Besonders die holländisch-englische Gruppe vermochte hierbei Fuß zu fassen und sogar französisch-belgische Interessen zu verdrängen. So übernahm z. B. die New Caucasian Oilfields von einer französisch-belgischen Gruppe die ehemaligen Petroleuminteressen des Generals Tschermojeff.

Die Bestrebungen der holländisch-englischen Interessenten, nach der Nationalisierung der russischen Erdölindustrie erneut Fuß zu fassen, waren nicht die einzigen, vielmehr haben auch die Vereinigten Staaten intensive Anstrengungen gemacht, ihre Interessen in Rußland auszudehnen. Im einzelnen wird diese Frage noch am Schlusse dieser Ausführungen näher behandelt. Es werden dabei auch gleichzeitig die Beziehungen zwischen Frankreich und England auf der einen und Rußland auf der anderen Seite näher berührt werden.

Betont muß nur werden, daß Rußland einsehen muß und bzw. schon eingesehen hat, daß es ohne fremde finanzielle Hilfe nicht auskommen kann, wenn es auf eine steigende Bedeutung als Faktor am Welterdölmarkt Wert legt, daß es auf eine Verständigung mit den anderen Ländern sehen muß, was eine Lebensnotwendigkeit für dieses Land ist.

In produktioneller Hinsicht ist die russische Erdölindustrie von der Natur gut ausgestattet worden, sie vermag mit den verschiedensten Produkten an den Weltmarkt zu treten. So bestehen Unterschiede zwischen dem Baku- und Grosny-Naphtha. Das eine ist benzinarm und leuchtölreich, das letztere relativ genommen benzinreich und leuchtölarm. Das Naphtha von Grosny liefert im Gegensatz zu dem von Baku fast gar kein Schmieröl, dafür ist aber die Ausbeute der leichten Destillate eben größer.

Die anderen großen Erdölerzeuger wissen wohl, über wie reiche und verschiedenartige Erdölschätze Rußland verfügt, das man im stillen beneidet. Seitens der großen internationalen Erdölgruppen ist man deshalb auch immer auf der

Hut und beobachtet genau jede Maßnahme der Leiter der russischen Naphthatrusts. In Rußland sieht man den unbequemen Konkurrenten und sucht daher jede Ausbreitung des russischen Erdöls am Weltmarkt zu verhindern. Wenn auch die internationalen Erdölgruppen den russischen Wettbewerb im Augenblick noch nicht in dem Maße wie man vielleicht annehmen könnte, fürchten, weil die Anlagen noch nicht den modernsten Anforderungen entsprechen, so darf aber andererseits auch nicht außer acht gelassen werden, daß der Erwerb der Erdölfelder dem russischen Staat nicht viel gekostet hat und daß deshalb die Aufwendungen für Kapitalverzinsung recht gering sind.

Daß den alten Beherrschern des Welterdölmarktes die neuerwachende russische Konkurrenz ein Dorn im Auge ist, läßt sich verstehen. Wenn die Standard Oil-Gruppe bis Ende des Jahres 1925 noch eine abwartende Stellung einnahm, so verlangte der Leiter der Shellgruppe einen energischen Kampf gegen die russischen Naphthatrusts. Herr Deterding, der führende Mann der Shellgruppe, hat einen Kampf in seiner Art begonnen. Vor einiger Zeit bestritt er in einem offenen Brief an den Präsidenten des russischen Naphthasyndikats, Lomoff, jede geschäftliche Verbindung der Shellgruppe mit dem russischen Syndikat. Allerdings mußte er zugeben, daß russisches Erdöl, weil es nicht durch Tantiemen, hohe Steuern und hohe Löhne belastet sei, billiger sein könne. Seine Absicht ist wohl, vor dem Ankauf des „gestohlenen" russischen Erdöls zu warnen, wie überhaupt in England starke Bestrebungen zum Kampfe gegen den Verkauf gestohlenen Erdöls im Vereinigten Königreich vorhanden sind. Wem die Verhältnisse in der Koninklijken Shell-Gruppe etwas genauer bekannt sind und auf Grund des bei der Bataafschen Petroleum Maatschappij Erwähnten ist das Vorgehen dieser Erdölgruppe wenig verständlich. Gerade dieser Konzern hat in den letzten Jahren seine direkten und indirekten Verbindungen zur russischen Erdölindustrie weiter ausgebaut und es müssen deshalb außerordentlich wichtige Gründe vorhanden sein, um einen neuen Kampf einzuleiten. Die Gegensätze zwischen Deterding und Lomoff sind dadurch entstanden, daß zwischen der Standard Oil und den Russen eine grundlegende Einigung zustande gekommen war, die amerikanischerseits vollkommen selbständig ohne Anlehnung an England durchgeführt wurde. Zur Erläuterung mag dienen, daß im Mai 1924 nach dem Bruch des Petroleumfriedens die Bestrebungen Nobels für die Standard Oil und Deterdings für die Shell zu einer Verständigung führten und zwar über gemeinsames Auftreten in der russischen Frage. Deterding war allerdings schon vorher wenig optimistisch hinsichtlich einer Verständigung mit den Russen gewesen und bald zeigte es sich auch, daß der Umfang der gegenseitigen Bindung nur ein verhältnismäßig geringer war und nicht eine Verständigung hinsichtlich der Aufteilung der Welterdölgebiete umfaßte. Der tiefere Grund für das energischere Vorgehen der Shell-Gruppe gegen das russische Naphthasyndikat dürfte zweifelsohne eben die Annäherung der Standard Oil an die Sowjets sein.

Wenn auch noch nicht das letzte Wort in den holländisch-englisch-russischen Beziehungen gesprochen worden ist, so sind doch große Gegensätze zwischen Deterding und Lomoff vorhanden, die eine Verständigung äußerst schwierig machen werden. Die Russen haben aber in der Hinsicht doch einen Erfolg erzielt, als ihnen ihre Politik der Abtrennung der Amerikaner von den Engländern gelungen ist, wenn auch vorläufig. Dazu kommt, daß die russische Erdölindustrie auf den französischen, italienischen und den Levantemärkten und durch die Verständigung mit der Standard Oil einen Ausgleich für den ausfallenden englischen Markt in etwa schaffen kann.

Lomoff führte im Jahre 1925 einmal aus: „Das nordamerikanische Kapital wird Verhandlungen und Verträge mit uns suchen müssen, und je mehr Platz wir uns unter der Sonne Europas errungen haben werden, desto günstiger werden die Vorschläge sein, mit denen man an uns herantritt. Ob wir überhaupt derartige Verträge nötig haben werden, ist eine andere Frage; Tatsache ist aber, daß die Amerikaner Wert darauf legen." Und in der Tat zeigte der Abschluß des Vertrages vom März 1925 zwischen der Standard Oil Co. und dem russischen Naphtasyndikat auf Lieferung von 150000 Tonnen Petroleum für 1925, daß dieser Welterdölkonzern eine andere Taktik gegenüber den Russen einzuschlagen gewillt war. Die Frage der Auflösung der Sinclair Konzession in Nordsachalin hatte die Konzessionsfreudigkeit des Auslandes stark gedämpft und die Standard Oil suchte sich auf andere Weise in den Besitz dieses wertvollen Gutes zu setzen. Man konnte wohl sagen, daß die Amerikaner einsahen, daß sie ihre alten Gesellschaften nicht wieder bekommen würden.

Wenn man sich das Verhältnis der Amerikaner zu der russischen Erdölindustrie in historischer Hinsicht noch einmal vergegenwärtigt, so ist festzustellen, daß die Standard Oil ursprünglich nur mit ca. 200000 Rubel durch die Russian Standard Oil an der russischen Erdölindustrie beteiligt war. Im Jahre 1921/22 dehnte sie ihre Interessen durch eine größere Beteiligung bei der Nobelgesellschaft aus, die ihrerseits wieder einen bedeutenden Einfluß auf die Russian General Oil Corporation Ltd. hat. Diese letztere Gesellschaft, die durch ihre Verbindung mit einer großen Zahl von Produktionsunternehmungen und Raffenerien, die Kontrolle über eine Jahresproduktion von weit mehr als 100 Millionen Pud Petroleum ausübt, besitzt die Majorität der Mantaschew-Gesellschaft mit einer Jahreserzeugung von 25 Millionen Pud, der Moskau-Kaukasischen mit 15 Millionen Pud, der Naphthalanskar mit 5,7 Millionen Pud, der Schichowo mit 3,6 Millionen Pud, hat ein Drittel des Aktienkapitals der „Runo", einer bekannten russischen Naphthagesellschaft, im Besitz, übt Einfluß aus auf die Tifliser Naphthaindustrie und ist dadurch in stärkstem Maße an der russischen Erdölindustrie interessiert.

Was die jetzige Stellung der Standard Oil zu den Russen betrifft, so war bereits im Juni 1926 ein Vorvertrag als Ergebnis der Verhandlungen unterzeichnet

worden, der die Gründung einer russisch-amerikanischen Gesellschaft vorsieht zwecks Ausbeutung der Ölfelder in Baku und Grosny und des bisher unerschlossenen Ölgebietes im Norden Rußlands an der Bahn Leningrad—Murmansk. Die Beziehungen zu Rußland sind also keine ungünstigen. Auch die Übernahme der Barnsdall Corporation, die Konzessionen in Rußland besitzt, durch die Blair-Gruppe, welche ihrerseits in nahe Beziehungen zur Standard Oil steht und die Meldung, daß die Banque de Paris et des Pays Bas den Russen einen erheblichen Kredit erteilen wollte, ließen auf ein stärkeres Vorgehen der Amerikaner im südrussischen Petroleumgebiet schließen. Gerade die Banque de Paris et des Pays Bas hat die engsten Beziehungen zur Standard Oil, war sie doch schon vor mehreren Jahren bei dem Kampfe der Shell und der Standard-Gruppe um den maßgebenden Einfluß auf die französische Ölpolitik der direkte Stützpunkt der Standard in Frankreich gewesen. Wenn sich diese Bank im Jahre 1926 für französische Erdölkonzessionen in Rußland einsetzte, so tat sie dies indirekt auch für die Standard Oil.

Wir haben damit schon der französischen Erdölpolitik etwas vorgegriffen. Zum ersten Male nach dem Kriege kam ein direkter Vertrag zwischen der russischen Erdölindustrie und der französischen Regierung zustande und zwar handelte es sich um 75 000 Tonnen Naphthaprodukte für das französische Marineministerium. Handelte es sich hierbei nur um einen direkten Lieferungsvertrag, an dem aber russischerseits die größten Hoffnungen geknüpft waren, so trat die Konzessionsfrage zum ersten Male im Juli 1925 in die Erscheinung. Es wurde damals gemeldet, daß die interparlamentarische Gruppe der französischen Kammer zur Förderung der Beziehungen mit Rußland die Entsendung einer Studienkommission nach dorthin beschlossen habe. Der Hauptzweck — wenn auch inoffiziell — sollte sein, die Frage der Erwerbung französischer Konzessionen für Naphtha und Petroleum näher zu prüfen.

Im Jahre 1926 fanden dann Verhandlungen zwischen der französischen und russischen Regierung statt, die unter anderem auch die Sicherstellung des französischen Erdölbezuges zum Gegenstande hatten. Diese Verhandlungen erregten berechtigtes Aufsehen und es knüpften sich daran allerlei Vermutungen an. Man glaubte bei dem ganzen Projekt, daß gewisse Auseinandersetzungen zwischen den großen Erdölkonzernen mitspielten, dachte an ein Fungieren der französischen Bank als Mittelsmann zwischen New York und Moskau. Anfangs hieß es, daß für die Konzessionen die Gebiete von Baku oder Grosny vorgesehen seien, aber dies konnte man nicht so recht glauben, da gerade diese Vorkommen die stärksten Stützen des russischen Exportes sind. Wenn Rußland Konzessionen an Ausländer erteilt, so wird es hierfür zumindest nur die weniger erschlossenen Gebiete heranziehen. Es stellte sich dann auch heraus, daß die russische Regierung Konzessionen nur im Embagebiet verteilen wollte. Dieses Gebiet hatte als Kon-

zession vor dem Kriege die Shell und es schien, als ob Rußland in den Kampf zwischen diesen beiden Erdölkonzernen eingreifen wollte. Aber Deterding, der leitende Mann der Shell, hatte die Franzosen schon gewarnt und dabei geäußert, daß sie wohl nicht „früher englisches Eigentum, daß ihnen gestohlen worden sei, von den Russen kaufen würden". Die Franzosen konnten sich auch nicht mit dem Gedanken vertraut machen, Konzessionen anzunehmen, die früher englischen Gesellschaften gehörten. Im November 1926 sollten in Paris die französisch-russischen Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Vor der Eröffnung der Verhandlungen stellte Poincaré verschärfte Forderungen gegenüber den Russen, wodurch die nach unendlichen Mühen gefundene Verhandlungsbasis umgeworfen wurde.

Nunmehr bestand für die Russen kein Zweifel mehr, daß angesichts der Kreditnot ein Abkommen mit den Amerikanern der einzige Ausweg sei, um zu einer schnellen und befriedigenden Lösung zu kommen, zumal Amerika sich in der Haltung der internationalen Erdölindustrie gegenüber Rußland nie bedingungslos in antirussischem Sinne festgelegt hatte. Es schien, als ob es den Russen gelingen würde, ihren letzten Trumpf gegen die englische Petroleummacht auszuspielen. Da kam in letzter Stunde die Nachricht, daß die amerikanisch-russischen Verhandlungen endgültig abgebrochen worden seien. Selten hat wohl eine Nachricht so überrascht wie diese. Die Amerikaner fühlten sich aber wohl im Hinblick auf die Ereignisse in Mexiko veranlaßt, um den Ölfrieden nicht zu brechen und die Einheitsfront gegenüber Rußland nicht zu zerstören, ihren Partnern im Groupement International, nämlich den Engländern und den Holländern eine Beteiligung an dem abzuschließenden Vertrage anzubieten. Allein diese Forderung mußte schon von vornherein, wenigstens das vorläufige Scheitern der Vereinbarung mit der Standard Oil bedeuten, da infolge der englischen Regierungspolitik eine Beteiligung der großen englischen Petroleumunternehmungen an dem Abkommen von vornherein ausgeschlossen war, auf der anderen Seite aber wieder England Frankreichs Stellung in der Schuldenfrage stärken wollte, die durch einen Abschluß bindender Vereinbarungen bedenklich ins Wanken gekommen wäre. Wenn der Petroleumfriede vorerst wieder einmal gesichert ist und damit besonders auch die Stellung Englands und Frankreichs gegenüber Rußlands, so ist einer späteren Wiederaufnahme der Verhandlungen vielleicht auf anderer Basis keineswegs die Möglichkeit genommen.

Die Ausführungen dürften wohl gezeigt haben, welche Stellung Rußland innerhalb der internationalen Erdölwirtschaft einnimmt und in Zukunft auf Grund seiner reichen Vorkommen noch einnehmen kann, und wie es gegenüber den anderen großen Erdölkonzernen auftritt. Sicher wird man Rußland als Rohölproduzent in Zukunft noch stärker in Rechnung stellen müssen.

Oswald Zienau:

TRANSKAUKASIEN IM VERBANDE DER SOWJET-UNION

Die „Sozialistische Föderative Sowjetrepublik Transkaukasien“ (S.S.F.S.R.) oder auch die „Transkaukasische Förderation“ genannt, ist eine der sechs Großbundesrepubliken, die zusammen die Sowjet-Union bilden. Nach heftigsten Rassenkämpfen untereinander und blutvollen Revolutionswirren vor und nach der englischen und türkischen Truppenbesetzung schloß mit der Bolschewisierung Transkaukasiens ein wechselvolles Geschick sich ab: die „Sozialistischen Sowjetrepubliken“ Aserbeidshan, Armenien und Georgien wurden im März 1922 zusammengefaßt oder schlossen sich zusammen zur „Transkaukasischen Föderation“. Das Gebietsterritorium ist die hochgebirgige Landenge zwischen dem Kaspischen und Schwarzen Meere, 193000 qkm umfassend und mit einer Bevölkerung von fast $5^1/_2$ Millionen Menschen.

Wohl nirgends in Rußland und in Weltstaaten überhaupt lassen sich auf so engem Raume und bei verhältnismäßig so geringer Bevölkerung so zahlreiche Völkerschaften und Volksstämme finden, wie gerade in Transkaukasien und auch — um das ethnographische Bild zu vervollständigen — in den staatspolitisch zu Großrußland gehörigen Bergautonomien des Nordkaukasus. Nicht mit Unrecht hat also das bolschewistische Staatsregime den Nordkaukasus und Transkaukasien als eine klassische Gegebenheit für die Experimente der bolschewistischen Nationalitätenpolitik betrachtet und danach gehandelt.

Neben den schon erwähnten Bergautonomien des Nordkaukasus ist insbesondere der transkaukasische Föderativstaat Georgien ein Musterbeispiel verwaltungshoheitlicher und eigenkulturlicher Aufteilung. Verstreut über den ganzen Transkaukasus finden sich der Gesamtzahl nach als das stärkste Bevölkerungselement die Grusiner; wie denn zum vollen Verständnis erwähnt sei, daß Georgien in der russischen Übersetzung Grusien heißt. Hat sich der Grusiner mehr in den Talniederungen und Städten angesiedelt, so sitzen in den schwer zugänglichen Hochgebirgsdörfern — Aulen (A—ulen) genannt — in strenger eigenkulturlicher Absonderung und Rassereinheit Abchasen, Adscharen, Immerethier, Mingrelier, Osseten und Swaneten, um von den viel zahlreicheren nur einige der hauptsächlichsten großen Einzelstämme zu benennen. Analog der zahlenmäßigen Stärke und nationalkulturlichen Bedeutung sind für die hauptsächlichsten beispielsweise aufgeführten Nationalstämme entweder „Autonome Sozialistische Sowjetrepubliken“ oder „Autonome Gebiete“ gebildet worden. Solche autonomen Sowjetrepubliken bzw. Gebiete sind in Georgien eingeschachtelt für Abchasen und Adscharen und Osseten; Abchasien mit der Hauptstadt Suchum und Adscharien mit Batum,

beides reizende Nationalstädte der russischen Schwarzmeerküste, und Süd-Ossetien mit der Stadtzentrale Gori, an der Bahnstrecke Tiflis-Kutais-Poti gelegen.

In ihrer verwaltungstechnischen und machtpolitischen Struktur sind diese Autonomien, wie die Minderheitenautonomien im Sowjetstaat überhaupt, in strenger Anpassung nachgebildet den zentralen Körperschaften der Unionsregierung bzw. der Regierungsorgane der Großrepubliken. Rätekongreß, Zentral-Exekutiv-Ausschuß-Präsidium und -Plenum, selbständige Volkskommissariate und was dergleichen mehr gehört zum politischen und Verwaltungsapparat des bolschewistischen Rußland treten zusammen und finden sich sowohl als administrative oder exekutive Regierungsorgane der Union oder Bundesgroßrepublik wie auch als ebensolche Regierungsorgane eines unscheinbaren autonomen Gebietes; nur mit dem Unterschiede, daß die neben den autonomen noch vorhandenen administrativen Volkskommissariate einfache Ausführungsorgane der Moskauer Zentralstellen für die Unionsangelegenheiten sind. In gewisser Selbständigkeit werden z. B. von solchen Gebietsregierungen geregelt die Angelegenheiten der inneren Verwaltung, Justiz, Volksbildung und -aufklärung (eigensprachliche Schule), Gesundheit; nach Moskauer Anweisung werden behandelt die Fragen der nationalisierten Wirtschaft, der Finanzen und der Arbeitsgesetzgebung. Ersichtlich ist, daß die zur Erhaltung und eventuellem Ausbau einer Nationalkultur notwendigen Freizügigkeitsvoraussetzungen durch die Belassung der Selbständigkeit in der inneren und Schulverwaltung und der Justizpflege im Rahmen und Wollen besonderer innerpolitischer Beabsichtigungen durchaus gegeben sind.

Volkswirtschaftlich stellt die transkaukasische Föderation eine unzertrennbare Einheit dar: das Öl, das aus dem Erdinnern der Aserbeidschaner Halbinsel Apscheron hervorquillt und um Baku herum gewonnen und zu verschiedenen Endprodukten hier auch weiterverarbeitet wird, fließt bahnlängs in doppelter Röhrenleitung durch Georgien nach Batum zu seinem nächstliegenden Exporthafen.

In den weitausladenden Meeresbuchten der Halbinsel Apscheron, zu beiden Seiten der Hauptstadt Aserbeidschans, Baku, ziehen sich die Ölfelder hin, zu einem Teile noch von den Wellen des Kaspischen Meeres überspült. Ehemals englisch-amerikanischer Bohrfeld- und Raffineriebesitz von Weltmarktsbedeutung neben einer Vielheit von Kleinbohrfeldbesitzern ist vereinigt zum staatswirtschaftlichen Produktionstrust „Asneft", d. i. „Staatliche Vereinigung der Aserbeidschaner Naphthaindustrie"), mit der Verwaltungszentrale in Baku. Die zu „Asneft" gehörenden und restlos erforschten zehn alten Ölfelder — von denen als die wichtigsten diejenigen auf Bibi-Eibat, Surachany, Sabuntschi und Balachany genannt seien — bedecken 3485 Desjatinen (1 Desjatine = 1,093 ha) Landes, wovon etwas über 1600 Desjatinen in Ausbeute sind; acht neue Ölfelder — die größtenteils

dem Meere abgerungenen Felder sind u. a. das Iljitsch-Feld in der Bibi-Eibat-Bucht, Ataschki bei Schubany, Sangli-Piri und die Insel Artema — mit einer Oberfläche von 2302 Desjatinen sind wohl hauptsächlich erforscht, aber noch nicht in die Ausbeute einbezogen. Der Gesamtölvorrat der alten Felder wird auf knapp 45,5 Milliarden Pud (1 Pud = 16,36 kg), der der neuen Felder wird auf über 24,5 Milliarden Pud geschätzt; gefördert sind bisher auf den alten Ölfeldern 16,64 Milliarden Pud, so daß die zukünftigen Fördermöglichkeiten geschätzt sind auf genau 55 373 Millionen Pud.

Baku, eine Stadt, die Sonnengluten oder Sandstürme einhüllen; Erdöl hat Stadt und Steppenland zu einem unfruchtbaren Erdflecken gemacht. Wie ein breiter Gürtel liegt um die „Weiße Stadt" die „Schwarze Stadt" Bakus: verrußte Fabriken, verschmutzte und armseligste Wohnbaracken, jammervolle Läden und Märkte. An den Straßenrändern Doppelrohrleitungen, die von den Feldern kommen und zu den Raffinerien gehen. Dann eine staubsandige Wüste, in der hier und da weißgelackte Öltanks stehen und in greller Sonne weithin leuchten, und endlich, an den Meeresbuchten entlang, der unabsehbare Gespensterwald hochragender Bohrtürme ... Symmetrisch streben diese Hunderte und aber Hunderte Bohrtürme von quadratischer Plattform zu einer dünnen Spitze empor, nicht selten bis zu 40 und 50 Meter hoch. Ein unglaubliches Durcheinander von Bohrtürmen: angekohlte Turmreste, die Überbleibsel der zahlreichen Ölbrände, zerbrechlich-alte inmitten der intakten oder über „Springern" im Neubau befindlichen Bohrtürme: 2500 bis 2600 Bohrtürme auf allen Ausbeutefeldern der Halbinsel (gegenüber 3300 in der Vorkriegszeit).

In einer Betrachtung der russischen Naphthaförderung im Rahmen der Weltförderung stellt eine russische Wirtschaftszeitschrift fest: „Vor dem Kriege nahm Rußland in bezug auf die Naphthaförderung die zweite Stelle in der Welt (nach den Vereinigten Staaten von Amerika) ein. Jetzt hat die Naphthaförderung der UdSSR. bereits den Vorkriegsstand erreicht, bleibt jedoch vorläufig im Verhältnis zur Weltförderung noch weit hinter ihrer früheren Bedeutung zurück, weil inzwischen die Weltförderung — und in erster Reihe die der Vereinigten Staaten und Mexikos — einen großen Schritt vorwärts gemacht hat." Zieht man aber die erreichbaren Ziffern zu Rate, so geht hervor, daß die russische Erdölförderung insgesamt selbst nach dem Produktionsprogramm für 1925/26 noch zurücksteht gegenüber der letztjährigen Friedensproduktion von 1913, und das für den Bakuer Produktionsbezirk sogar recht beträchtlich. Was den Vorkriegsstand überholt hat, das ist die Ausfuhr von Naphthaprodukten, die schon 1924/25 1316600 t und 1925/26 gar 1472400 t gegenüber 898200 t 1913 betrug. — Wurde das Produktionsergebnis des Wirtschaftsjahres 1924/25 mit 284,6 Millionen Pud — d. i. ein Plus von 12,8% gegenüber 1923/24 — festgesetzt, so lautete das Produktionsprogramm für 1925/26 — die Produktionsergebnisse sind bisher noch

nicht veröffentlicht*) — auf insgesamt 352,1 Millionen Pud, was gegen dem Vorjahre eine Produktionssteigerung von 19,5 % ist, aber die letztjährige Friedensproduktion von 1913 mit 469 Millionen Pud nur bis zu 75,1 % erreicht!

Sind z. B. die Betriebseinrichtungen des nordkaukasischen Grosnyer Ölfeldes als das jüngst in Ausbeute genommene durchaus neuzeitlichen Gewinnungsmethoden entsprechend, so sind die Apparaturen auf den Bakuer Ölfeldern zu größtem Teile durch Veraltung und Abnutzung unproduktiv geworden. Findet man doch auf den Bakuer Ölfeldern noch immer die zuerst gekannte und älteste Fördereinrichtung der sogenannten Stangenbohrung, die nicht nur für die heutigen, an sich niedrigen Gestehungskosten der Weltölindustrie zuviel Arbeitskräfte zur Bedienung beanspruchen, sondern obendrein auch noch die wertvollen Erdgase beim Gewinnungsprozeß entweichen lassen; das gleiche ist es, wenn es auf diesen Feldern auch noch mit Dampfkraft betriebene Ölpumpen gibt. — Das Rationalisierungsprogramm des „Asneft" sah für das abgelaufene Wirtschaftsjahr beträchtliche betriebstechnische Umstellungen vor: Mit Hilfe der modernen Dreh- und Seilbohrverfahren sollten die Bohrungen mit Tiefpumpen bedeutend ansteigen, und zwar von 724 auf 1397; solche Bohrungen sollen dann 38 % gegen bisher 27 % der Bruttogewinnung geben. Die 1714 elektrifizierten Bohrlöcher sollten erhöht werden auf 2061, die mit Dampfkraft noch betriebenen sollten abgebaut werden von 179 auf 69. Diese und andere Vervollkommnungen der Gewinnungsmethoden sollen sowohl die Bedienung am Bohrloch herabsetzen, und zwar von 12,6 auf 9,7 Belegschaft, wie überhaupt die allgemeinen Gewinnungskosten niederdrücken.

Angenommen, es wären in dem bekanntgegebenen Umfange alle Produktionsverbesserungen im Laufe des letzten Wirtschaftsjahres eingeführt; wer aber in den letztvergangenen Monaten die Ölfelder Bakus besucht hat, konnte nicht den Eindruck gewinnen, daß generell ein neuzeitlicher Industriebetrieb durch radikale Ersetzungen aufgebaut wird, sondern daß noch immer nur die notwendigsten Ausflickereien vorgenommen werden. Aber das, was man an Fortschritt um und in Baku in den verschiedensten Hinsichten sieht und was einem besonders auffällt, wenn man Baku in kurzen Zwischenräumen besucht, ist absolut aller Beachtung wert und zeugt davon, daß die Unionsregierung mit dem Ziel, Baku zu einem modernen Weltplatz der Naphthaindustrie auszubauen, nicht wenige Rubelmillionen in die Aserbeidschaner Naphthaindustrie hineinsteckt!

Was die deutschen Interessen im Zusammenhang mit der Bakuer oder der russischen Erdölindustrie betrifft, so bestehen nur solche, soweit es sich um den

*) Inzwischen ist in der Zeitschrift der Berliner sowjetrussischen Handelsvertretung, „Die Volkswirtschaft der UdSSR.", das Produktionsergebnis des Wirtschaftsjahres 1925/26 veröffentlicht. Danach wurden im Bakuer Naphthagebiet 345,9 Millionen Pud an Naphtha und Erdgas gewonnen. So ist denn das vorgesehene Produktionsprogramm nicht ganz erfüllt worden.

Anteil des deutschen Marktes an der russischen Ausfuhr von Naphthaprodukten handelt. Deutschland deckt seinen Bedarf an Naphthaprodukten in nicht geringem Umfange bei Rußland ein: 1925 betrug diese Einfuhr aus Rußland 19,4% des Gesamtimports. Nominell wurden 1924/25 aus Rußland eingeführt 10,8 Millionen Pud Naphthaprodukte; in den ersten neun Monaten des eben abgelaufenen Wirtschaftsjahres 1925/26 belief sich der deutsche Import bereits auf 9,1 Millionen Pud, worunter 3,42 Millionen Pud Benzin, 1,94 Millionen Pud Schmieröle, 1,33 Millionen Pud Gasolin, 0,33 Millionen Pud Schmiermasut usw.*)

Die Operationen, die das zuständige Handelsorgan der russischen Naphthaindustrie, das „Allrussische Naphthasyndikat" in Moskau, auf dem deutschen Markte ausführte, waren vertragsmäßig mit den vereinigten deutschen Naphthakonzernen „Dea — Deutsche Petroleum-A.-G." festgelegt. Am 30. September v. J. lief dieser Vertrag ab, und benutzten die Russen diese Gelegenheit, um selbständig mit einem eigenen Handelsapparat in Deutschland vorgehen zu können. Die vom Naphthasyndikat in Gemeinsamkeit mit der russischen Handelsvertretung in Deutschland begründete „Derunaphta" als Vertriebsgesellschaft genießt ein Absatzmonopol außer in Deutschland auch noch in anderen mitteleuropäischen Ländern; in den Besitz dieser Gesellschaft sind übergegangen die dem russischen Naphthasyndikat gehörenden Lageranlagen in Hamburg, Düsseldorf, Ludwigshafen und Antwerpen einschließlich der Lagerbestände. Für diese Vertriebsneuerungen haben die Russen bei Angriffen geltend gemacht, daß eine solche Orientierung im Rahmen der Entwicklung des internationalen Erdölhandels liege, und um nicht der Konkurrenz weichen zu müssen, haben sie zu solchen einschneidenden Veränderungen gegriffen.

Dabei ist bekannt, daß sich die russische Erdölkonkurrenz auf den Weltmarktsplätzen nur mit großen Finanzopfern aufrechterhalten läßt, und daß der Ausgleich durch ein offenes Dumping des Eigenmarktes versucht wird. Bei dem Auftrieb, den der russische Markt in den letzten Monaten zeigt, ist verständlich, daß nun das Naphthasyndikat diese Bewegung ausnutzt mit Preiserhöhungen größten Formats, um so die Prestigepolitik auf den Weltmärkten beibehalten zu können unter möglichster Vermeidung weiterer und noch größerer finanzieller Opfer.

Die Erdölindustrie gibt den beiden Großstaaten Transkaukasiens Wirtschaftsverbundenheit und Aserbeidschan Wirtschaftsbedeutung von allgemeinerem Interesse. Aber die Ölvorkommen sind nicht die einzigen Bodenschätze Transkaukasiens von volks- und weltwirtschaftlicher Bedeutung. In Georgien, um Tschiaturi

*) Nach der schon einmal zitierten Materialquelle lassen sich diese Ziffern nun für das inzwischen abgelaufene volle Wirtschaftsjahr 1925/26 ergänzen. Danach wurden nach Deutschland überhaupt 230600 t (1 t = 61,048 Pud) Naphthaprodukte eingeführt; Benzin 68700 t, Schweröl 53300 t, Solaröl 36300 t, Leuchtöl 4600 t usw.

herum, hineingebettet in die zu beiden Seiten des Kwirilaflußtales sich erhebenden Bergmassive, lagern die reichsten Manganerzvorkommen der Welt. Mit Brasilien und Indien beherrscht die Sowjetunion mit diesen mächtigen georgischen Manganerzlagern — die Vorräte werden auf 146 Millionen Tonnen geschätzt — den Weltmarkt, und nicht mit Unrecht kann man dieses so unglaublich armselig hingestellte dörfliche Tschiaturi als einen der für die weltwirtschaftlichen Funktionen bedeutungsvollsten Erdpunkte bezeichnen.

In der Vorkriegszeit lag die Manganerzförderung, ganz wie in Baku die Erdölgewinnung, in den Händen weniger kapitalkräftiger Auslandsgesellschaften und einer Unzahl kleiner und kleinster persönlicher Unternehmungen. Nur daß die Internationalität der in Tschiaturi mit unglaublichstem Raubbau konkurrierenden Kleinunternehmer viel bunter war wie in der Bakuer Raubbohrkonkurrenz. Von den sehr wenigen ausländischen großindustriellen Manganerzförder- oder -wäschereigesellschaften waren zwei der produktionskräftigsten von deutschen Industriegesellschaften aufgestellt. Sofort nach Kriegsende wurden diese beiden deutschen Unternehmungen trotz der durch Jahre hindurch so unsicheren Verhältnisse wiederum in Besitz genommen und wenigstens von der einen Gesellschaft ununterbrochen in Betrieb gehalten. Der vorkriegsliche Kleinbesitz an Gruben oder Wäschereien ist zu einem Teile in Konzession vergeben, zum anderen verstaatlicht; neu sind die betriebstechnisch modern eingerichteten Staatlichen Gruben im Besitz der georgischen Sowjetrepublik, die im Laufe des Jahres 1924 angelegt wurden.

Die Entwicklung der Manganerzförderung im Tschiaturibecken läßt sich am besten an Hand der Ausfuhrziffern übersehen, da bekanntlich die russische Manganerzförderung so gut wie ausschließlich für den Export arbeitet. Für Vergleichszwecke sei darauf hingewiesen, daß die letzte Friedensausfuhr 1913 an Tschiaturi-Erzen 1080000 t betragen hat; wie auch beachtet werden muß, daß die Erzausfuhr nach langem Stillstand erst 1920 wieder aufgenommen wurde. — Nach dem vorliegenden statistischen Material betrug die Tschiaturi-Erzausfuhr in den Wirtschaftsjahren

1922/23	166000 t
1923/24	482000 t
1924/25	381000 t
1925/26	472000 t.

Gegenüber der letzten Vorkriegsausfuhr ist also mit dem jüngst abgelaufenen Wirtschaftsjahr noch nicht die Hälfte des Exportquantums erreicht worden!

In der ersten Hälfte des Jahres 1925 rückte dieser im internationalen Interesse stehende Erzkomplex scharf in das Blickfeld der Weltöffentlichkeit: der Amerikaner Harriman schloß nach langwierigen und verschiedentlich sehr wenig aus-

sichtsreich geltenden Verhandlungen mit dem zuständigen Moskauer Hauptkonzessions-Komitee einen Konzessionsvertrag auf alleinige Ausbeute der Tschiaturier Manganerzvorkommen ab. Unter Einbeziehung von 19 ehemals selbständigen Firmen — darunter auch die zwei deutschen Großunternehmungen Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. und Kaukasischer Grubenverein — wurde eine „Georgische Maganerz A.-G." gegründet, die nach sowjetrussischen Angaben mehr wie 85 % der gesamten russischen Manganerzausfuhr in Monopolstellung repräsentiert. — Harriman übernahm mit der Ausbeutekonzession die vertraglich festgesetzten Verpflichtungen außer einem modern eingerichteten Hüttenwerk zur Verarbeitung von Manganerz zu Ferromangan eine Normalspurbahn Tschiaturi-Tschoropan-Poti-Hafen an Stelle der Schmalspurbahn zu bauen und den Hafen Poti umzubauen und mit allen neuzeitlichen Verladeeinrichtungen auszustatten. Laut Vertrag mußten für diese Verpflichtungen die Summe von 4 Millionen Dollar aufgewendet werden; für jedes Objekt wurde die Höhe der Aufwendungen genau festgelegt. Abgesehen davon, daß für die Konzessionsdauer — 20 Jahre — das Fördersoll, in gewissen Etappen steigend, vorgeschrieben ist und die Nichteinhaltung zu Konventionalstrafen führt, sind die laufenden Abgaben an den Staat in ihrer Begrenzung nach unten unbesehen des tatsächlichen Absatzes festgesetzt! Wie inzwischen bekannt geworden ist, hat sich herausgestellt, daß die Betriebskosten und der Eisenbahnbau weit über die Maximalsummen hinausragen. Bei in den letzten zwei Jahren gefallenen Manganerzpreisen und verschärfter Konkurrenz mit südrussischem Manganerz auf dem Weltmarkt für Harriman alles in allem eine Situation, wie sie schärfer nicht gedacht werden kann! — Es ist zu verstehen, daß die Russen gelegentlich einer Betrachtung ihrer Lage in Tschiaturi feststellten, daß „die Aussichten die denkbar günstigsten" sind. Harriman sieht sich jedenfalls gezwungen, eine Revision des Konzessionsvertrages zu versuchen und auch in Verhandlungen mit dem alleinigen Verkäufer der südrussischen Nikopoler Manganerze – der Rawack & Grünfeld A.-G. — einzutreten, um sich so die unbequemste Konkurrenz durch Abgrenzung der Interessensphären vom Halse zu schaffen.

Es mag genügen, in dieser Andeutung von den international interessierenden Hauptproblemen der transkaukasischen Wirtschaftsgegebenheiten gesprochen zu haben. Nur auf eines soll noch kurz hingewiesen werden: Erdöl und Manganerz haben sich dem Aserbeidschaner Turkotataren und dem Georgier nicht als neuzeitlich kapitalistische Entwicklungsfaktoren mitgeteilt, trotz dieser gewaltigen Erdreichtümer mit ihrem inneren Anreiz zu eigenkulturlichem Niedergang ist der transkaukasische Orient mit all seinem Drum und Drann vorherrschend. Baku und Tschiaturi sind wie abgeschlossene Inseln, um die herum das Leben in den durch Jahrhunderte nicht gewandelten Formen eines träumenden, handelnden oder geschickt handwerkenden Orients dahingeht. Im bolschewistischen Armenien ist

dieses noch stärker und ursprünglicher ausgedrückt durch Volksgebrauch und Sitte, wie in Georgien oder Aserbeidschan.

Verschiedene Wege führen nach Transkaukasien: Von Moskau kann man mit dem Leningrader-Batumer Kurier-(Schnell-)zug in etwas über 72 Stunden in Baku und in weiteren 20 Stunden in Tiflis sein, eine Verbindung die ununterbrochen das ganze Jahr hindurch funktioniert und am schnellsten nach Baku bringt; wer nach Tiflis einen kürzeren und den unvermittelt in die Herrlichkeiten der transkaukasischen Gebirgswelt führenden Weg nehmen will, setzt sich in Wladikawkas in ein Personenauto der Georgischen Kraftwagenpost und kommt in 9 Stunden wundervollster Fahrt über die uralte und hervorragend angelegte Grusinische Heerstraße nach Tiflis; neuerdings gibt es, wenn man von dem Schiffswege über das Schwarze Meer absieht, noch eine weitere Reisemöglichkeit nach Baku: von Moskau mit der Bahn nach Nishnij-Nowgorod, dann mit dem Dampfer nach Astrachan und endlich über das Kaspische Meer zur Halbinsel Apscheron (Baku). Alle Studienmöglichkeiten des neurussischen Lebens in den verschiedensten Hinsichten erschließen sich demjenigen, der etwa den zuletzt beschriebenen Reiseweg über das Kaspische Meer zur Einreise benutzt und über die Grusinische Heerstraße Transkaukasien verläßt. Nur zwei Dinge gehören neben einer guten Gesundheit zur Ausführung: sehr viel Zeit und nicht weniger Geld.

Gegensätzlich wechselvoll sind die Eindrücke, wenn man erstmalig den Fuß auf transkaukasischen Boden setzt. Baku bei einer hochprozentig analphabetischen Mischbevölkerung ein Sprachenbabel: turkotatarisch als eigentliche Landessprache, in der Urschrift und in einer jüngst eingeführten lateinischen Schriftsprache, daneben russisch und armenisch. Lebenswert aber erscheint diese Ölstadt nur bei Nacht: wenn die laue Kühle der Nachtwinde sich vereint mit der Mondscheinromantik oder Sternenpracht südlicher Himmelsstriche und dem Getön rauschender Meereswogen. Und nah und fern, vom Hoteldachgarten gesehen, tief unter einem und weithin an den Berghängen irrlichtern tausende und abertausende elektrische Glühbirnen in sinnverwirrender Buntheit; mit dem farbenfreudigen Rausch der Mosaikbauten und dieser bunten Nachtbeleuchtung greift dem Fremden erstmalig morgenländisches Wesen ans Herz, mit all der sehnsuchtsvollen Unverstandenheit, die dem Orient so eigen ist.

Tiflis im Tale des Kuraflusses hat eine sagenvolle Geschichte; den noch heute laufenden heißen Quellen heilenden Wassers verdankt die Stadt ihre Errichtung. Eigenart in dieser Stadt hat nur der armenische Meidan, der ständige Basar, auf dem man orientalische Nichtigkeiten und auch Herrlichkeiten kaufen und wo man in offenen Läden den eingeborenen Handwerker bei seiner kunstfertigen Arbeit beobachten kann. — Tiflis ist nach der Bolschewisierung Sitz der Föderationsregierung geworden; im Palast des ehemaligen Kaiserlichen Gouverneurs auf dem Goluwinski-Prospekt — einem der sehr wenigen stilreinen Gebäude des

„Europäischen Viertels" von Tiflis — sitzen der Zentral-Exekutiv-Ausschuß und der Rat der Volkskommissare der Transkausischen Föderation.

Nur wer über die Städte Transkaukasiens hinauskommt, dem erschließen sich die Herrlichkeiten dieser gigantischen Gebirgswelt und die absonderlichen Eigenarten rassestolzen Volkslebens. Tief in den Bergen stößt man nicht selten von einem Bergaul zum andern auf Verschiedenartigkeit des menschlichen Typus, der Dialekte und Gebräuche. Auf diesen Gebirgsstraßen und -pfaden herrscht noch das Pferd. Batum, Suchum, Nowi-Afon, die Städte und Plätze der transkaukasischen Riviera — unbeschreiblich schön in ihrer Lage, ihren volkstümlich-malerischen Reizen und ihrer tropischen und subtropischen Flora. Die botanischen Gärten bergen in natürlicher Anpflanzung alle möglichen verschiedenen Palmenarten, Agaven, Orangenbäume, Eukalyptussträucher, Bananenbäume, Bambushaine, Korkbäume und sonstige Seltenheiten einer Baum-, Strauch- und Blumenflora tropischer Erdgebiete, wie Java und Sumatra, aus China, Japan, Australien, den verschiedenen Hochstrichen des Himalaja usw. usw.

Zu armselig-unvollkommen ist unsere Sprache, um die Zauberherrlichkeiten der transkaukasischen Gebirgswelt wiederzugeben. Aus lieblichen, rasengrünen und buntblumigen Hochtälern ragen 3000, 4000 und sogar mehr wie 5000 m hohe Gebirgszüge und Berggipfel in den Himmel der milchigen Schafwölkchen oder der tiefen Bläue. Der in ewigen Schnee und Eis farbenprächtig im Sonnenlichte leuchtende Kasbek ist amtlich mit 5043 m registriert, der schon im nordkaukasischen Gebirgsmassiv ruhende Elbrus als höchster Berggipfel Europas mit 5629 m, um eine Höhenvorstellung von den höchsten Berggipfeln des Nord- und Transkaukasus zu geben. Merkt man wohl in den Städten Aserbeidschans und Georgiens den Einfluß der Zeitmoderne und des Bolschewismus im Leben der Menschen, so ist nur wenig davon spürbar in den Städten Armeniens und gar nichts in den Siedlungen der armenischen, adscharischen oder abchasischen Berge. Aber trotz materialistischer Verflachung, die mit der bolschewistischen Doktrine vom Kollektivismus in Teilschichten einiger Stadtbevölkerungen Einzug gehalten hat, ist der russische Orient noch unangetastet in seinem inneren Wesenskern. Der bolschewistischen Lehre stehen schroff durch Jahrhunderte geformte und verankerte Traditionen gegenüber, als daß in diesen transkaukasischen Weltteilen ideologisch gewandelte Völkerschaften schon und auch nicht in absehbarer Zeit im Entstehen begriffen sein könnten. Wie sehr dieses von den Bolschewisten erkannt worden ist, beweist die Vorsicht in der Behandlung dieser Völkerschaften — denn nur eine sehr sehr kluge Politik kann diese für Rußland so wichtige Landenge sichern und gegen stark rivalisierende Mächte behaupten und im Innern die Rassenkämpfe unmöglich machen.

Axel von Oertzen:

DIE ARBEITERBEWEGUNG IN INDIEN

In Indien von einer Arbeiterfrage zu reden, scheint unberechtigt zu sein. Denn ein Blick in die Berufsstatistik zeigt, daß 1926 nur $1^1/_2$ Millionen Industriearbeiter einer bäuerlichen Bevölkerung von 229 Millionen gegenüberstehen. Aber trotzdem fängt die Arbeiterfrage an, für die soziale und politische Entwicklung eine Rolle zu spielen; denn tatsächlich unterscheidet sich die Lage der Kleinbauern vielfach kaum von der des besitzlosen Arbeiters; und der Übergang vom Kleinpächter, der als Knecht beim wohlhabenderen Bauern arbeitet, zum selbständigen Pächter ist, nach Bildungsstand und Besitz, ein sehr loser. Verarmung, Verschuldung und wirtschaftliche Abhängigkeit schaffen ein starkes Gefühl der Solidarität bei den Bauern durch ganz Indien, von den fruchtbaren Böden im Süden bis zu den ärmlichen Gebirgsweiden des Nordens; und die gemeinsame Beschwerde sieht ihren Feind im englischen Großgrundbesitz, aber ebenso im heimischen indischen Grundherrn. Ein Zusammengehen des Landarbeiters und Kleinbauern mit den Trägern der nationalen indischen Intelligenz ist deshalb kaum zu erwarten; die Bewegung hat eine gewisse Ähnlichkeit mit den Bauernkriegen in Deutschland oder der russischen Agrarrevolution. Augenscheinlich steht sie noch in den Anfängen; bei den Industriearbeitern sind die Ansätze sozialer Organisation und klassenkämpferischer Kampfverbände da; bei den Landarbeitern beginnt das Vorbild der Industriearbeiter sich langsam auszuwirken, zunächst in kooperativen Ein- und Verkaufsgenossenschaften.

Immerhin ist die Frage so wichtig geworden, daß es gerechtfertigt erscheint, eine Untersuchung anzustellen nach der Lage der Landarbeiter und Bauern und den Ansätzen der gewerkschaftlichen Organisationen. Von den 320 Millionen Indiens leben 90% in Dörfern; über die Lage der Bauern gibt eine unerbittliche Auskunft die Sterblichkeitsstatistik. Während in England ein Mann von 21 Jahren auf weitere 43 Lebensjahre rechnen kann, so in Indien nach günstiger englischer Schätzung auf 27, nach indischer auf 15 Jahre. Die große Influenzaepidemie raffte 20 Millionen weg; weitere 125 erlitten einen Schaden fürs Leben. Diese geringe Widerstandskraft läßt erschreckende Rückschlüsse auf die Unterernährung der Bauern zu.

Ebenso beredt sind die englischen Statistiken über die Größe der Landstellen. In der Provinz Bombai war die Durchschnittsgröße 1771 noch 44 Acres, heute $2^1/_2$ bis 5 Acres.

Hier liegt der Kernpunkt der Agrarfrage; es ist natürlich unmöglich, daß auf solchem Zwergbesitz eine Familie gedeiht; kaum das Nötigste an Lauch, Mais

und Brotkorn kann in guten Jahren gewonnen werden; von Hungerjahren ganz zu schweigen.

Die Ursachen dieser Zersplitterung sind so tiefwurzelnd, daß eine Besserung kaum zu erwarten ist. Einmal wurde seit der britischen Herrschaft und der zwangsmäßigen Einfuhr englischer Industrieware das einheimische Handwerk vernichtet. Der Dorfhandwerker und die freien Berufe mußten Landwirt werden; dann wuchs unter der pax britannica in den letzten 50 Jahren die Volkszahl von 200 auf 319 Millionen. Und schließlich teilt das Erbrecht der Mohammedaner und Hindus die Landstellen unter allen Söhnen auf. Wer im Dorfe geboren ist, ist auch nahrungsberechtigt auf der Gemeindeflur. Das Dorf ist eine kleine autarktische Republik; ein Rat von fünf Ältesten leitet sie; auch für Steuerlasten haftet die Gemeinde solidarisch.

Es scheint sehr zweifelhaft, ob eine bessere Bodenausnützung überhaupt denkbar ist; da sorgfältige Bestellung wenig bedeutet in einem Klima, wo alles Wachstum vom Eintreffen der Regen abhängt, bleibt alles am besten bei den alterprobten Wirtschaftsmethoden. Es ist berechnet, daß Indien ein erstklassiges Milchwirtschaftsland werden könnte, wenn die Hindus sich entschließen würden, das alte oder unterernährte Rindvieh abzustoßen; 25 Millionen Rinder sollen überständig sein, was einen Futterverlust von 585 Millionen £ bedeutet, bei richtiger Verwendung des Kuhdungs sich 650 Millionen £ mehr aus dem Boden herauswirtschaften lassen. Aber allen solchen Berechnungen stehen nun einmal tiefeingewurzelte Volksanschauungen gegenüber, gegen die in absehbarer Zeit keine Belehrung helfen wird.

Wenn die Grundlage des indischen Lebens, die auskömmliche Nahrung in der Dorfgemeinde, auch in den letzten 100 Jahren vollständig verkümmert ist, so trifft dieser Vorwurf die englische Regierung jedenfalls nicht unmittelbar. Das Einkommen auf den Kopf der Bevölkerung hat sich versechsfacht; und dank der Bewässerungsanlagen der Regierung sind in den letzten 50 Jahren 47 Millionen Acres neu gewonnen; mit Baumwolle und Jute sind von den 223 Millionen Acres Kulturland in den britischen Provinzen nur 13,1 Millionen bebaut — also der oft gehörte Vorwurf, daß die Stapelkulturen dem Lande die Brotfrucht entziehen, stimmt ganz und gar nicht.

Die besten Kenner Indiens sehen im Pachtsystem die Wurzel des Agrarelendes. Die Regierung ist Eigentümer allen Landes. Sie gibt es in Pacht an die Gemeinden oder an Großgrundbesitzer. Die Hälfte des geschätzten Ertrages muß als Steuer abgeliefert werden. Die Eintreibung der Steuern wird häufig an Unternehmer verpachtet, die natürlich für ihre eigenen Unkosten und Ausfälle entsprechend aufschlagen.

Natürlich gibt es alle Arten des Steuer- und Pachtvertrages; die bekanntesten sind das Ristarisystem, wo das Dorf gemeinsam haftet, und das in Bengalen und

den Zentralprovinzen übliche Semindarisystem, wo ein Großgrundbesitzer allein der Regierung verantwortlich ist.

Der Kleinbauer ist immer der schwächere, da er lieber eine höhere Schuldenlast auf sich nimmt, als heimatlos wird.

Wo nun der Übergang von freier Arbeit zur Lohnarbeit liegt, ist nicht leicht abzugrenzen, da die Verschuldung der Pächter viel Naturalleistung mit sich bringt. Hand- und Spanndienste an den Grundherrn sind noch vielfach als Steuerzahlung üblich; daneben gibt es eine breite Schicht, die gegen einen Teil des Ertrages einem Nachbarn mit dessen Vieh und Geräten das Land bestellt. Die Zahl dieser Kleinwirte, die etwa dem westfälischen Einlieger entsprechen, wird auf 50 Millionen, mit Familienangehörigen, geschätzt.

Daneben gibt es aber auch eine Gruppe von landlosen Arbeitern, die den Zusammenhang mit ihrem Heimatdorf verloren haben; sie haben ihr Kontingent aus den Scharen der indentured labour gezogen, die jetzt gesetzlich verboten ist. Das Gefühl der beruflichen Notgemeinschaft hat sich bei der gesetzlich gebilligten Sklavenarbeit in den westindischen Inseln und Südafrika stark entwickelt; da jetzt rund 400000 Arbeiter in den Tee- und Baumwollplantagen arbeiten, ist dort ein guter Boden für gewerkschaftliche Organisationen. Das Dorf wird durch Rückwanderer mit diesen Ideen bekannt; da wirtschaftlich kein großer Unterschied zwischen einem landlosen Plantagenarbeiter und einem Kleinpächter ist, ergibt sich von selbst die Interessengemeinschaft.

Welche Waffen die große Masse besitzt, in der passiven Resistenz und in ihrer Fähigkeit zu genossenschaftlichem Zusammenschluß, haben die Ereignisse der letzten Jahrzehnte deutlich genug gezeigt. Wenn bei der Beurteilung der Lage der Landarbeit Einfühlung die wertvollste Waffe des Beobachters ist, kann man zur Einschätzung der Machtfaktoren in der Industriearbeiterschaft die Sauberkeit der Zahlen in stärkerem Maße heranziehen.

Das India Yearbook von 1924 gibt folgende Zahlen:

Fabriken, die mehr als 19 Arbeiter beschäftigen, 6400. Arbeiter 1,5 Millionen, davon 1113000 Männer, 221000 Frauen, 74000 Kinder. Die Textilindustrie beschäftigt 674000, die Baumwollspinnerei 323000, die Juteindustrie 339000 Arbeiter.

In Bengalen ist die durchschnittliche Tagesbeschäftigung 543000, in Bombay 354000. Dazu kommen noch rund 800000 Bahnarbeiter und 200000 Seeleute.

Organisiert sind rund 1 Million Arbeiter. Die Zahl erscheint gering gegenüber der großen Masse der Kleinbauern — aber in diesen Organisationen liegt der Keim zu künftigen Entwicklungen. Deshalb verdienen diese gewerkschaftlichen Ansätze die sorgfältigste Betrachtung des Sozialpolitikers.

Großgewerbe in Indien ist keine neue Erscheinung; schon vor der englischen Zeit gab es ein blühendes Großgewerbe, wie die Kalikodruckerei in Kalikut oder

die Musselinweberei. Als die einheimische Industrie vor dem Wettbewerb Englands zusammenbrach, stellten die brotlos gewordenen Handwerker der Städte und die Dorfhandwerker billige Arbeitskräfte; besser wie Verhungern war immer noch das Los in den Fabriken von Bombay; alle Kinderkrankheiten der modernen Industrie traten in Indien noch krasser auf als selbst im London der dreißiger Jahre; die berüchtigten Arbeitskastelle mit den Einzelzimmern für zehn Menschen sind ja eine bekannte Erscheinung.

Wer aus dem Dorf neu zuwandert, muß den Vorarbeiter schmieren, um überhaupt Arbeit zu finden; der Krämer gibt ihm zu Wucherpreisen Kredit bis zum nächsten Löhnungstermin, der oft lange genug herausgeschoben ist — und so kommt der unglückliche Neuling von vornherein nicht aus den Wucherschulden heraus. Frauen- und Kinderschutz existiert dem Gesetzesbuchstaben nach, ist aber nicht immer so streng durchzuführen, da die Arbeiter, die von Ernte zu Ernte mit Frau und Kind kommen, froh sind, überhaupt eine Arbeitsmöglichkeit zu finden. Da die Arbeiter meistens nur auf kürzere Zeit, um Bargeld für ihre Dorfwirtschaft zu verdienen, in der Stadt bleiben, war natürlich der Zusammenschluß erschwert, da mancher dem Verhungern im Dorf die kläglichste Lebensmöglichkeit in der Fabrik vorzog.

Auch heute noch kann von einer sozialpolitischen Arbeitervertretung nicht gesprochen werden. Alle zielbewußten politischen Strömungen, wie Sozialismus und Syndikalismus, fehlen; bisher handelt es sich nur um wirtschaftliche Interessenvertretungen. Der Gegensatz ist auffällig gegen Niederländisch-Indien, wo die Arbeiterbewegung bereits in den ersten Jahren ihres Entstehens, während des Weltkrieges, in ein durchaus kommunistisches Fahrwasser geriet.

Der Auftrieb ist nicht aus den Kreisen der indischen Industriearbeiter gekommen, sondern von außen, von europäisch gebildeten Intellektuellen. Man kann sehr deutlich drei Perioden unterscheiden: Rein humanitäre Bestrebungen. Dann eine starke, ausschließlich nationale Bewegung, die durch die Notlage indischer Kontraktsarbeit in Südafrika ausgelöst wurde. Und drittens seit Ende des Weltkrieges ein Eintreten der Arbeiterschaft für rein wirtschaftliche Standesinteressen.

Die Periode der humanitären Bestrebungen reicht von 1875—1891. Die Baumwollspinner von Lancashire fühlen sich durch die Konkurrenz der indischen Webereien bedroht und veranlassen den englischen Staat, Schutzgesetzgebungen für Frauen- und Kinderarbeit und eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit durchzuführen. Erst 1911 wird auch für Männer die Arbeitszeit auf 12 Stunden festgesetzt. Die Durchführung dieser Schutzbestimmungen wird übrigens in den Eingeborenenstaaten illusorisch, und es soll eine Neigung der Industrie bestehen, dorthin abzuwandern.

Charakteristisch für diese Periode humanitärer Bestrebungen ist das Fehlen eines Auftriebs aus der indischen Arbeiterschaft; sogar die Führer, soweit sie

indischer Abstammung sind, stehen ihrer Bildung nach dem heimatlichen Fühlen fremd gegenüber.

Den ersten starken Anstoß von innen heraus erhielt die Arbeiterbewegung durch den Kampf um die Lebensbedingungen der Indentured labour; dieser englische Ausdruck ist nicht übersetzbar — er bezeichnet eine behördlich genehmigte, freiwillige Sklavenarbeit.

Seit Aufhebung der Sklaverei wurden Inder als Plantagenarbeiter nach den englischen Pflanzungen auf Mauritius, Trinidad und Jamaika ausgeführt; eine starke Auswanderung war schon seit Vasco di Gamas Zeiten nach der afrikanischen Südostküste gegangen. Als die Engländer 1847 in Natal den Zuckerbau einführten, wurde es ihnen leicht, indische Arbeiter anzuwerben. Die Lage dieser Arbeiter war sehr ungünstig, da sie vom Arbeitsherrn leicht ausgebeutet werden konnten. Trotzdem blieb eine ziemlich große Anzahl im Lande und setzten sich als Gemüsegärtner in den Hafenstädten und als Kleinhändler erfolgreich durch. Die Besorgnis der Weißen vor ihrer Konkurrenz führte zu Ausnahmegesetzgebungen in ganz Südafrika, wodurch Grunderwerb und Niederlassung den Indern verboten wird.

Die Empörung der Inder gegen diese oft ungebührlich harte Behandlung fand ihren Führer in Ghandi, der als Rechtsanwalt in Natal tätig war. Er wirbt in Indien selbst durch eine eigene Zeitung für den Grundsatz der Gleichberechtigung, und sein langer und erfolgreicher Kampf — von 1903 bis zum Weltkriege — schuf in dem Bewußtsein der Massen zum erstenmal das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Er hat schließlich unter dem Druck der Kriegswirtschaft erreicht, daß die freien Arbeiter in Natal das Niederlassungsrecht bekamen, und daß das System der Indentured labour 1922 vollständig für ganz Indien abgeschafft wurde.

Seinem Kampfe war die indische Arbeiterschaft mit leidenschaftlicher Anteilnahme gefolgt; seine Erfolge in Natal waren die erste Tat der Arbeiterklasse. Sie hatte Gelegenheit, in der nationalen Bewegung der Nachkriegszeit ihre Einheit zu stärken.

Die Entwicklung der Nachkriegszeit geht in den ruhigen Bahnen wirtschaftlicher Interessenvertretung. Ein starkes Suchen nach geistigen Inhalten darf aber nicht verkannt werden. Ghandi ist der geistige Vater der Bewegung. Wenn es zeitweise schien, während der politischen Kämpfe der non-cooperation-Bewegung, die von einer heftigen Welle von Streiks begleitet wurde, als sollten die zerstörenden Kräfte in den Gewerkschaften das Obergewicht bekommen, so beruhigte die weitere Entwicklung bald genug; die Hindus sind zu friedfertig eingestellt, um Träger der Weltrevolution zu werden. Ihr Kampfmittel, um den englischen Wirtschaftseinfluß auszuschalten, ist der Konsumverein; 1920 gab es bereits 37254 Vereine.

Eine hervorragende Eigentümlichkeit ist ihre Neigung, sich zu umfassenden nationalen Gruppen zusammenzuschließen. In Bombay z. B. sind die meisten

Gruppen im Bombay Central Labour Board vereinigt; dieser ist wieder dem All India Trade Congress angeschlossen.

Ihre Führer sind meistens Akademiker, die in der Schule Ghandis groß geworden sind und eine starke Opferwilligkeit für die Interessen des ganzen Volkes mitbringen. Das gibt der Bewegung einen großen Schwung, der aus der Enge nur wirtschaftlicher Interessenvertretung herausführt.

Die Gebildeten betrachten es als ihre Pflicht, Volkshochschulen und sanitäre Einrichtungen zu schaffen; und an der Organisationsfähigkeit des Arbeiters kann nicht gezweifelt werden. Mit welchem Geist die Gewerkschaften erfüllt werden, das kann ausschlaggebend werden für das weitere Schicksal Indiens. Was in den Gewerkschaften vorgeht, greift über auf die große Masse der Bauern; denn Industrie- und Landarbeiter stehen sich hier nicht feindlich gegenüber, sondern sind nur Teile derselben noch stummen Masse.

Nicht die Bedingung der Materie — die Konjunktur der Wirtschaft wird es sein, die im kommenden Jahrzehnt die Geschichte des pazifischen Erdraums bestimmt — sondern der Geist, der die Arbeiterschaft erfüllen wird.

KARL SAPPER:

MITTELAMERIKA UND WESTINDIEN III

Ein Beitrag zur politischen Geographie kleiner und kleinster Räume

Wenn das mittelamerikanische Festland mit seinen größeren Räumen — mit einziger Ausnahme von Britisch-Honduras — seine Geschicke in eigene Hände nehmen konnte, so gelang das in Westindien nur den beiden schwarzen Freistaaten auf Haiti, während die übrigen Großen Antillen, die allein genügend Raum zur Bildung eigener Staatswesen bieten, noch fest in der Hand ihrer europäischen Mutterländer blieben, obwohl auf der größten dieser Inseln, auf Cuba, zahlreiche Aufstände im Laufe des 19. Jahrhunderts bereits nach Befreiung strebten. Aber erst 1898 schlug die Stunde der Freiheit für das Land, freilich nicht aus dessen eigener Kraft, sondern dank der Hilfe der Vereinigten Staaten*), die mit ihren gewaltigen Hilfsmitteln den Krieg so rasch zu Ende zu führen vermochten, daß der große Bundesgenosse der amerikanischen Tropenländer, das Gelbe Fieber, noch nicht in stärkerem Maße in Tätigkeit treten konnte. Wohl hat sich die Regierung der Vereinigten Staaten ein Interventionsrecht vorbehalten, auch sich Kohlenstationen gepachtet, aber immerhin muß Cuba noch als freier Staat

*) W. Drascher, Das Vordringen der Vereinigten Staaten im westindischen Mittelmeergebiet. Hamburg 1918. — J. H. Latané, The United States and Latinamerica, Garden City and New York 1922.

wenigstens in seinen wichtigsten inneren Angelegenheiten angesehen werden, und wer den Charakter der Neger und Mulatten kennt, der wird vielleicht sogar sagen, daß die amerikanische Oberaufsicht für das Staatswesen in vieler Hinsicht nur günstig wirken wird. Der neue Freistaat soll nach der amtlichen Statistik nicht viel über $^1/_4$ der Bevölkerung an Farbigen besitzen, während Weiße weitaus das Übergewicht hätten, ganz im Gegensatz zu den benachbarten schwarzen Republiken der Insel Haiti, wo das weiße Element ganz geringfügig ist. Allein es ist kein Zweifel, daß die cubanische Statistik trügt und daß die Zählbeamten eine äußerst laxe Auffassung von dem Begriff eines „Weißen" haben, denn schon ein flüchtiger Gang durch cubanische Städte überzeugt jeden aufmerksamen Beobachter davon, daß Negerblut in verschiedenartigen Mischungsverhältnissen doch viel verbreiteter ist, als die Statistik einen glauben machen möchte. Aber der Beobachter wird nicht minder zur gleichen Zeit auch gewahr, daß die Stellung der Neger und Negermischlinge in der Gesellschaft und im Beamtentum Cubas eine sehr viel freiere ist als etwa in den benachbarten Vereinigten Staaten, wo doch vielfach die politische Gleichstellung der Schwarzen nur theoretisch besteht, die gesellschaftliche ganz fehlt. Diese andere Einstellung des weißen Bevölkerungselements zum farbigen in der Republik Cuba rührt wohl hauptsächlich davon her, daß bei den früheren Aufständen gegen die spanische Herrschaft die Kreolen gemeinsame Sache mit den Farbigen gemacht hatten, da ja auch sie unzufrieden mit der Regierungsweise ihrer einstigen Heimat gewesen waren. Auf diese Weise ist aber ein einheitlicher politischer Wille in die Bevölkerung des Staats gekommen, der in starkem Gegensatz zu einem großen Teil der mittelamerikanischen Freistaaten steht!

Wohl ist in den südlichen Republiken der festländischen Landbrücke das Indianerelement zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, aber in Guatemala und den mexikanischen Gebieten Mittelamerikas überwiegt noch die indianische Bevölkerung; und wenn sie auch politisch ganz indifferent ist, auch bei Wahlen gewöhnlich nur auf besondere Weisung und in der von den Machern gewünschten Art sich zu beteiligen pflegt, so ist sie doch (eben wegen ihres politischen Indifferentismus) insofern kein positives Volkselement, als sie politisch nur eine träge Masse darstellt und kein Interesse an der äußeren Politik des Staates hat, ja selbst an den inneren Angelegenheiten sich nur wenig beteiligt. Da zudem ein großer Teil des Mischlingselements ebenfalls politisch träge ist, so entspricht also die politische Kraft derartiger Staaten keineswegs der Gesamtzahl der Bevölkerung, sondern nur der Zahl der höher stehenden und weiter denkenden Mischlinge und Weißen. Das Negerelement hat im Lauf des 19. und 20. Jahrhunderts an den atlantischen Küsten Mittelamerikas zahlenmäßig sehr zugenommen, weil diese Gegenden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entlaufenen Negersklaven eine Freistätte geboten hatten und weil seit dem Ende

dieses Jahrhunderts der Bananenbau viele Neger von den Antillen herübergezogen hat, da die einheimischen Arbeitskräfte der schweren Arbeit und dem Klima der feuchten Niederungen nicht gewachsen sind. Aber obgleich so eine wahre Vernegerung der atlantischen Gebiete Mittelamerikas eingesetzt hat, so haben diese Schwarzen doch politisch noch keine Sondernote in das Staatsleben gebracht und können daher an dieser Stelle übergangen werden. Anders aber steht es mit der Indianerbevölkerung der nördlichen Gebiete, da diese nicht nur unter sich die alten Feindschaften weiterpflegen und damit einem einheitlichen Zusammenwirken an den Zwecken des Staates widerstreben, sondern auch weil alle zusammen einen noch immer lebendigen Haß gegen die weißen Eindringlinge und ihre Nachkommen bekunden.

Letzteres Moment trifft nun freilich auch auf die schwarze und farbige Bevölkerung Westindiens zu, die rassenmäßig eine starke Antipathie gegen die Weißen hat und durch Erinnerungen an die Sklavenzeit darin bestärkt wird. Freilich macht dies Moment in den ehemals spanischen Kolonien Westindiens weniger aus, weil auf ihnen durch häufigen starken Zuzug neuer Einwanderer (aus der Heimat und von den Kanaren her), die als ursprüngliche Bewohner eines periodisch heißen Landes imstande sind, in den tropischen Randgebieten bereits körperliche Arbeit zu verrichten, das weiße Element immer wieder aufs neue verstärkt wird. Aus diesem Grund ist die völkische Struktur der bis 1898 spanisch gebliebenen Besitzungen Westindiens weit gesunder als die der französischen und englischen, in denen das weiße Element nur eine dünne Oberschicht bildet, die sich zudem in neuerer Zeit immer weiter ausdünnt. Allerdings besitzen die Franzosen in ihren mittelmeernahen südlichsten Provinzen ebenfalls hitzegewohnte Bewohner, allein diese sind doch weit weniger zur Auswanderung in tropische Gebiete bereit, als die Spanier, von denen erhebliche Mengen auch jetzt noch nach dem politischen Verlust von Cuba und Puerto Rico fortfahren, saisonweise oder auch für dauernd oder wenigstens für lange Jahre nach Westindien zu gehen.

Obgleich Puerto Rico (oder wie die Nordamerikaner schreiben: Porto Rico) trotz seiner geringen Oberfläche vermöge seiner großen Volksdichte sehr wohl zu einem eigenen Staatswesen sich hätte ausbauen lassen und obwohl die einheimische Bevölkerung das auch gewünscht hätte, so haben die Vereinigten Staaten die Insel sich trotzdem einverleibt und damit — auch nach der entgegenkommenderen neuen Verfassung von 1917 noch immer — Bürger zweiter Klasse aus den Einwohnern gemacht, die nur für die Verwaltung Porto Ricos selbst ausreichende Befugnisse zugestanden erhalten haben.

Die Vereinigten Staaten, die schon infolge ihres Heranwachsens an den Golf von Mexiko (1803) und später (1819) durch die Abtretung Floridas seitens der Spanier eine bedeutsame Position am westindischen Mittelmeer erlangt hatten,

haben durch die Besetzung Porto Ricos einen festen Fußhalt innerhalt dieses Meeres gewonnen, den sie bald darauf (1917) durch den Kauf der dänischen Antillen mit ihrem ausgezeichneten Hafen von St. Thomas noch wesentlich verstärkten (beiläufig gesagt, gerade während der Regierungszeit W. Wilsons, der theoretisch so schön und richtig auszuführen wußte, daß man Länder und ihre Bevölkerung nicht verschachern solle wie Waren!).

Aber damit nicht genug! Die Vereinigten Staaten, die seit der Übernahme der Panama-Kanalarbeiten ein großes Interesse an der Stärkung ihrer Stellung im amerikanischen Mittelmeere haben, konnten dank der notorischen Mißwirtschaft der beiden haitianischen Republiken ihre starke Hand auch auf diese legen, indem sie zunächst 1907 die Finanzkontrolle der Dominikanischen Republik übernahmen und hernach 1915 das Interventionsrecht in Haiti erhielten und seitdem die Verwaltung dieses Freistaats reformierten. So ist denn allmählich die ganze Reihe der der Südküste der Vereinigten Staaten vorgelagerten Inseln mit einziger Ausnahme der Bahamas in ihr Einflußgebiet gekommen, was wegen der Beherrschung der Zufahrt zu dem 1915 vollendeten, strategisch und kommerziell gleich wichtigen Panamakanal von größter Bedeutung ist.

Freilich haben England, Frankreich und Holland noch eine Reihe von Inseln im Besitz, deren Wert durch die Nähe der Besitzungen der gleichen Mächte in Guayana gehoben wird. Aber das Übergewicht der Vereinigten Staaten auf dem westindischen Mittelmeer ist nun doch bereits so groß, daß sie im Falle kriegerischer Verwicklungen sich den Weg zu ihrem so wichtigen Schiffskanal auf alle Fälle offenzuhalten vermöchten, während andererseits auch ohne politische Besitznahme weiterer Landgebiete die amerikanische Geschäftstüchtigkeit und Finanzkraft in immer wachsendem Maße die westindischen Landgebiete in das Gravitationsfeld der Union einbeziehen — mit einziger Ausnahme der weit nach Osten vorgeschobenen Kleinen Antillen, die verkehrsgeographisch schon wesentlich ungünstiger für die Union liegen.

Wenn Cuba sich während des letzten Jahrzehnts zum ersten Zuckerland der Welt emporarbeiten konnte, so verdankt es das in erster Linie der systematischen Vergrößerung und Modernisierung der Betriebe seitens nordamerikanischer Gesellschaften, und wenn Jamaica seit neuerer Zeit immer größere Mengen von Bananen erzeugt und nach der Union ausführt, so verdankt es auch dieses nordamerikanischer Arbeits- und Kapitalkraft in vorderster Reihe, wie denn die United Fruit Co. geradezu eine wirtschaftliche Großmacht für die Länder im und am amerikanischen Mittelmeer geworden ist. Das Schwergewicht der westindischen Besitzungen europäischer Mächte kommt jetzt immer mehr auf das wirtschaftliche Gebiet zu liegen, und vor allem sind die den beiden Kontinenten nächstgelegenen europäisch kontrollierten Inseln vermöge ihrer Lage zu Handelsgeschäften sehr geeignet, so Barbados, Trinidad und Curaçao. Neuerdings nehmen

auch die Bahamas wieder eine große Handelsstellung ein: als Zwischenpunkte für den Alkoholschmuggel seit der Trockenlegung der Vereinigten Staaten, während sie im Bürgerkrieg als Stützpunkte für Blockadebrecher nach den Südstaaten eine noch weit größere Wichtigkeit erlangt hatten. (Unter Umständen konnte freilich eine solche Vermittlung auch gefährlich werden, wie denn während des Unabhängigkeitskriegs das holländische St. Eustatius 1781 als Hauptstapelplatz der nordamerikanischen Ein- und Ausfuhr*) von den Engländern zerstört wurde unter Vertreibung des größten Teils der damals auf 25000 Seelen geschätzten Bevölkerung.)

Eine bedeutsame Stütze ihres Handelsübergewichts in den westindischen und mittelamerikanischen Gebieten haben die Amerikaner durch die Schaffung einer leistungsfähigen Handelsflotte während des Weltkriegs bekommen und der Besitz des Panamakanals und der ihn umgebenden Zone hat in Verbindung mit der dominierenden Stellung, die den Vereinigten Staaten in der Republik Panama zukommt, in Verbindung ferner mit der außerordentlich großen Erstarkung des nordamerikanischen Handels und mit ihrer Beherrschung der mittelamerikanischen Eisenbahnen das Übergewicht der Vereinigten Staaten in dem ganzen Zwischengebiet zwischen beiden Kontinenten vollends bekräftigt, so zwar, daß geradezu alle diese Länder und Inseln mehr und mehr zu wirtschaftlichen Anhängseln der Union zu werden drohen. Und wie das wirtschaftliche Übergewicht der Vereinigten Staaten sich von Jahr zu Jahr immer mehr verstärkt, so ist es auch mit der politischen Gravitation des gewaltigen Riesen im Norden. Denn das feste Fußfassen auf dem mittelamerikanischen Isthmus in Panama, die seit 1911 ausgeübte Finanzkontrolle über Nicaragua, das bald darauf sogar eine amerikanische Besatzung aufnehmen mußte und 1926, nachdem erst kurz vorher die frühere Besatzung zurückgezogen worden war, neuerdings amerikanische Truppenabteilungen landen sah. Das fast automatische Eintreten aller mittelamerikanischen und westindischen Republiken — mit einziger Ausnahme des nicht an den Atlantischen Ozean angrenzenden Salvador — in die Reihe unserer Feinde während des Weltkrieges bekundet deutlich den ganz überragenden Einfluß, den die Vereinigten Staaten im ganzen Gebiet des amerikanischen Mittelmeers mit Ausnahme Mexikos und der beiden Freistaaten an der Nordküste Südamerikas ausüben. Wohl sperren sich auch die mittelamerikanischen und westindischen Staaten nach Möglichkeit gegen den nordamerikanischen Einfluß, und die Sympathien sind den Yankees allenthalben abhold, aber die Macht der Verhältnisse ist zu groß, als daß die kleinen Staaten, selbst wenn sie sich enger zusammenschließen sollten, sich irgendwie der Gravitation des großen Nachbarlandes entziehen könnten. Selbst in den Fällen, wo noch keine politische Bindung vorliegt, ist die Macht der Tatsachen so gewaltig, daß ein Widerstand gegen die Wünsche der Union

*) G. J. van Grol, Het Eiland St. Eustatius, „De Indische Mercuur“ vom 19. März 1907, Nr. 12.

unmöglich ist; vielmehr müssen diese kleinen Staaten immer mehr in den Strudel nordamerikanischer Politik hineintreiben, denn schon sind sie in dessen Einzugsgebiet hineingeraten, und die europäischen Mächte sind nach ihrer Selbstzerfleischung im Weltkrieg zu schwach, um sie wieder von der Saugwirkung dieses Strudels befreien zu können.

J. L. WILSER:

DAS ERDÖL IN DER WELTWIRTSCHAFT UND WELTPOLITIK II

Die ganze Kaukasus-Umrandung ist ölführend; Baku lieferte um die Wende des vergangenen Jahrhunderts unter Nobels und Rotschilds Führung die Hälfte der Weltförderung, einige Jahre sogar mehr als Nordamerika. Seit 1905, seit der ersten russischen Revolution, ist der östliche Kaukasus zurückgeblieben, brachte vor dem Kriege aber immer noch 16 % der Weltförderung heraus. Heute sind die Felder nationalisiert, sozialisiert, leisten angeblich beinahe Friedensproduktion, nach zuverlässigen Angaben mit Unterbilanz, da staatswirtschaftliche Arbeit zu teuer kommt, Transport und Verarbeitung nicht neuzeitlich genug entwickelt sind[42]. Unter Serebrowskis[43] Leitung sind wohl gewaltige Arbeiten im Gange; was wird aber weiter in Baku, wenn man sieht, daß das Manganerz von Tschiaturi — ein Weltobjekt ähnlich wie Baku — an die amerikanische, mit der Standard Oil liierte Harriman-Gruppe gegen eine Anleihe verpachtet worden ist, und wenn man liest, daß das Steinkohlenbecken des Donetz ebenfalls gegen eine Anleihe an Ausländer verhandelt werden soll; wenn man ferner hört, daß Nobel seine Bakuer Ansprüche an die Standard Oil abgetreten hat, andererseits Rotschild an die Royal Dutch Shell, und daß Royal Dutch Shell und Standard Oil bezüglich Rußland 1924 ein Privatabkommen getroffen haben? Und wenn man gar hört, daß der Emba-Bezirk am südwestlichen Ural als Konzession an die Banque de Paris, die für die Standard Oil auftritt, gegeben werden soll, dann ist in Anbetracht der wachsenden Geld- und Wirtschaftsnot der S. S. S. R. klar, was aus dem südrussischen Öl mit der Zeit werden muß; nur ist es unbestimmt, welche Gruppe siegen wird und wie die Ansprüche der Vorkriegsbesitzer zur Geltung kommen[44]. Bezeichnenderweise bekämpft weder Standard noch Royal Dutch Shell, noch Anglo-Persian die russische Ölverkaufsorganisation (R. O. P.) in England.

Einstweilen ist Rußland in Transkaukasien noch Herr über sein Öl und macht seinen Einfluß auch in Nordpersien geltend, wo sich England und Amerika als Geldgeber um gesicherte Ölkonzessionen vergeblich abmühen[45]. Mit der Bahn Tiflis-Djulfa-Täbris ist Nordpersien wirtschaftlich von Rußland beherrscht. Diese Bahn soll unter russischem Einfluß über Teheran nach Meschhed, also nach Osten durchgeführt werden. England, das in Südpersien tonangebend ist, will den

Norden mit dem Süden verbinden, eine Linie Kaspisches Meer – Persischer Golf bauen, eine böse Wahl für Persien, Rußland oder England, und auch für diese Staaten selbst ein schwerwiegender Gegensatz, Bolschewismus gegen Geldimperialismus. Persien ist kein Pufferstaat mehr, die beiden Weltmächte des Ostens stehen sich hier unmittelbar gegenüber.

Die weitere Entwicklungsgeschichte der persischen Ölreviere ist eng mit der ihrer Rand- und Vorlandzonen, mit Mesopotamien, verknüpft. Der Euphrat ist die Westgrenze Indiens, war neulich aus englischem Munde zu hören. In Wahrheit ist es heute der Nil. Die aussichtsreichsten Ölneuländer der alten Welt, die eben deutsches Kapital mit der Bagdadbahn in Mesopotamien erschließen wollte, kamen mit Mossul-Irak als Mandat unter die englische Krone. Was für Frankreich Elsaß-Lothringen, für Rußland Konstantinopel, das war für England das Zweistromland. Die Landverbindung nach Indien ist ebenso wichtig wie der Seeweg. Nicht nur um das künftige Erdöl, nicht nur um weltwirtschaftliche Fragen, um Betriebsstoffe für die Flotten handelt es sich hier, sondern ebensosehr um territoriale Wünsche, um die Sicherung und Beherrschung Persiens und Indiens vom Mittelländischen Meer aus.

Anfänglich war Deutschland in Mesopotamien, dem heutigen Königreich Irak nebst Mossul, damit auf dem Landwege nach Indien, und in den Mexiko und Venezuela vergleichbaren (?) Erdölländern im Vordringen. Es mußte ein englischer Einspruch kommen[47]). Es war der Weltkrieg, der hier wesentliche Ursachen hat, und der 1916 Mossul zunächst Frankreich zubrachte ... echt englische Weltklugheit. Ganz Mesopotamien wurde von britischen Truppen besetzt. 1920 fand die „Ölkonferenz“ von San Remo statt. Frankreich zeigte anderen Ehrgeiz, verzichtete in Mossul gegen 25 % Beteiligung an den Ölvorkommen Mesopotamiens und erhielt dafür Zugeständnisse in Syrien, vor allem aber an der Saar, an Rhein, Ruhr und in Oberschlesien. England zog Mesopotamien und Mossul vor und mußte dort nun eingreifen; denn die Kurden gerieten in Aufstand. Von wem bezahlt und genährt? Unwillkürlich denkt man an Vorgänge in Mittelamerika.

Die neuerstarkte Türkei gab in ihren Ansprüchen nicht nach, bis der Völkerbund das Wilajet Mossul dem Königreich Irak[48]) angegliederte und 1926 ein englisch-türkischer Vertrag die sogenannte Brüsseler Linie als Grenze gegen die Türkei erzwang. England hat heute dank seiner diplomatischen Kunst das Mandat in Mossul und Irak und 50 % der Ölanteile in Händen; Frankreich verblieben 25 %, die ehemals im Besitz der Deutschen Bank waren. U. S. A. (Standard Oil) errangen sich unter Berufung auf die sagenhaften „Chester Konzessionen“ die restlichen 25 %. Die frühere „Türkische Petroleum-Gesellschaft“ wird eine Holding-Gesellschaft, und die Türkische Regierung erhält 10 % von den an Irak und Mossul fallenden Erdölabgaben auf vorläufig 25 Jahre. Der höchste Beamte im Mandat ist ein ehemaliger Direktor der Royal Dutch Shell! Ohne Zweifel ist

die Vormundschaft über Irak und Mossul einer der wichtigsten Kriegsgewinne Englands, wirtschaftlich und territorial, selbst wenn die Erdölhoffnungen enttäuschen sollten.

Die deutsche Gefahr für den Weg nach Indien und für die britische Ölweltwirtschaft ist beseitigt. Dafür stecken nun, wenn auch untergeordnet, die U. S. A. dazwischen und Frankreich, das vor dem Kriege überhaupt keine Erdölpolitik vertreten hat. Neuerdings[49]) pendelt es, unterstützt von belgischen Interessenten, zwischen Standard Oil, Royal Dutch Shell und teils eigenen Versuchen im Mutterlande und in den Kolonien hin und her. Offensichtlich hat es in den rumänischen Feldern Erfolge, in der polnisch-galizischen Ölindustrie aber Verluste, da die Raffinerien in Österreich, Ungarn und Deutschland liegen und die Transporte zu teuer kommen. Enttäuscht wurden auch die Hoffnungen in Nordafrika, und im eigenen Lande ist es ebenso arm wie die anderen europäischen Staaten. Die Eigenerzeugung im elsässischen Pechelbronn beläuft sich auf annähernd 70000 t, der Landesverbrauch auf 1,6 Millionen t, ein noch ungünstigeres Verhältnis, als es in Deutschland vorliegt.

In jüngster Zeit macht in Europa Albanien als ölhöffiges Land von sich reden, und schon sind Standard und Anglo-Persian, daneben Italien[50]), das an Kohlen arm ist und im eigenen Lande noch kein Erdöl gefunden hat und für das es sich überdies um die Vorherrschaft auf dem Balkan handelt, auf dem Plan. Bereits liest man von Revolutiönchen in Albanien. Immer dasselbe Bild!

Das 1926 mit 2,1 % an der Weltölförderung beteiligte Rumänien[51]) ist seit dem Kriege hauptsächlich an englisches Kapital in Vereinigung mit amerikanischem gekettet, wehrt sich aber energisch dagegen, indem es mit dem neuen Berggesetz von 1924 die Bestimmungen und Abgaben so erschwert, daß die Nutznießer sich abwartend verhalten müssen. Bezeichnenderweise ist jüngst ein politischer Vertrag mit dem Gegenspieler Frankreich zustande gekommen. Erschlossen worden ist Rumänien vornehmlich mit deutscher Arbeit (Deutsche und Diskonto-Bank). Alles ist uns geraubt, wie ja auch Mesopotamien; selbst Pechelbronn an der pfälzisch-elsässischen Grenze, das jährlich ca. 70000 t Rohöl brachte, wurde uns nicht gelassen. Hätten wir noch andere periphere Ölreviere besessen, sie wären uns sicherlich ebenfalls abgetrennt worden.

Nach Ersatz hat Deutschland angestrengt gesucht, vor allem das unentbehrliche Benzin mit Benzol und Reichskraftstoff u. a. m. zu ersetzen getrachtet. Zur Erschließung neuer Felder wurde das ganze Oberrheintal mit Ölmutungen belegt und mit einigen Tiefbohrungen geprüft, aber bis jetzt ohne Erträgnisse[52]). Erfolgreicher war man im Niedersächsischen, wo sogar Springer auftraten und man mit Ölbergbau wesentlich mehr herausholt als früher mit Pumpen. (1926 ca. 95000 t.) Trotz alledem bleiben wir bis jetzt so gut wie ganz Einfuhrland für Mineralölprodukte, infolge großer Anpassungsfähigkeit allerdings nur mit 800000 t

im Vergleich zu 1,3 Millionen t vor dem Kriege[53]. 3/4 davon kommen aus Amerika, das vorwiegend durch die „Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft“ (Standard Oil-Konzern) importieren und handeln läßt. Zur gleichen Gruppe gehört die „Mineralöl-Raffinerie vorm. August Korff“ Bremen. Als „Mineralölwerke Rhenania A.-G.“ und „Ölwerke Stern Sonnenborn A.-G.“ u. a. ist die Royal Dutch Shell tätig. Die Donauwasserstraße sollte u. a. die Aufgabe der billigen Ölanfuhr aus dem Südosten erfüllen.

Die deutschen Ölgroßfirmen („Deutsche Erdöl A.-G.“ — Diskontobank-Gruppe — und „Deutsche Petroleum A.-G.“ — Deutsche Bank Gruppe — und „Rütgers Werke A.-G.“) schlossen sich neuerdings zusammen[54]) im Kampfe gegen die amerikanische und britische Monopolisierung und im Bestreben, in den ausländischen Revieren wieder Platz zu finden. Vor allem aber: es steht für die Ölweltwirtschaft eine ganz neue Lage bevor.

Wie einst die deutsche Chemie durch Liebigs Arbeiten das Erdöl als Weltrohstoff auf den Thron erhob, so stürzt sie es jetzt nach zwei Menschenaltern, indem sie Kohle zu Ölprodukten verflüssigt und so die Braun- und Steinkohlenfelder nach Bedarf in Ölfelder verwandeln kann. Nicht nur die Weltwirtschaft, auch die Politik steht vor Wandlungen.

Treiböl, Heizöl, Schmieröl und Benzol als Benzinersatz wurden schon während des Krieges aus Kokskohlen nach mehreren Verfahren erzeugt, die aber im großen unverwertbaren Koks oder Halbkoks u. a. hinterließen. Aus minderwertigen Kohlen und Abfallresten jedoch gewinnen Öle in großem Umfange nun Arbeiten des Kohleforschungsinstituts in Mühlheim und vor allem die Erfindung von Bergius, welche die „Interessengemeinschaft Farbenindustrie A.-G.“ erworben hat und fabrikationsfähig ausbaut. Unter Drucken von 100—150 Atm. und bei 400 bis 500° C werden durch Wasserstoffzugabe aus jeder Art Kohle, außer aus Anthraziten, 40—70% Öl ohne den Umweg der Teergewinnung erzeugt. Eine Tonne fertiges Bergin-Öl verbraucht im Fabrikationsgang 2—3 t Kohle ohne weitere wesentliche Zusatzstoffe. Die Aufgabe, Ölprodukte wesentlich billiger aus Kohle als aus Erdöl herzustellen, gilt infolge neuartiger billiger Wasserstofferzeugung aus Koksen als gelöst. Bergin-Öl soll etwa die Hälfte von Erdöl kosten[55]). Bestätigt sich diese Vorberechnung, so ist eine ungeahnte Umwälzung der gesamten Erdölwirtschaft oder gar eine Monopolisierung zusammen mit den Kunstölen über die ganze Welt zu erwarten. Deutschland kann der größte und billigste Erdölproduzent der Erde werden.

Eine Bergin-Fabrik ersteht zur Zeit im Haller Braunkohlengebiet, und eine baut das Ruhrkohlen-Syndikat. Besonders hier wird die Neuerung von großer wirtschaftlicher Bedeutung sein, da das Ruhrgebiet an einer Überfülle schwerverkäuflicher Kohlen leidet, die die Halden und noch mehr die Rentabilität be-

lasten. Seit die englischen Gruben wieder in vollem Wettbewerb stehen, erwartet man Unterbilanzen. Nun aber finden geringwertige Kohlen Verwendung für Öl und sollen auch für Gaserzeugung[56]) herangezogen werden, sobald die Abtransportfrage gelöst ist. Zunächst aber muß für Fortleitung des in den bisherigen Kokereien entstehenden überschüssigen und bisher dort verheizten Gases durch Fernleitungen gesorgt werden. Auch das in der Kohlenwirtschaft viel günstiger arbeitende England beschäftigt sich mit ähnlichen Plänen.

Wir stehen vor einer völligen Umstellung der Kohlenindustrie; wieweit das Kreise zieht, ist noch gar nicht abzusehen. Um nur eine Folgerung zu ziehen: Man wird die flüssigen Kohlenprodukte natürlich durch Rohrleitungen abführen, wie das in den Pipelines mit dem Erdöl meist geschieht. Dadurch geraten aber unsere innerdeutschen großen Kanalbauten, die vor allem auf das Massengut der Kohle berechnet sind, und damit auch manche andere Anlagen in unerwartete Unwirtschaftlichkeit.

Umsturz der Kohle- und Ölwirtschaft in Erzeugung, Verarbeitung, Transport und Verbrauch im Inland, Umsturz der Ölpolitik der Welt[57]), sind Hoffnung und Gespenst. Deutsche Wissenschaft und Technik haben über materielle Vergewaltigung gesiegt. U.S.A. und England, also Standard Oil u. a. nebst Royal Dutch Shell und Anglo-Persian bemühen sich um ein Abkommen oder gar Kontrolle in der deutschen Kohlenverflüssigung. Das amerikanische Croeking-Verfahren, auch englische Methoden, die Motortreibstoffe und Schweröle mit Tieftemperaturverkokung darstellen, arbeiten offenbar unwirtschaftlicher. Hartnäckige Preiskämpfe, Preisdrücken durch die Trusts, Verschleudern des eigenen Produkts, um den Gegner niederzuzwingen, stehen bevor. Es handelt sich um mehr als nur Geschäftsfragen[58]).

Wohl haben die großen Ölreviere an Wert noch kaum eingebüßt, jedoch ist heute der Erdölbesitz nicht mehr voll gleichbedeutend mit Weltherrschaft. Die ölarmen Länder werden nun ölreich, sofern sie über Kohlen verfügen. Auch in diesen haben U.S.A. und England die Vormacht, aber Deutschland gewinnt wieder Einfluß auf Weltmarkt und Preisgestaltung; es ist befreit vom amerikanisch-britischen Ölmonopol, es kann sich selbst versorgen, seine Handelsbilanz verbessern. Amerika wird seine Ölreviere in Reserve stellen, um die Kohlen anzugreifen, die nach bisherigen Rechnungen etwa zwei Billionen Tonnen betragen, das ist die Hälfte des gesamten Weltvorrats. Eine weitere Reserve sind seine Ölschiefer. England hingegen ist ein großer Strich durch die Rechnung gezogen; die Hamster- und Schonpolitik für sein Öl hat nicht mehr den bisherigen Sinn und Wert. Das englische Öl wird freier fließen, hingegen dürften allmählich die englischen Kohlen, die unter Einschluß der Dominions etwa ein Drittel der amerikanischen Vorräte betragen, zurückgehalten werden. Deutschland hat Kohlenvorräte auf rund tausend Jahre hinaus. Es kann in der Wärme- und Kraftversorgung befreit in die Zukunft blicken.

Der Niedergang der überragenden Stellung der U. S. A. und Englands in der Erdölindustrie ist unabwendbar. Nicht von heute auf morgen, aber in stetiger Entwicklung kann sich hierbei der Wiedereintritt Deutschlands in die Weltgroßmächte anbahnen; es wird Europas Ölbedarf aus der bedrückenden Abhängigkeit von Amerika und Asien lösen und andererseits England, unserem schwerwiegendsten Wirtschaftsgegner einen seiner größten Geschäftsgewinne schmälern.

Es muß England, trotz äußerer Erfolge, wie überall und in allem seit dem Kriege innere Einbuße erleiden. Sein Wirtschaftsnetz und seine Weltposition sind die stärksten Bänder dieses größten Staatengebildes aller Zeiten; jedoch unverkennbare Schwächezeichen haften diesem Blocke an, nicht allein im Staatsaufbau, noch mehr im Wirtschaftserfolg. Sein Königtum des Erdöls steht vor dem Sturz, bevor es zur Diktatur gelangt ist; die Metallwirtschaft gleitet immer mehr in die Hände Amerikas; im Kupfer, Mangan, Nickel, Stahl, neuerdings auch in Baumwolle, Gummi und Getreide[60]), ja, auch im Kaufwert des Goldes[61]), ist England von den U. S. A. ebenso abhängig wie die ganze übrige Welt. Jene halten die zahlreichsten und weitreichendsten Weltrohstoffmonopole in der Hand, deren Produktionsgang und Preisänderung Wellen über die ganze Erde ziehen. Mit geringen Aufschlägen können nach Belieben von den Verbrauchern in allen Staaten der Erde gleichsam indirekte Steuern einkassiert werden. Die Verbraucher, auch wir, tragen den U. S. A. bei für ihre Forschungsinstitute, Kriegsflotten u. a. m., für ihre Vormachtstellung[62]).

England ist auch von wirtschaftlichen Einflüssen des europäischen Kontinents nicht hinreichend unabhängig. Besonders aber bereitet die industrielle Erstarkung aller Dominions seit den Kriegslieferungen dem Mutterland ernste Sorgen. Die Welt, voran Asien, ist enteuropäisiert. Überall wird dort als Widerspiel gegen das internationale, vorwiegend englische Großkapital nationale Wirtschaft und Selbstversorgung angestrebt, selbst wenn es zunächst Rückschritt ist. Englands Zukunft dürfte nicht mehr in Ausgestaltung des Weltreiches liegen, dieses ist zentrifugal, damit auch nicht im Ausbau des Imperiums zur Autarkie. Englands Zukunft erscheint Zusammengehen mit dem festländischen Europa zu werden zwecks Selbsterhaltung im Existenzkampf gegen den Westen und den Osten[63]).

Der nächste und schwierigste Kampf Englands wird dem überall minierenden Bolschewismus gelten, ein neuartiger Verteidigungskrieg, für den die Abwehrwaffen noch nicht erfunden sind.

Welchen Entscheidungen und Wandlungen treiben England und nicht weniger das geteilte Europa entgegen! Die alte Welt ist von den U. S. A. weit überflügelt, nicht nur weil sie der sozialen und kommunistischen Frage vorgebeugt haben, oder weil sie über alle Rohstoffe und Nahrungsmittel verfügen und der eigentliche Kriegsgewinner und der Gläubiger der Welt sind, vielmehr weil sie ein einheit-

liches Wirtschaftsgebiet, ein riesiges Freihandelsterritorium darstellen, weil sie nicht über ein Viertelhundert verschiedener Zolltarife ringsum zu berücksichtigen haben wie die Großmutter Europa. Zum mindesten die gruppenweise Zusammenfassung der Wirtschaftszweige der Staaten Europas, besser ein zusammenfassendes europäisches Zollgebiet, würde für die Waren Wertpreise schaffen und nicht erhöhte Schutzpreise. Dies könnte befreiend auf unsere sozialen Fragen wirken, der sonst zwangsläufig wachsenden Abhängigkeit, dem Verfall Europas entgegenwirken. Das Weltwirtschaftsmanifest vom Oktober 1925 hat deutlich genug gesprochen. Der überraschende Abbruch der europäischen Nachkriegsstreitigkeiten geschah nicht Deutschlands eigener Not oder Tüchtigkeit wegen, sondern wegen der Not der anderen. Nur diese Not wird uns auch wieder zu Kolonien verhelfen. Die für Mai 1927 anberaumte Weltwirtschaftskonferenz müßte erstmals die neue wirtschaftliche Gruppierung: hier Amerika — hier Europa — dort Asien vor aller Augen stellen und den Gleichklang der wirtschaftlichen Organisationen vorstimmen. Ob die Entpolitisierung der Weltwirtschaft, angeblich ein Hauptverhandlungspunkt, überhaupt nur angebahnt werden mag, erscheint in hohem Maße zweifelhaft[64]).

Wirtschaftliche Kämpfe sind gleich dauerndem Kriegszustand. In ihnen erscheint das Erdöl nicht auf Wogen, sondern in Feuer geschüttet.

Zusätze

[42]) Vgl. Zeitschr. „Petroleum", Sonderhefte „Rußland", 1925 u. ff.

[43]) Vgl. A. Serebrowsky, Leiter der „Asneft", Baku: „Fünf Jahre Aserbeidschaner Naphthaindustrie", in Zeitschrift „Petroleum" 1925, S. 1757 ff.

[44]) Die gelegentlich der Konferenz von Genua verbreiteten Meldungen über Verträge der S.S.S.R. mit der Royal Dutch Shell bezüglich Baku erwiesen sich alle als irrig. Nachweislich sind Ölbestrebungen des mit Rußland befreundeten Japan in Baku und Nord-Persien im Gange.

[45]) Die Anglo-Persian besitzt die Ölkonzession in ganz Persien mit Ausnahme der nördlichen fünf Provinzen. Hier bestehen vorerst unbestätigte Abmachungen zwischen Anglo-Persian und Standard Oil (bezw. Sinclair Gruppe) unter einer Beteiligung Persiens.

[46]) Die Produktion Süd-Persiens belief sich 1926 auf nahezu 5 Millionen Tons.

[47]) Trotz des „Bagdad-Frieden" vom Juni 1914, nach welchem 25% der Ölanteile Mesopotamiens an Deutschland, 25% an die Royal Dutch Shell und 50% an die Türkische Petroleum Co. fielen, besetzten englische Truppen die türkische Stadt Basra 1914 schon vor der türkischen Kriegserklärung.

[48]) Ende 1920 hatten die Engländer in Mesopotamien eine Notabelnversammlung berufen, die das Königreich Irak proklamierte (unter Englands Oberherrschaft) und im Sommer 1921 den Sohn des Königs von Hedschas zum König ausrief.

[49]) Vgl. W. Mautner: „Die jüngste Entwicklung der französischen Erdölpolitik", in Zeitschr. „Petroleum", 1925, S. 1139 ff.

[50]) Italien besitzt Ölkonzessionen im Südkaukasus und hat kürzlich in Rumänien Ölfelder als Deckung von Kriegsschulden übernommen.

[51]) Die rumänische Förderung von 1926 betrug 3,2 Mill. tons und überstieg damit die besten Friedensjahre weit.

[52]) Besondere Hoffnungen setzte man auf die Südpfalz und auf die Gegend von Bruchsal, wo man die Fortsetzung der Ölvorkommen von Pechelbronn im Unterelsaß zu finden hoffte.

[53]) Öleinfuhr Deutschlands:

	1913	1924
Benzin	250000 t	250000 t
Leuchtöl	750000 t	100000 t
Schmieröl	250000 t	250000 t
Übrige Raffinate	75000 t	180000 t

Der Verbrauch an Erdölprodukten pro Kopf wird für 1924 berechnet in U.S.A. mit 891 kg, in England mit 127 kg, in Deutschland mit

13,7 kg. — Von der Weltproduktion verbrauchten 1924 U.S.A. 66 Proz., Großbritannien 4 Proz., Deutschland 0,4 Proz.

[54]) Die „Deutsche Petroleum A.G." ist die Trägerin der neuen Gesellschaft, die sich an Anglo-Persian Oil Co. in der Art anlehnt, daß sich unter Sicherstellung der Bezugsmöglichkeiten die englische Gruppe mit 40 Proz. an der in einer einzigen Olex-Gesellschaft vereinigten Verkaufsgesellschaften beteiligt.

[55]) Die Endprodukte der Aufarbeitung sind: Motortreiböl, Dieselöl, Phenole bzw. phenolhaltige Öle (Impregnieröle) und Heizöl, dessen weitere Aufarbeitung Schmieröl und Asphalt gibt. Der Motortreibstoff entspricht in seiner praktischen Verwendung Mischungen von Benzin und Benzol, die bekanntlich für den modernen Automobilbetrieb die gesuchtesten Treibstoffe sind. Vgl. F. Bergius: „Die Aussichten der Ölerzeugung aus Kohle", in „Internationale Bergwirtschaft" 1925, S. 1 ff. Eine Bergin-Anlage, die bei 80—90 M. pro Tonne Selbstkosten und einem Verkaufswert von 140 bis 190 M. pro Tonne jährlich 50 000 Tonnen erzeugt, soll 8 Mill. Mark kosten.

[56]) Die Gaserzeugung kann nun allgemein gesteigert werden, da der abfallende Koks künftig zur Wasserstoffherstellung für das Bergin-Verfahren Verwendung finden kann.

[57]) Vgl. F. Bergius: „Welchen Einfluß kann eine künstliche Ölerzeugung auf die Erdölwirtschaft ausüben?" In Zeitschr. „Petroleum" 1926, S. 1275 ff.

[58]) Die Internationale Bergin Co. im Haag wahrt die Rechte der deutschen Erfindung im Ausland.

[59]) Vgl. J. L. Wilser: „Vom Osmanenreich zur neuen Türkei", in „Geographischer Anzeiger", Gotha 1927.

[60]) Brasilien beschwerte sich 1926 vor der ganzen Welt gegen den „Agrarimperialismus" der U.S.A.

[61]) Der Wert des Goldes ist nichts Absolutes, sondern seine Kaufkraft gegenüber den Waren. Steigen der Warenpreise heißt Goldentwertung. Sinken der Warenpreise heißt Goldaufwertung. Das Goldproblem ist heute infolge der Weltverschuldung an Amerika, und weil allein der Dollar stabil geblieben ist, ein amerikanisches Problem. Die amerikanische Preisgestaltung ist heute für die ganze Welt grundlegend. Vgl. K. A. Herrmann: „Die Zukunft des Goldes", Berlin 1925.

[62]) Amerikanische Statistiken erweisen, daß bereits für 70 Warenarten (die Spezialartikel gehen in die Millionen) die Preise durch Regulierung des Angebots diktiert werden.

[63]) Vgl E. Obst' umfassendes und weitschauendes Buch über „England, Europa und die Welt", Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, 1927. — Leinen 36 M.

[64]) Selbst die Wirtschaftsform des Bolschewismus ist ein Imperialismus des expansionistisch eingestellten russischen Nationalstaates.

[65]) Weitere Literatur:

Engler, C. und Höfer, H. v.: „Das Erdöl, seine Physik, Chemie, Geologie, Technologie und sein Wirtschaftsbetrieb" (sechs Bände), bei Hirzel in Leipzig, 1909—25.

Höfer-Heimhalt, v.: „Das Erdöl und seine Verwandten", Braunschweig 1924.

Blumer, E.: Die Erdöllagerstätten (Grundlagen der Petroleumgeologie). Stuttgart 1922.

Krüger, K. und Poschardt, G. R.: „Die Erdölwirtschaft der Welt". Stuttgart 1926.

Meisner, M.: „Weltmontanstatistik", herausgegeben von der Preußischen Geologischen Landesanstalt, I, 1860—1922, 1. Teil: Kohlen, Erdöl und Salze. Stuttgart 1925.

Mautner, W.: „Die Erdölpolitik des letzten Jahres (1924)." In Zeitschrift „Petroleum" 1925.

Kißling, R.: „Die Mineralöle, ihre Gewinnung und Verwertung." Sammlung Göschen Nr. 889.

Faber, A.: „Die neueste Entwicklung der Welterdölwirtschaft und die -Mineralöllage Deutschlands" bei Knapp, Halle a. S. 1926.

HERMANN LAUTENSACH:

LITERATURBERICHT ÜBER WERKE ERDUMSPANNENDEN UND SYSTEMATISCHEN INHALTS

Haushofer, K.: Grundlagen, Wesen und Ziele der Geopolitik. „Der Weg zur Freiheit". 7. Jahrg. 1927, S. 113 bis 118.

Dieser Aufsatz ist trotz seiner Kürze so grundlegend, inhaltsreich und progammatisch wertvoll, daß er an dieser Stelle unbedingt einen kurzen Hinweis erheischt. Haushofer begründet die Forderung nach Geopolitik mit dem elementaren Nachkriegsdrang nach besserem wissenschaftlichem Schutz der politischen Lebensform wie des Volks- und Kulturbodens. Die Geopolitik „sucht aus den wissenschaftlich erfaßbaren, erdbestimmten und bodengewachsenen Zügen, wie sie sich im Ablauf geschichtlichen Geschehens erprobt haben, für die Kunst der Politik eine Brücke bis zu ihrer notwendigen Stelle des Absprungs vom festen wissenschaftlichen Boden zu bauen, damit dieser Sprung wenigstens vom Wissen zum Können, nicht vom Nichtwissen aus erfolge, woher er sicher weiter und gefährlicher ist". Als Ziel der Geopolitik bezeichnet Haushofer das Streben, eine gerechte Verteilung des Lebens- und Atemraumes auf der Erde nach der Arbeitsfähigkeit und Kulturleistung zu erreichen, nicht nach den Gewaltdiktaten eines geschickt zusammengebrachten Konzerns zur Aufrechterhaltung einer ungerechten Raumverteilung und zur Absperrung der eng gedrängten Millionenscharen Inneneuropas und Monsunasiens von den weiten, unbesiedelten übrigen Räumen der Erde.

Hoetzsch, O.: Die weltpolitische Lage. 8. Teil (23 Seiten) von „Deutsche Politik", ein völkisches Handbuch. Frankfurt a. M. 1925. Englert & Schlosser.

In dieser kleinen Studie, die hier zugleich als ein Hinweis auf das im Auftrage des Kyffhäuser-Verbandes der Vereine Deutscher Studenten herausgegebene, in Lieferungen erscheinende Gesamtwerk angezeigt sei, gibt der unsern Lesern nicht unbekannte Historiker und Politiker einen glänzend geschriebenen, mit geopolitischem Öl gesalbten und mutigen Überblick über die Entwicklung der weltpolitischen Lage seit Versailles in ihrer Beziehung zu Deutschlands politischer Gegenwartsstellung und Zukunftsaussicht. Hoetzsch geht wie Haushofer aus von den Vorkriegsfehlern der deutschen Politik, von der Tatsache, die Friedrich der Große und Bismarck nie verkannt haben, daß in den ganz großen weltpolitischen Zusammenhängen und Gegensätzen Preußen bzw. das Deutsche Reich eben „doch nur ein Staat zweiter Ordnung war, der zudem in seiner geographischen Lage ganz besonders leicht verwundbar war, und der deshalb für jeden weiteren Schritt, vor allem für jede gefährliche Entscheidung unbedingt die Deckung an der einen Seite haben mußte, der niemals riskieren durfte, allein und isoliert einer ganz großen Weltentscheidung entgegenzusehen und entgegenzugehen". Klug abwägend hebt Hoetzsch dann u. a. die wenigen für Deutschland positiven Ergebnisse der politischen Entwicklung der Nachkriegszeit hervor, die oft über all den Drangsalierungen und Enttäuschungen vergessen werden: 1. Frankreich allein hat, nachdem Rußland ausgefallen war, sein Kriegsziel, die Rheingrenze von Basel bis Emmerich, in Versailles nicht voll erreicht, „und so darf man wohl mit Recht sagen, daß überhaupt die Möglichkeit, über die

Befreiung des Rheinlandes zu sprechen und für sie zu arbeiten, durch Hindenburg auf den Schlachtfeldern erkämpft ist, auf denen er Rußland niederwarf". 2. „Es ist in diesen Jahren weder dem Druck von außen noch den zersetzenden und zerstörenden Bemühungen aller Art von innen her gelungen, die politische Organisation der Deutschen in Mitteleuropa, soweit der Versailler Vertrag die Grenzen gelassen hatte, aufzulösen und zu zersprengen." In rascher Folge werden dann in der zweiten Hälfte der Abhandlung die Probleme der Rückwendung der Vereinigten Staaten von Amerika auf Europa zu, der internationalen Verschuldung, der Abrüstung, des Locarnovertrages gestreift und schließlich wird die Dynamik der staatlichen Beziehungen Außereuropas mit einigen Schlaglichtern beleuchtet.

Langhans-Ratzeburg, M.: Die Verfassungen des Erdballs. Gotha 1927. Justus Perthes. 194 Seiten.

Das knapp gefaßte Buch enthält in alphabetischer Folge eine Übersicht über sämtliche Staaten der Erde, vorwiegend nach den Gesichtspunkten: Staatliche Entwicklung, Verfassung, Weltpolitische Stellung, Tatsächlicher Innenzustand. Sein Inhalt gibt also bedeutend mehr als der Titel verheißt. Es ist auf den entsprechenden, vom Verfasser bearbeiteten Abschnitten des anschließend besprochenen Gothaischen Jahrbuches aufgebaut, erweitert diese jedoch meistens unter den angegebenen Gesichtspunkten und führt die Entwicklung bis in den April 1927 hinein fort. Leider sind bei einigen bedeutenden Staaten, z. B. Japan, diese Gesichtspunkte nicht vollzählig durchgeführt. Ungemein wertvoll ist die systematische Analyse der „Weltpolitischen Bewertung der selbstbestimmenden Staaten des Erdballs" und der „Staatsformen der Erde 1927". Diese Typenbildung ist der Behandlung der Einzelstaaten vorangestellt, und auf sie wird bei letzterer in konsequenter Weise zurückgegriffen. Eine kurze Übersicht über die amtlichen zwischenstaatlichen Vereinigungen und Einrichtungen bildet den Schluß. Es ist das große Verdienst des jungen Verfassers, ein bisher in Deutschland nahezu unbeachtet gebliebenes Grenzgebiet zwischen empirischer Staatswissenschaft und Geopolitik mit umfassender Sachkenntnis systematisch entwickelt zu haben. Seine „Verfassungen des Erdballs" sind eine kaum erschöpfliche Fundgrube offenbar sehr verläßlicher, klar geordneter und systematisch ausgewerteter staatenkundlicher Tatsachen, die dem Geopolitiker, Geographen, Historiker, Staatswissenschaftler und Staatsrechtler hochwillkommen sein werden.

Gothaisches Jahrbuch für Diplomatie, Verwaltung und Wirtschaft. 164. Jahrgang. 1927. 1013 Seiten. Gotha. Justus Perthes (vgl. Z. f. G. 1924, Seite 737; 1925, Seite 889).

Das altbewährte Werk kehrt in diesem neuesten Jahrgang zu einer alphabetischen Reihenfolge der Staaten zurück, was die schnelle Auffindung bedeutend erleichtert. Mußte die in den letzten Jahrgängen versuchte geographische Anordnung doch notgedrungen bei den weltumspannenden Kolonialmächten immer wieder durchbrochen werden. Der in dieser Zeitschrift seinerzeit im Hinblick auf den Jahrgang 1925 geäußerte Wunsch nach zusammenfassenden Übersichten ist schon im Jahrgang 1926 und noch mehr 1927 erfüllt worden, und damit hat das Werk für den Geopolitiker an bequemer Benutzbarkeit bedeutend gewonnen. Seit 1926 sind ihm außerdem farbige Kärtchen beigegeben, deren Auswahl allerdings noch etwas die einheitlichen Gesichtspunkte vermissen läßt. Manche von ihnen, besonders „Stützpunkte der Vereinigten Staaten im Karibischen Meer", „Die gegenwärtige staatsrechtliche Lage in Arabien", „Der Moldau-Rätestaat nach seiner ethnographischen Zusammensetzung" sind geopolitisch hochinteressant. Eine weitere erfreuliche Neue-

rung, die noch weiter ausgebaut zu werden verdient, sind Angaben über die Ernten und Bergbauerträge der europäischen und nordamerikanischen Staaten sowie der britischen Dominien und über die Währungen der wichtigeren Staaten. Der achtseitige Literaturbericht, der noch auf Erscheinungen von 1923 zurückgreift, bildet dagegen nach wie vor ein heterogenes Element, das in dieser Kürze kaum Sinn hat. Alles in allem bedeutet der Jahrgang 1927 des Gothaischen Jahrbuches wieder einen erfreulichen weiteren Schritt vorwärts.

Woytinski, Wl.: Die Welt in Zahlen. Fünftes Buch. Handel und Verkehr. 376 Seiten. Berlin. Rudolf Mosse, Buchverlag.

Dieses fünfte Buch macht auf mich einen bedeutend günstigeren Eindruck als das Z. f. G. 1925, S. 888 besprochene erste Buch; denn der hier gebotene Stoff liegt dem Verfasser offenbar bedeutend näher, und infolgedessen erscheinen die Zahlen, die auch viel reichlicher mit erklärenden Erläuterungen versehen sind, bedeutend verläßlicher und moderner. Der Band gliedert sich in die Abschnitte: Handel und Verkehr im Wirtschaftsleben der verschiedenen Länder; Festlands-, Wasser- und Luftverkehr; Nachrichtenverkehr; Handelsbetriebe und Genossenschaftswesen; Welthandel; Geld- und Bankwesen; Bewegung der Warenpreise; Versicherungswesen; Aktiengesellschaften; Wirtschaftliche Konjunktur. Die mit wahrem Bienenfleiß zusammengetragenen Zahlenreihen sind häufig bis 1926 fortgeführt. Technisch und methodisch weniger gelungen sind die 14 Tafeln mit graphischen Darstellungen. Die Gegenüberstellung zweier Isochronenkarten der ganzen Erde mit Berlin als Mittelpunkt für die Zeit um 1812 und um 1912 ist außerordentlich anregend, aber die kartographische Projektion (äquatorialer orthographischer Azimutalentwurf) ist für diesen Zweck nicht brauchbar, und es wirkt irreführend, auf der Karte von 1812, die naturgemäß nur eine sehr rohe Annäherung bieten kann, jedoch auf den Laien den Eindruck viel zu großer Genauigkeit macht, Innerafrika als „in 120—150 Tagen erreichbar“ verzeichnet zu finden.

Egelhaafs Historisch-politische Jahresübersicht für 1926. Herausgegeben von Hermann Haug. 19. Jahrgang. Stuttgart 1927. Karl Krabbe Verlag. 364 Seiten.

Diese chronistische Darstellung der wichtigsten innen- und außenpolitischen Ereignisse des Jahres 1926 verrät den gleichen Fleiß, den ich Z. f. G. 1926, S. 377 an dem Jahrgang 1924 gerühmt habe, wagt sich aber dieses Mal unklugerweise häufiger mit vorschnellen, parteipolitisch gefärbten Urteilen heraus. Aber auch die dort erwähnten Mängel sind geblieben. Immer noch steht die breite Darstellung der innenpolitischen Ereignisse des deutschen Reiches, die Seiten 87—202 füllend, im Vordergrund und mißachtet die für den Deutschen so grundlegend wichtige Lehre vom Primat der Außenpolitik vor der Innenpolitik. Gemildert wird dieser Mangel durch den ausführlichen Abschnitt über „Die Vorgänge um Deutschland im Völkerbund“. Die politische Entwicklung der nichtdeutschen Staaten wird wieder sehr knapp, und zwar unter dem Titel „Länder und Völker“ gegeben. Außereuropa wird auf 29 Seiten gebracht. Am besten erscheint mir der Abschnitt „Besetzte, abgetrennte und verlorene Gebiete“ (S. 202—228) gelungen.

Prof. Hickmanns Geographisch-Statistischer Universal-Atlas 1927. Vollständig neu bearbeitet von Alois Fischer.

Es ist das viertemal seit 1921, daß der überaus rührige Bearbeiter, den Lesern der Z. f. G. durch mehrere grundlegende Aufsätze bekannt, den Hickmannschen Atlas herausgibt. Neu bearbeitet sind dieses Mal außer Abschnitten des 80 seitigen textlichen Teiles die Tafeln 41—44, die sich mit Rasse, Religion und Volkstum beschäf-

tigen. Sie fußen auf eigenen Berechnungen des Verfassers, die dieser größerenteils in Z. f. G. 1926, S. 860 u. 938 veröffentlicht hat, und bilden eine sehr anschauliche Illustrierung zu seinen dortigen Ausführungen. Neu sind ebenso die Tafeln 81 und 82 (Goldwert fremder Devisen in New York, Großhandels- und Lebenshaltung-Indexziffern u. a.). Im übrigen sind Text und Tafeln durch zahlreiche Korrekturen auf den laufenden Stand gebracht. Nur auf den Tafeln „Produktion" und wenigen anderen war das aus technischen Gründen in dieser Auflage noch nicht möglich (vgl. Z. f. G. 1924, S. 738; 1925, S. 888).

Bibliographie der Sozialwissenschaften. Monatshefte der Buch- und Zeitschriftenliteratur des In- und Auslandes über Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Finanzen, Statistik. Herausgegeben vom Statistischen Reichsamt. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin.

Es ist hohe Zeit, daß wir unsere Leser auf diese einzige internationale Veröffentlichung aufmerksam machen, die das gesamte Schrifttum der Soziologie, Wirtschaft und Politik sammelt und in einer wohlüberlegten, klargegliederten Ordnung veröffentlicht. Diese bibliographische Zeitschrift wurde bis 1925 unter dem Titel „Sozialwissenschaftliches Literaturblatt" vom Reichsarbeitsministerium herausgegeben und hat seither durch das Statistische Reichsamt einen überaus sorgfältig durchgeführten vereinfachenden Neuaufbau erfahren, der von dem Prinzip der ordnenden Konzentration nach konkret-materialen Leitmotiven durchdrungen ist. Von der Reichhaltigkeit der Zeitschrift zeugen schon die Hauptgliederungstitel: I. Bibliographien. Presse. Neue Periodika. II. Geschichte und Methodenlehre der Sozialwissenschaften. Theorie und Technik der Statistik. III. Allgemeine Soziologie, Kultursoziologie, Rechtssoziologie. IV. Sozial-, Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte, Biographien. V. Länderkunde, Bevölkerungswesen, Wirtschaftsgeographie. VI. Theoretische Sozialökonomie. VII. Wirtschaftspolitik. VIII. Sozialpolitik. IX. Finanzpolitik. X. Innere und äußere Politik. Die Abteilungen V, VII, 2 sowie X, 4 und 5 enthalten sehr reiches geopolitisches Material. Dr. Lautensach.

Kawerau, S.: Denkschrift über die deutschen Geschichts- und Lesebücher, vor allem seit 1923. Berlin 1927. Hensel & Co.

Der Verfasser macht es sich zur Aufgabe, als Anwalt der Reichsverfassung die deutschen Geschichts- und Lesebücher daraufhin zu untersuchen, ob sie dem Artikel 148 dieser Verfassung Rechnung tragen, nach dem der Unterricht im Geiste deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung erteilt werden soll. Wie die Durchführung zeigt, ist es ihm dabei weit mehr um die Völkerversöhnung als um das deutsche Volkstum zu tun.

Das Ergebnis der Untersuchung — alle irgendwie in Betracht kommenden Geschichtsbücher der Nachkriegszeit werden besprochen — ist für Kawerau sehr betrüblich, denn er stellt fest, daß sie mehr oder weniger alle gegen den Geist der Völkerversöhnung verstoßen, eine kriegerische, besonders franzosenfeindliche Tendenz verfolgen und dem Wesen wie den Leistungen der anderen Völker keine Gerechtigkeit widerfahren lassen, während sie die Vorzüge des eigenen über Gebühr verherrlichen. „Diesen alten, völlig fruchtlosen Schwärmereien (!)" soll „von Entschlosseneren und Besseren (!)" ein Ende gemacht werden: so sagt im Vorwort Herr Alfred Kerr aus Grunewald; denn wenn auch auf der anderen Seite Verfehlungen vorliegen, so muß doch „einer den Anfang machen mit dem Ehrlichsein".

Wie sieht nun diese Ehrlichkeit Kaweraus in seiner Kritik der deutschen Geschichtsbücher aus? Es ist unmöglich, im Rahmen einer kurzen Besprechung auf Einzelheiten einzugehen; es muß ge-

nügen, hier die Art und den Geist dieser Kritik zu kennzeichnen, die sich im wesentlichen mit der Darstellung der wichtigsten Probleme der neuesten Geschichte in unseren Schulbüchern befaßt: der polnischen und elsaß-lothringischen Frage, der europäischen Politik von 1870—1914, der Kriegsursachen, des Kriegsausbruchs, der Kriegsschuld, des Völkerbundes, des „Dolchstoßes" usw. Überall bemüht sich der Verfasser nach Kräften, den deutschen Standpunkt und das deutsche Recht in diesen Fragen zu bekämpfen und damit die Sache der Gegner zu vertreten. Das zeigt sich besonders kraß in der Kriegsschuldfrage, wo er z. B. den Artikel 231 des Versailler Vertrages dahin auslegt, daß man Deutschland in ihm gar nicht der Schuld am Kriege zeihe, sondern nur als den „Anfänger", d. h. als den „formalen Urheber" bezeichne! Gleichwohl spricht er von einer schweren Mitschuld Deutschlands am Weltkrieg. Das Urteil Erich Brandenburgs („Von Bismarck zum Weltkrieg", 2. Aufl., S. 459 ff.), das er sonst als eine „Etappe auf dem Wege zur Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit" gern zitiert, wenn es ihm paßt, gilt hier nichts. Wenn ein Lehrbuch (zur Bonsen) den deutschen Charakter in durchaus maßvoller, nicht nur lobender Weise schildert und dabei mit den Worten schließt: „Die Deutschen sind eine Kulturnation ersten Ranges", so bemängelt Kawerau das als unbescheiden, denn „kein anderes Volk bekommt diese Nummer in der Zensur wie die Deutschen"! So erzieht man die Jugend zur Achtung vor dem deutschen Volkstum und zur Liebe zu ihm! Beileibe darf von den Engländern, den Franzosen und anderen Völkern nichts Nachteiliges ausgesagt werden, auch wenn es berechtigt ist und in sachlicher Form vorgebracht wird.

Eine starke Einseitigkeit des Urteils und oft auch eine unhistorische Betrachtungsweise ergibt sich aus dem ausgesprochenen Parteistandpunkt des Verfassers. Solches Urteil wirkt dadurch nicht erfreulicher, daß es sich mit einem überheblichen, belehrenden und kleinlichen, aber keineswegs immer gerechtfertigten Besserwissenwollen verbindet, das die Gegner mit dem Vorwurf der Unwissenheit oder bösen Willens abtut und auch über anerkannte Autoritäten jeweils kühn hinwegschreitet. Und dabei liegt in Wahrheit zu ernster Beanstandung der kritischen Lehrbücher kein Anlaß vor: nirgends läßt sich Gehässigkeit oder die Absicht der Verleumdung erkennen, wohl aber ein Streben nach Objektivität. Vereinzelte Unrichtigkeiten oder auch einmal eine Taktlosigkeit werden sich nie völlig vermeiden lassen. Man kann das Buch Kaweraus nur mit tiefer Traurigkeit lesen und bedauern, daß ein Deutscher es geschrieben hat. Dr. Eiten.

Deutschland im Lichte ausländischer Schulbücher der Nachkriegszeit. Im Auftrage des Verbandes deutscher Geschichtslehrer herausgegeben von Hermann Pinnow. Berlin 1927. Verlag für Kulturpolitik.

Ein sehr lehrreiches Gegenstück zu dem vorbesprochenen Buch! Eine Reihe deutscher Schulmänner haben hier 47 französische, belgische, englische und auch einige amerikanische Unterrichtswerke, namentlich Geschichtsbücher, daraufhin geprüft, welches Bild sie von dem deutschen Volke entwerfen. Als einwandfrei wurden befunden 3, wenig Anlaß zu Beanstandungen boten 5, während die übrigen 39 schärfsten Einspruch gegen Inhalt und Tendenz herausfordern. In der Darstellung sowohl der deutschen Vergangenheit wie der Gegenwart zeigt sich die Neigung zu planmäßiger und bewußter Verleumdung, Beschimpfung und Verächtlichmachung unseres Volkes. Zu diesem Zwecke werden die geschichtlichen Tatsachen unbedenklich entstellt und verfälscht, tritt die Lüge an die Stelle der Wahrheit. Ein belgisches Buch erklärt: Beutegier, Mordlust und Blutdurst der

Germanen sind die einzigen Antriebe für die Völkerwanderung wie für die späteren Kämpfe um Italien, sie stehen noch heute in vorderster Linie der deutschen Nationaleigenschaften. Infolge dieser Verderbtheit ihrer Rasseninstinkte sind die Deutschen dem Bösen verfallen, Bosheit und Grausamkeit sind ihnen angeboren, mitsamt einem krankhaften Trachten nach Beherrschung der Welt! Je mehr sich die Darstellung der Gegenwart nähert, um so lauter wird der Chor derer, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit so ziemlich für alles Leid verantwortlich machen, das die europäische Welt in den vergangenen Jahren zu tragen hatte und noch immer trägt, die Verachtung und Haß in die Herzen der kommenden Generationen pflanzen. Als Hauptzüge der deutschen Mentalität, im besonderen Kaiser Wilhelms II., werden genannt: ungewöhnliche Gemeinheit, List, Feigheit, Anbetung der Gewalt, Überheblichkeit und Herrschsucht, während auf der anderen Seite die außerordentliche Friedensliebe, das starke Rechtsgefühl, die besondere Kulturmission der Gegner Deutschlands gepriesen wird. Für sie wird auch die Pflege kriegerischen Sinnes und das Streben nach territorialer Ausdehnung als durchaus rechtmäßig in Anspruch genommen. Diese Art der Geschichtsverfälschung feiert natürlich in bezug auf den Weltkrieg wahre Orgien: die Deutschen und Österreicher haben allein die Schuld am Kriege, sie sind Verächter des Völkerrechts und tragen die Verantwortung für die Anwendung der verderblichen Kriegsmethoden. Soldaten wie Offizieren werden die scheußlichsten Verbrechen zugeschrieben, sie verüben ihre beispiellosen Untaten ohne ersichtlichen Grund, sie sind grausam und feige, gemein und dumm, zu allem fähig. Kinder werden bedroht, mißhandelt, getötet; das Abschneiden von Kinderhänden wird als verbürgte Tatsache berichtet. So bedeutet der Ausgang des Krieges den Sieg der Gerechtigkeit über die Brutalität, so werden die Deutschen der Verachtung und dem Fluch der kommenden Geschlechter preisgegeben. Zwei der Bücher, die solche vergiftenden Äußerungen enthalten, dürfen sich obendrein der besonderen Billigung der Regierung, bzw. der Auszeichnung durch die Königl. Akademie von Belgien rühmen!

Die sehr dankenswerte Arbeit verdient weiteste Verbreitung und beweist, wieweit man im Ausland noch von dem Geiste der Völkerversöhnung entfernt ist.

Dr. Eiten.

Mendelssohn Bartholdy, A.: Diplomatie. Heft 1 der „Politischen Wissenschaft“, Schriftenreihe der deutschen Hochschule für Politik in Berlin und des Instituts für Auswärtige Politik in Hamburg. VIII, 115 Seiten Großoktav. Berlin-Grunewald 1927. Verlag Dr. Walter Rothschild.

Die „Politische Wissenschaft“ verfolgt den Zweck, das deutsche Volk, dem heute die Bestimmung der politischen Richtung und ihre Überwachung selbst obliegt, zur Erfüllung dieser Aufgaben zu schulen und es zu befähigen, die Tätigkeit seiner Beauftragten zu verstehen und richtig zu würdigen.

Das vorliegende, die Reihe einleitende Heft, die Wiedergabe einer Rede bei der Jahresfeier der deutschen Hochschule für Politik, würdigt die Bedeutung der Diplomatie und die außerordentlichen Anforderungen, die an ihre Vertreter gestellt werden und höchste Bildung zur Voraussetzung haben. Als Grundaufgaben werden den Diplomaten gestellt: Darstellung des Besten am eigenen Volk vor dem Ausland, Erkennen der guten Kräfte im Lande ihrer Mission und ehrliches Lob dessen, was ihnen Gutes begegnet, in ihren Berichten an die Heimat. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit eines tiefen sittlichen Verantwortungsgefühls für seine Tätigkeit wird doch der Diplomat von dem Verfasser im Widerspruch mit der rauhen Wirklichkeit gar zu sehr in das weiße Ge-

wand eines Friedensengels gekleidet, wie denn der Name Botschafter tatsächlich mit der guten Weihnachtsbotschaft der Engel an die Hirten in Verbindung gebracht wird. In allererster Linie wird es seine Pflicht sein, die Belange seines Volkes mit Geschick und Energie wahrzunehmen. Eine recht optimistische und wirklichkeitsfremde Auffassung verrät auch die Meinung, daß die neue Diplomatie, die Diplomatie der Ministerkonferenzen, die gewiß wegen des unmittelbaren Gedankenaustausches der Verantwortlichen einen Fortschritt im zwischenstaatlichen Verkehr darstellt, die Offenheit und die Wahrheit, „die doch am längsten währt“, in den Beziehungen der Völker zueinander zum Siege führe. Sehr eigenartig berührt auch das Geständnis des Verfassers, die Arbeit an der großen deutschen Aktenpublikation über die auswärtige Politik von 1870 bis 1914 habe in den Herausgebern nicht die Vorstellung einer Schuld dieses oder jenes Diplomaten am Ausbruche des Krieges erweckt, sondern „ein ungeheures Mitleid mit denen, die ihre ganze Lebenskraft und allen heiligen Eifer für die Größe ihres Landes an die vergebliche Arbeit in einem zum Mißlingen verurteilten System gesetzt haben“ (vgl. Iswolsky, Poincaré!). Zustimmen wird man dagegen dem Verfasser, wenn er den unter schwierigsten Verhältnissen vollzogenen Wiederaufbau der deutschen Auslandsvertretung seit 1921 und die erfolgreiche Tätigkeit der deutschen Diplomatie im Ausland dankbar anerkennt, die in nur 5 Jahren wieder Vertrauen und Achtung für sich und uns erwirkt haben.

Der Darstellung ist ein geschickt ausgewählter Anhang von Aktenstücken beigegeben, der uns in die Werkstatt des Diplomaten, in seine Nöte und Künste Einblick gewährt.



